

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2024



Inhalt

	Vorwort	2
	Einleitung	3
	Das Potenzial von Daten für die nachhaltige Entwicklung nutzen	4
Ziel 1	Keine Armut	8
Ziel 2	Kein Hunger	10
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	12
Ziel 4	Hochwertige Bildung	16
Ziel 5	Geschlechtergleichheit	18
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	20
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie	22
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	24
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	26
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten	28
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	30
Ziel 12	Verantwortung bei Konsum und Produktion	32
Ziel 13	Klimamaßnahmen	34
Ziel 14	Leben unter Wasser	36
Ziel 15	Leben an Land	38
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	40
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	42
	Nach Zielvorgaben aufgeschlüsselte Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen	44
	Hinweise für Leserinnen und Leser	46



Ziele für nachhaltige Entwicklung **Bericht 2024**

Vorwort

Der Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2024 ist ernüchternde Lektüre.

So liegen nur 17 Prozent der Nachhaltigkeitsziele auf Kurs, bei der Hälfte sind die Fortschritte minimal oder mäßig, und bei mehr als einem Drittel gibt es Stillstand oder sogar Rückschritte.

Erheblich beeinträchtigt werden die Fortschritte derzeit durch die verheerenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, eskalierende Konflikte, geopolitische Spannungen und das zunehmende Klimachaos.

Zudem müssen die Entwicklungsländer aufgrund von systemischen Mängeln und Ungleichgewichten im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem enorme und wachsende Herausforderungen mit nur einem Bruchteil der benötigten und ihnen zustehenden internationalen Unterstützung bewältigen.

Die Ungleichheiten wachsen weiter. Die Eskalation der Klimakrise hält an. Die biologische Vielfalt schwindet rascher. Die Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung sind nach wie vor enttäuschend. Infolge der Konflikte in der Ukraine, in Gaza, in Sudan und darüber hinaus sind 120 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht; so viele wie nie zuvor.

Diese Situation wird sich nicht von selbst verbessern: Mittelfristig sind die Entwicklungsländer insgesamt mit den schlechtesten Wirtschaftsaussichten seit einer Generation konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund bietet das standhafte und einhellige Bekenntnis zur Agenda 2030, das die Regierungen auf dem Nachhaltigkeitsgipfel im September 2023 an den Tag legten, einen Hoffnungsschimmer.

Mit ihrer Verpflichtung, die Ziele wieder auf Kurs zu bringen und dafür einen Stimulus bereitzustellen, haben sie in dieser Hinsicht neue Impulse gesetzt.

Aus dem Bericht geht ebenfalls hervor, dass es trotz zutiefst beunruhigender Trends auch Fortschritte gibt, etwa eine Verringerung der Kindersterblichkeit, der HIV-Infektionen und der Kosten für Rücküberweisungen sowie Verbesserungen beim Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung, Energie und mobilem Breitband.

Um diesen ersten positiven Ergebnissen raschere und transformative Fortschritte folgen zu lassen, ist ein mutigeres Vorgehen erforderlich:

Erstens brauchen wir Frieden.

Wir müssen die aktuellen bewaffneten Konflikte durch Dialog und Diplomatie beilegen und künftige Konflikte verhindern, indem wir die Grundsätze und Werte der Charta der Vereinten Nationen wahren.

Zweitens brauchen wir Solidarität.

Die Entwicklungsländer benötigen dringend mehr finanzielle Mittel und Haushaltsspielraum. Wir müssen die überholte, dysfunktionale und ungerechte internationale Finanzarchitektur so reformieren, dass weitaus höhere Investitionen in die Nachhaltigkeitsziele möglich sind.

Drittens brauchen wir einen Schub bei der Umsetzung.

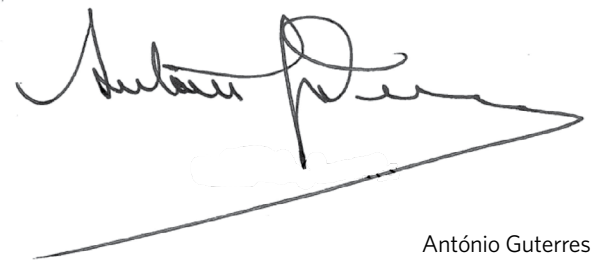
Massive Investitionen und wirksamere Partnerschaften sind vonnöten, um kritische Veränderungen in Bereichen wie Ernährung, Energie und digitale Vernetzung voranzutreiben und zielübergreifende Fortschritte zu ermöglichen.

Allen unseren Bemühungen müssen enger abgestimmte Maßnahmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Barrieren und zur Stärkung aller Frauen und Mädchen zugrunde liegen, denn ohne Geschlechtergleichstellung sind die Ziele nicht erreichbar.

Dieser Bericht verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit im Sinne größtmöglicher Fortschritte zu verstärken und wirksamer zu gestalten, und zwar jetzt.

Der diesjährige Zukunftsgipfel bietet eine entscheidende Gelegenheit, den Weg für weitere Durchbrüche auf der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung und dem Weltsozialgipfel im Jahr 2025 zu bahnen.

In den verbleibenden gut sechs Jahren müssen wir an unserem Versprechen für 2030 festhalten, die Armut zu beenden, unseren Planeten zu schützen und niemanden zurückzulassen.



António Guterres
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Einführung des Untergeneralsekretärs

Ein Versprechen in Gefahr

Im vergangenen September trafen sich die Staats- und Regierungsoberhäupter zum Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung in New York, um die Zielfortschritte zu überprüfen und über die im Hintertreffen liegenden Bereiche zu beraten. Insbesondere bekräftigten sie ihr Bekenntnis zu den Zielen und waren sich einig, dass es dringender, ambitionierter und tiefgreifender Anstrengungen bedarf, um die Ziele bis 2030 voll zu erreichen. In der von der Generalversammlung verabschiedeten politischen Erklärung erkannten die Mitgliedstaaten an, dass „die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Gefahr ist“, und bekundeten ihre Entschlossenheit, „alles daranzusetzen, die Agenda 2030 umzusetzen und die Nachhaltigkeitsziele bis zum Zieljahr 2030 zu erreichen“.

Fast ein Jahr später ist die Erreichung der Ziele bis 2030 aufgrund wachsender und miteinander verknüpfter Herausforderungen weiter in Gefahr. Der *Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2024* zeigt, dass es trotz der erneuerten Zusagen an mehreren Fronten keine Fortschritte und sogar Rückschritte gab. Die anhaltenden Auswirkungen von COVID-19, verstärkt durch Konflikte, Klimaschocks und wirtschaftliche Turbulenzen, haben bestehende Ungleichheiten verschärft. Zwischen 2019 und 2022 wurden zusätzlich 23 Mio. Menschen in extreme Armut gedrängt, und über 100 Mio. Menschen mehr litten Hunger. Zwar gab es bei einigen Zielvorgaben im Gesundheitsbereich Verbesserungen, doch hat sich das Fortschrittstempo bei der globalen Gesundheit seit 2015 bestürzend verlangsamt. Die COVID-19-Pandemie hat fast 10 Jahre des Fortschritts bei der Lebenserwartung zunichte gemacht. Die Bildung, das Fundament der nachhaltigen Entwicklung, ist weiter stark gefährdet, denn in vielen Ländern sinken die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Mathematik und im Lesen – Kernkompetenzen, von denen unser künftiger Wohlstand abhängt.

Eine Welt in Aufruhr

In allen Teilen der Welt erschüttern Kriege das Leben von Millionen Menschen und treiben die Zahlen der Flüchtlinge (37,4 Mio.) und Vertriebenen (fast 120 Mio.) höher denn je. Die Zahl der zivilen Opfer in bewaffneten Konflikten stieg 2023 gegenüber dem Vorjahr um 72 %, der höchste Anstieg seit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015. 2023 waren 40 % der in Konflikten getöteten Zivilpersonen Frauen und 30 % Kinder.

Die kumulativen Auswirkungen ökologischer Mehrfachkrisen bedrohen die Grundlagen der Ökosysteme der Erde. 2023 war das weltweit wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Erstmals lag der Anstieg der globalen Temperaturen gefährlich nahe an 1,5 °C – dem unteren Grenzwert im Klimaübereinkommen von Paris. Die globalen Treibhausgasemissionen und die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erreichten 2022 wieder einen Höchststand, und auch für 2023 zeichnet sich kein Abflachen dieses Trends ab.

Entwicklungsländer und anfällige Länder stehen vor enormen entwicklungsbezogenen Herausforderungen. Erstmals in diesem Jahrhundert wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in der Hälfte der weltweit anfälligsten Länder jetzt langsamer als in den hochentwickelten Volkswirtschaften. Dies droht den Langzeittrend hin zu mehr Einkommensgleichheit zwischen den Ländern umzukehren. Zudem sind die Auslandsschulden der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach einem Jahrzehnt rasch ansteigender Verschuldung so hoch wie nie zuvor. Die Investitionslücke für die Nachhaltigkeitsziele in den Entwicklungsländern liegt jetzt bei 4 Billionen USD

pro Jahr. Diese Probleme werden dadurch verschärft, dass die Entwicklungsländer in den globalen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht angemessen vertreten sind; ihr Stimmrechtsanteil wird ihrer Mitgliedschaft in vielen internationalen Finanzinstitutionen bei weitem nicht gerecht.

Ein folgenreicher Moment der Entscheidung

Wir Menschen haben immer wieder bewiesen, dass wir unlösbar erscheinende Probleme lösen können, wenn wir zusammenarbeiten und unsere geistigen Kräfte bündeln. Dieser Bericht zeigt einige ermutigende Fortschritte. Ein breiterer Zugang zu lebensrettender Behandlung konnte in den vergangenen drei Jahrzehnten 20,8 Mio. aidsbedingte Todesfälle abwenden. In den meisten Weltregionen haben Mädchen beim Schulabschluss auf allen Bildungsstufen Parität erlangt und Jungen sogar überflügelt. Zwei Drittel der Weltbevölkerung – 5,4 Mrd. Menschen – haben mittlerweile Zugang zum Internet, und technologische Neuerungen wie künstliche Intelligenz (KI) verändern die Arbeits- und Beschäftigungschancen tiefgreifend.

Die Welt muss nun die Mehrfachkrisen, die die nachhaltige Entwicklung bedrohen, frontal angehen und die für dieses so folgenschwere Unterfangen notwendige Entschlossenheit und Findigkeit und die entsprechenden Ressourcen mobilisieren. Sollen die Nachhaltigkeitsziele wieder auf Kurs gelangen, besteht eine der obersten Prioritäten für die Weltgemeinschaft darin, alle Interessenträger zu vereinen, um den Konflikten, die weltweit unvorstellbares Leid und Elend verursachen, ein Ende zu setzen. Ohne Frieden ist eine nachhaltige Entwicklung schlichtweg nicht möglich.

Zusätzlich müssen die reichen Volkswirtschaften mehr Finanzmittel für anfällige Länder bereitstellen, und die Entwicklungsländer müssen in der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik und im internationalen Finanzsystem stärker gleichgestellt werden.

Um die globale Dreifachkrise des Klimawandels, der Luftverschmutzung und des Verlusts der biologischen Vielfalt einzudämmen und die Volkswirtschaften auf ein nachhaltigeres Wachstum auszurichten, gilt es in allen Ländern mit noch größerem Nachdruck eine gerechte Klimawende zu verfolgen. Die Würde aller Menschen jeden Alters zu verwirklichen, erfordert ein neuerliches Bekenntnis zur Gleichstellung der Geschlechter sowie deutlich höhere Investitionen in Gesundheit, Bildung und Sozialschutz.

Die Zeit der Worte ist vorbei. Die politische Erklärung des Gipfeltreffens über die Ziele für nachhaltige Entwicklung muss in Taten umgesetzt werden. Noch ist es möglich, bis 2030 eine bessere, nachhaltigere und inklusivere Welt für alle zu schaffen. Die Zeit läuft uns jedoch davon. Wir müssen sofort und unerschrocken handeln.

Li Junhua

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Das Potenzial von Daten für die nachhaltige Entwicklung nutzen

Präzise, zeitnahe und aufgeschlüsselte Daten tragen entscheidend zur Messung der Fortschritte bei den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und den 169 damit verbundenen Zielvorgaben bei. Daten helfen, Herausforderungen zu erkennen, Lösungen zu formulieren, die Umsetzung zu überwachen und notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Ohne hochwertige Daten als Evidenzbasis lassen sich die Erfolge und Rückstände bei den Zielen nicht

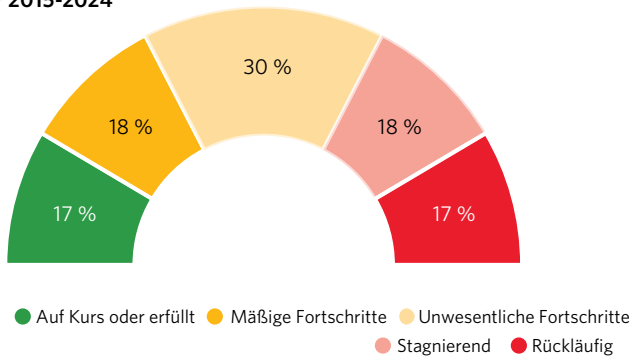
umfassend nachvollziehen. Der Bericht 2024 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung bietet neun Jahre nach der Einführung der Ziele einen umfassenden Überblick über die globalen Fortschritte. Er verdeutlicht anhand der neuesten Daten die Erfolge und Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft bei der vollständigen Erreichung der Ziele und Grundsätze der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

I. Der aktuelle Stand der Nachhaltigkeitsziele: weit ab vom Kurs

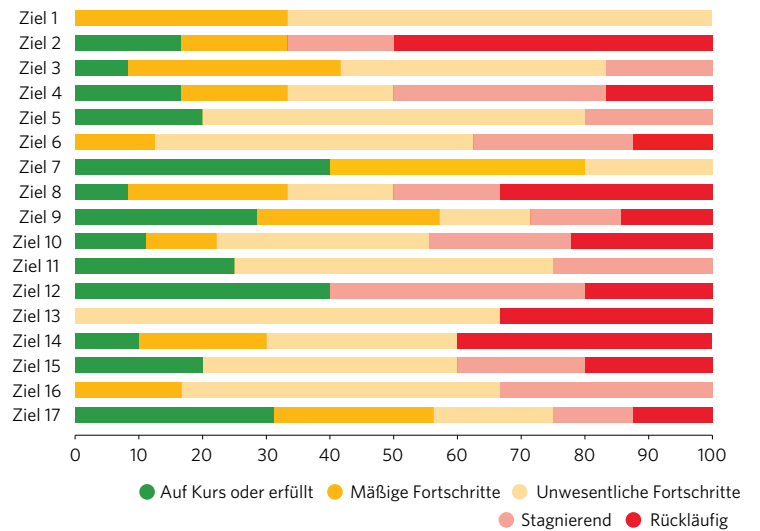
Die Bestandsaufnahme von 2024 zeigt, dass die Welt bei der Verwirklichung der Agenda 2030 stark vom Kurs abgekommen ist. 135 der 169 Zielvorgaben lassen sich anhand globaler Trenddaten zwischen dem Basisjahr 2015 und dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen, sowie anhand von Analysen der verantwortlichen Organisationen bewerten. Für 34 Zielvorgaben gibt es nicht genug Trenddaten oder zusätzliche Analysen. Nur 17 % der bewertbaren Zielvorgaben sind noch bis 2030 erreichbar. Fast die Hälfte (48 %) zeigt

mäßige bis starke Kursabweichungen, während 30 % unwesentliche und 18 % mäßige Fortschritte aufweisen. Bedenklich ist, dass 18 % auf dem Ausgangsniveau von 2015 stagnieren und 17 % dahinter zurückgefallen sind.¹ Diese umfassende Bewertung unterstreicht, wie dringend verstärkte Anstrengungen sind, um die Ziele wieder auf Kurs zu bringen. Eine detaillierte Analyse nach Zielvorgabe findet sich am Ende des Berichts.

Gesamtfortschritte für alle Zielvorgaben anhand der aggregierten weltweiten Daten für 2015-2024



Bestandsaufnahme der 17 Ziele auf der Grundlage der bewerteten Zielvorgaben – nach Ziel (in Prozent)

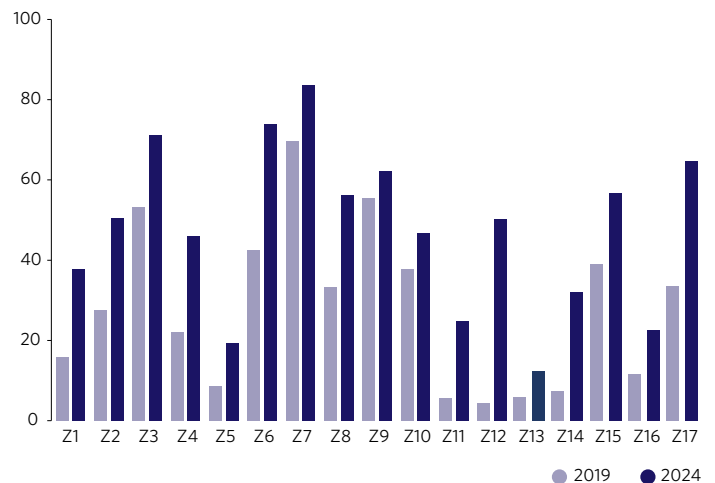


II. Obwohl jetzt mehr Daten zur Überwachung der Ziele vorliegen, bestehen noch große Lücken

Die Bewertung des Umsetzungsstands der Nachhaltigkeitsziele wird durch die anhaltenden Probleme mit der Verfügbarkeit und Aktualität von Daten zur Überwachung aller 17 Ziele erschwert. Insgesamt sind die Fortschritte in Bezug auf die Vergleichbarkeit internationaler Daten zur Überwachung der Ziele bemerkenswert. Als 2016 der Rahmen globaler Indikatoren für die Ziele und die damit verbundenen Zielvorgaben angenommen wurden, gab es nur für etwa ein Drittel der Indikatoren ausreichend Daten (d. h. für mehr als 50 % der Länder waren Daten verfügbar). Für 39 % der Indikatoren fehlten international etablierte Methoden oder Standards. Heute ist die Datenlage für 68 % der Indikatoren gut. Seit 2020 gibt es für alle 231 Indikatoren etablierte und international vereinbarte Methoden. Für 51 % der Indikatoren liegen in mehr als der Hälfte der Länder gute Trenddaten vor (mindestens zwei Datenpunkte seit 2015).

für die letzten drei Jahre, was es den politischen Verantwortlichen erschwert, zeitnah fundierte Entscheidungen zu treffen und Kurskorrekturen vorzunehmen.

Anteil der Länder oder Gebiete, für die Daten vorliegen (mindestens zwei Datenpunkte seit 2015) – Vergleich der Datenbanken für 2019 und 2024 nach Ziel (in Prozent)



Inwieweit Länderdaten vorliegen, ist je nach Ziel unterschiedlich. Große Defizite gibt es in vorrangigen Entwicklungsbereichen wie Geschlechtergleichstellung (Ziel 5), Klimamaßnahmen (Ziel 13) und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (Ziel 16). Auch die Aktualität der Daten bleibt eine Herausforderung. Bei etwa einem Drittel der Indikatoren fehlen Daten

¹ Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden ist die diesjährige Fortschrittsbewertung nicht mit denen der Vorjahre vergleichbar.

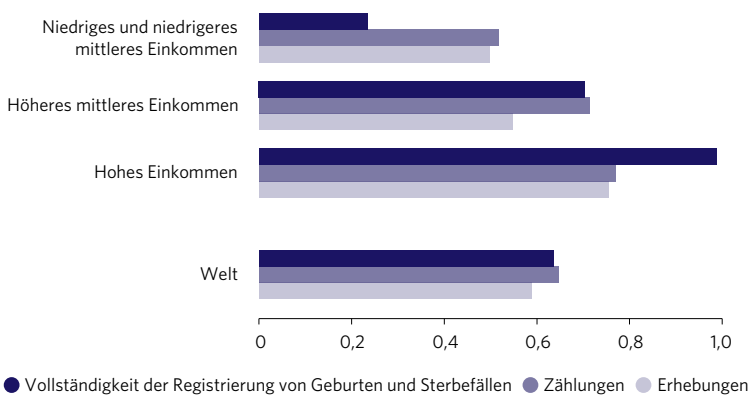
III. Das Potenzial der Daten nutzen

Robuste Daten basieren auf soliden Statistiken, Innovation und Integration

Eine solide statistische Basis nutzt traditionelle wie innovative Datenquellen. Zu den traditionellen Datenquellen gehören Zählungen, Erhebungen und Verwaltungsdaten. Zählungen liefern unverzichtbare Daten für die nationale und subnationale Planung und dienen als Bezugsgrößen für zahlreiche Zielindikatoren. Haushaltserhebungen liefern laut der Intersekretariellen Arbeitsgruppe für Haushaltserhebungen Daten für etwa ein Drittel der Indikatoren. Geburten- und Sterberegister sind für exakte Bevölkerungsdaten unerlässlich und sichern als wesentliche Unterlagen für den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Erbschaften die Rechtsansprüche des Einzelnen.

Vielen Ländern fällt es jedoch nach wie vor schwer, mit den Daten aus diesen drei traditionellen Quellen eine solide statistische Basis zu schaffen. 2022 lag der Durchschnittswert aller Länder bei 0,6 von 1. Die Unterschiede zwischen den Ländern waren erheblich. Länder mit hohem Einkommen lagen bei der Registrierung von Geburten und Sterbefällen fast bei 1, Länder mit höherem mittlerem Einkommen durchschnittlich bei 0,7 und Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen nur bei 0,2. Auch bei einkommensbasierten Zählungen und Erhebungen bestanden mit Werten zwischen 0,5 und 0,8 weitere, wenn auch weniger ausgeprägte Unterschiede.

Statistische Leistung der Länder bei der Registrierung von Geburten und Sterbefällen, Volkszählungen und Erhebungen – nach Einkommensniveau, 2022 (Werte zwischen 0 und 1)



Damit niemand zurückgelassen wird, muss die Bevölkerung in die Datenproduktion einbezogen werden

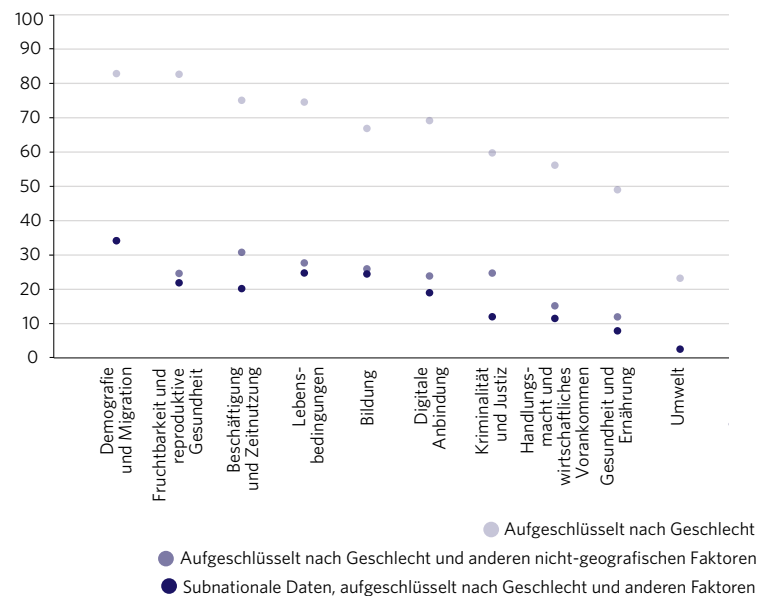
„Niemanden zurücklassen“ ist das Kernprinzip der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Eine umfassende Überprüfung durch den Gender Data Compass ergab jedoch, dass die von nationalen Statistikämtern online verbreiteten, nach den wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Indikatoren aufgeschlüsselten Daten erhebliche Lücken aufweisen. 2023 lag die Verfügbarkeit von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten bei Werten zwischen 23 und 83 von 100. Am häufigsten waren diese Daten für Indikatoren zu Demografie, Migration, Fruchtbarkeit und reproduktiver Gesundheit (mit einem Wert von 83) und am seltensten für Umweltindikatoren (23) verfügbar.

Nach zusätzlichen Merkmalen weiter untergliederte Daten lagen deutlich seltener vor. So sank die Verfügbarkeit von Daten für demografische und Migrationsindikatoren auf einen Wert von 34, wenn nach Geschlecht und anderen nicht-geografischen Merkmalen aufgeschlüsselt wurde. Die Verfügbarkeit subnationaler Daten war mit Durchschnittswerten zwischen 3 und 34 auffallend niedrig. Interessanterweise waren für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen insgesamt mehr aufgeschlüsselte Daten verfügbar als für Länder mit hohem Einkommen.

Die Nachfrage nach Daten zur Überwachung der Nachhaltigkeitsziele hat Innovationen und die Integration verschiedener Datenquellen gefördert. Aserbaidschan zum Beispiel überwacht mittels Fernerkundung die Erfassung der für die biologische Vielfalt bedeutsamen Gebiete in den Bergen (Indikator 15.4.1). Kolumbien und Malaysia integrieren Geo- und Bevölkerungsdaten, um den Anteil der ländlichen Bevölkerung zu schätzen, der höchstens 2 km von einer ganzjährig befahrbaren Straße entfernt lebt (Indikator 9.1.1). Bangladesch nutzt Geo- und Erhebungsdaten zur Erstellung lokaler Armutsschätzungen, die als Basis für die Regierungspolitik dienen. Ghana und das Vereinigte Königreich nutzen Bürgerwissenschaftsdaten zur Überwachung von Meeresmüll (Indikator 14.1.1). Das Statistikamt Kirgisistans untersucht mit einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie Bürgerdaten die Freiwillige nationale Überprüfung unterstützen können. Die Niederlande und Uruguay überwachen die Luftverunreinigung mit national vernetzten Sensoren (Indikator 11.6.2).

Länder in aller Welt erkennen an, wie wichtig Investitionen in nationale Statistiksysteme für hochwertige und aktuelle Daten zur Überwachung der Ziele sind. Neben Finanzmitteln erfordert dies den Aufbau von Kapazitäten, die Modernisierung der Infrastruktur und die Übernahme internationaler statistischer Standards. Im Rahmen der weiteren Stärkung ihrer statistischen Grundlagen werden Innovationen und die Integration verschiedener Datenquellen und Methoden für die Länder entscheidend sein, damit sie Herausforderungen wie sinkende Rücklaufquoten überwinden und kooperative Partnerschaften fördern können.

Datenverfügbarkeit nach Geschlecht und anderen Faktoren und Art des Indikators – 2022 (Werte zwischen 0 und 100)



Um niemanden zurückzulassen, bedarf es mehr als nur aufgeschlüsselter Daten. Intersektionelle Benachteiligung der marginalisiertesten Gruppen zu erkennen, erfordert zusätzliche Anstrengungen. So zeigte eine auf der 55. Tagung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen abgehaltene Nebenveranstaltung zum Thema Bürgerdaten, dass indigene Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Bolivien erhebliche Probleme beim Zugang zu Informationen über reproduktive Gesundheit und zu reproduktionsmedizinischer Versorgung haben. Die Bewältigung dieser Herausforderungen und die Erarbeitung entsprechender Maßnahmen ist nur möglich, wenn Bürgerdaten mit aktiver Beteiligung und Unterstützung seitens der Gemeinschaften erhoben werden, die ihre Bedürfnisse aus erster Hand kennen.

Daten sind offener geworden; ihre Nutzung und Wirkung müssen ausgebaut werden

Die größere Offenheit und Zugänglichkeit von Daten und ihre effektivere Nutzung haben ihre Wirkung entscheidend verbessert. Seit der Annahme der Agenda 2030 sind die Länder bei der Öffnung amtlicher Statistiken für die Öffentlichkeit erheblich vorangekommen. Laut dem Open Data Inventory (ODIN) stieg der Durchschnittswert für die Datenoffenheit für rund 180 Länder und Gebiete von 44 (2017) auf 55 (2022). Der Grad der Offenheit lag 2022 in Ländern mit hohem Einkommen bei 67, in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen dagegen nur bei 42. Diese Werte bezeichnen, inwieweit amtliche Statistiken maschinenlesbar und nicht urheberrechtlich geschützt sind, offene Lizenzen oder Nutzungsbedingungen für Daten haben, verfügbare Metadaten enthalten und zugängliche Optionen zum Herunterladen bieten.

Datenoffenheit bedeutet jedoch nicht immer eine effektive Nutzung und Wirkung. Die Überwachung dieser Aspekte war eine Herausforderung. Der Rahmen für die Indikatoren für die statistische Leistung (SPI) deckt die Datennutzung durch die nationale Legislative und Exekutive, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und internationale Organisationen ab, doch sind Nutzungsdaten nur für internationale Organisationen verfügbar. Um die Nutzung und Wirkung von Daten zu verbessern und die Ergebnisse zu messen und zu dokumentieren, bedarf es weiterer Anstrengungen.

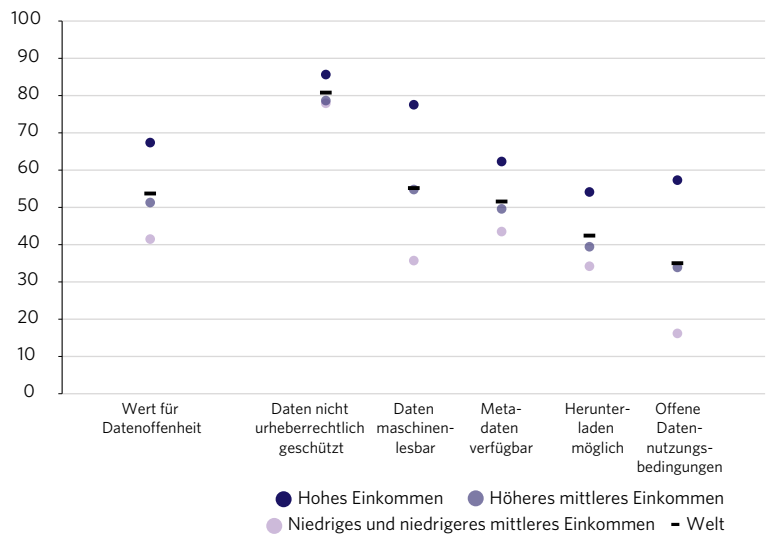
Die Rolle der nationalen Statistikämter als Datenhüter ändert sich, doch die Probleme in der Datenverwaltung bestehen fort

Eine erfolgreiche Überwachung der Nachhaltigkeitsziele setzt voraus, dass die nationalen Statistikämter eine starke Rolle als Datenhüter innerhalb der nationalen Datenökosysteme wahrnehmen. Nach einer Erhebung von 2023 waren fast alle Statistikämter mit der Koordinierung der Produktion und Integration amtlicher Statistiken im gesamten nationalen Statistiksistem beauftragt. Was den Erfolg als Datenhüter ausmacht, wurde jedoch unterschiedlich gesehen. Fast 90 % der Statistikämter waren sich einig, dass mehr Austausch und Wiederverwendung von Daten innerhalb des nationalen Statistiksystems oberste Priorität haben, aber nicht alle sahen aktive Kontakte zu den Befragten in Volkszählungen und Erhebungen, Interaktionen mit den Medien und verbesserte Datenkompetenz als Indikatoren für eine wirksame Wahrnehmung ihrer Funktion an.

Da sowohl staatliche Stellen als auch nichtstaatliche Akteure wie der Privatsektor und zivilgesellschaftliche Organisationen Daten produzieren, sind Datenschutz und -sicherheit heute unabdingbar. Überraschenderweise hielten nur 30 % der Statistikämter diesen Aspekt ihrer Rolle als Datenhüter für wichtig. Dies deckt sich mit den Antworten auf eine andere Frage nach den für die verschiedenen Aspekte der amtlichen Statistik zuständigen Stellen. Zwar waren 80 % der Statistikämter bei der Festlegung technischer und statistischer Standards federführend oder mitbeteiligt, aber nur 50 % spielten eine Rolle bei der Datensicherheit. Dies zeigt, wie dringend die Einrichtung nationaler Datenverwaltungssysteme ist, die über den derzeitigen Tätigkeitsbereich der Ämter hinausgehen.

Die Einbeziehung der Bevölkerung in die Datenproduktion bedeutet einen Wechsel hin zu einem stärker kooperativen und partizipativen Lenkungsmodell und eröffnet ein neues Kapitel im Gesellschaftsvertrag zwischen staatlichen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern. Diese neue Dynamik verkörpert Transparenz, Partizipation und gemeinsame Verantwortung und ist Ausdruck eines Beziehungswandels, durch den Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nur Subjekte staatlichen Handelns sind, sondern aktiv daran teilhaben. Der kürzlich von der Initiative für Bürgerdaten vorgeschlagene Kopenhagener Rahmen für Bürgerdaten unterstützt ein solches Vorgehen.

Datenoffenheit – 2022



Anteil der nationalen Statistikämter, die eine erfolgreiche Rolle als Datenhüter als positiven Beitrag zum jeweiligen Bereich ansehen – 2023 (in Prozent)



Gestärkte Partnerschaften sind der Schlüssel zu inklusiveren Daten

Partnerschaften mit verschiedenen Interessenträgern machen die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele inklusiver und berücksichtigen unterschiedliche Perspektiven und Bedürfnisse. Laut einer Erhebung von 2022 zur Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung hatten 81 % der nationalen Statistikämter institutionelle Vereinbarungen mit dem öffentlichen Sektor, gefolgt von internationalen Organisationen mit 66 %, der Wissenschaft mit 56 % und dem Privatsektor mit 45 %, und 37 % hatten Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ähnlich verhielt es sich bei der Erstellung von Geschlechterstatistiken, bei der meist Ministerien als Partner fungierten. Rund 90 % der Statistikämter arbeiteten regelmäßig oder ad hoc mit anderen staatlichen Stellen zusammen, jedoch nur 37 % mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

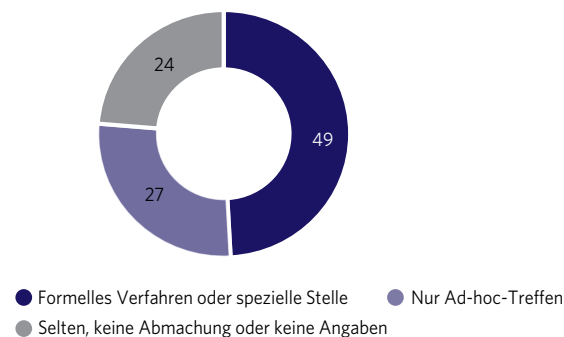
Immer mehr Länder erkennen die Bedeutung eines „gesamtgesellschaftlichen“ Ansatzes für die Erreichung der ambitionierten Ziele der Agenda 2030 und bemühen sich verstärkt um die Anerkennung der Beiträge der Zivilgesellschaft. So geht das Statistikamt Bangladeschs mit Hilfe der Initiative für Bürgerdaten und des Landesteam der Vereinten Nationen eine formelle Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, um Bürgerdaten zu produzieren und zu nutzen. Für das Land ist das ein wichtiger Schritt zur Anerkennung von Daten nichtstaatlicher Institutionen.

Weltweit florieren ähnliche Partnerschaften. Auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung im September 2023 wurde die Hochleistungsinitiative für das Potenzial von Daten ins Leben gerufen. Sie soll durch die Mobilisierung von politischer Unterstützung und Investitionen in nationale Datensysteme, die Förderung einheitlicher nationaler Datenstrategien und die Stärkung von Partnerschaften, Zusammenarbeit und Koordinierung

die zur Erreichung der Ziele erforderlichen Daten liefern. Die Initiative umfasst derzeit 15 Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik und wächst weiter. Mehr Länder und Partner sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen, damit jede Regierung über Daten zur Überwachung und Förderung der Fortschritte bei den Zielen verfügt.

Durch Partnerschaften mit Kommunalbehörden können nationale Statistikämter genauere, umfassendere und kontextspezifischere Daten sammeln und so für eine insgesamt wirksamere Überwachung der Ziele und eine bessere Ausrichtung der Entwicklungsmaßnahmen an lokalen Prioritäten sorgen. Laut der Erhebung von 2023 zur Datenverwaltung hatten 49 % der Statistikämter ein formelles Verfahren oder eine spezielle Stelle für die Zusammenarbeit mit den Kommunen; 27 % hatten diese Zusammenarbeit ad hoc organisiert, und in 24 % waren solche Abmachungen selten oder nicht vorhanden, oder sie hatten die Frage nicht beantwortet.

Mechanismen für die Zusammenarbeit mit kommunalen/städtischen Datenhütern – 2023 (in Prozent)



Koordiniert lassen sich Finanzierungslücken schließen und nationale Daten- und Statistikkapazitäten stärken

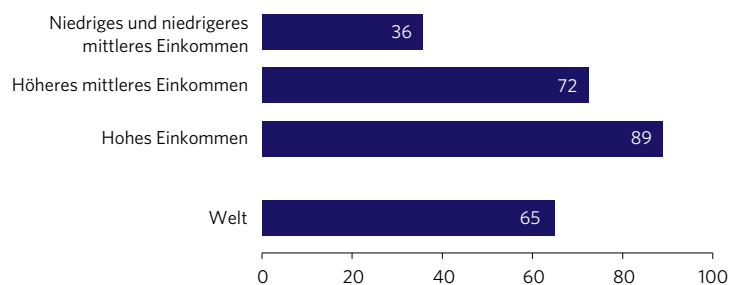
2023 hatten nur 65 % der Länder ihre nationalen Statistikpläne vollständig finanziert und umgesetzt. Die Finanzierungslücke ist in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, von denen nur 35 % über ausreichende Mittel verfügen, ausgeprägter als in Ländern mit hohem Einkommen (11 %). 45 Länder oder Gebiete, die Hälfte davon Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, erhielten Mittel von Gebern.

In der Erklärung von Hangzhou zur Beschleunigung der Fortschritte bei der Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung einigten sich die Länder darauf, „die Investitionen öffentlicher, privater und philanthropischer Akteure aus dem In- und Ausland in Daten und Statistiken dringend und stetig zu erhöhen und auszuweiten, um die statistischen Kapazitäten in Ländern mit niedrigem Einkommen und in fragilen Staaten zu stärken, Datenlücken für verwundbare Gruppen zu schließen und die Widerstandsfähigkeit der Länder vor dem aktuellen Hintergrund von Wirtschaftskrisen, Konflikten, Klimawandel und zunehmender Ernährungsunsicherheit zu steigern“.

Zwar wird der Beitrag der Entwicklungspartner zum Aufbau nationaler Daten- und Statistikkapazitäten anerkannt, doch muss dabei ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, um Insellösungen und Doppelarbeit zu vermeiden. Um systematisch Daten- und Kapazitätslücken zu schließen,

bedarf es einer wirksamen Koordinierung und einer angemessenen Mittelzuweisung zwischen Entwicklungspartnern und nationalen Stellen. Mechanismen wie das vom Globalen Netzwerk der Bildungseinrichtungen für Statistik entwickelte Instrument zur Bewertung des statistischen Ausbildungsbedarfs können bei der systematischen Bewertung der nationalen Statistikkapazitäten helfen, um die Zuweisung von Mitteln zu steuern. Kolumbien und Ghana haben damit Pläne erstellt, die ihnen helfen, Prioritäten für den Kapazitätsausbau zu setzen.

Anteil der Länder mit einem vollständig finanzierten und in Umsetzung befindlichen nationalen Statistikplan – 2023 (in Prozent)





Keine Armut

- Die COVID-19-Pandemie und die Folgeschocks zwischen 2020 und 2022 haben die weltweiten Anstrengungen zur Beseitigung der extremen Armut beeinträchtigt. Erstmals seit Jahrzehnten stieg 2020 die extreme Armut weltweit an, was die bereits erzielten Fortschritte um drei Jahre zurückwarf. Seither verläuft die Erholung uneinheitlich, und die Länder mit niedrigem Einkommen sind ins Hintertreffen geraten. Setzen sich die aktuellen Trends fort, so könnten 2030 noch immer 590 Mio. Menschen in extremer Armut leben. Wenn sich die Verringerung der Armut nicht erheblich beschleunigt, dürfte es weniger als einem Drittel der Länder gelingen, ihre nationale Armutsquote bis 2030 zu halbieren.
- Trotz verstärkter Bemühungen und Zusagen zur Ausweitung von Sozialschutzprogrammen blieben 2023 infolge beträchtlicher Deckungslücken 1,4 Mrd. Kinder ohne Schutz.
- Klimawandel erschwert die Verringerung der Armut, und Katastrophen lassen Millionen Haushalte verarmen oder in der Armutsfalle verharren.



Holzkohlehändler in Madagaskar – eines der Länder mit der höchsten Armutsrate – transportieren Ware zum Markt.

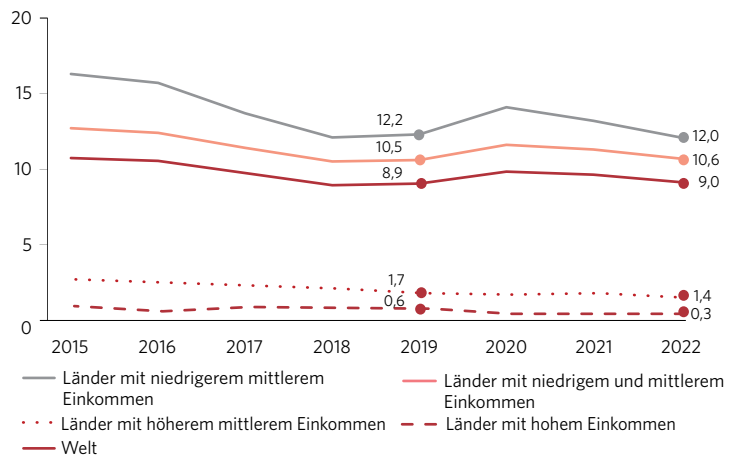
- Die Beendigung der Armut erfordert einen breit gefächerten Ansatz, der umfassende Sozialschutzsysteme, eine inklusiv wirkende Wirtschaftspolitik, Investitionen in das Humankapital, Maßnahmen zur Bekämpfung der Ungleichheit und zur Stärkung der Klimaresilienz sowie internationale Zusammenarbeit und Partnerschaft kombiniert.

Die extreme Armut ist auf Vorpandemieniveau zurückgefallen, nur nicht in den Niedrigeinkommensländern

COVID-19 ließ die extreme Armut 2020 erstmals seit Jahrzehnten ansteigen und warf die globalen Fortschritte um drei Jahre zurück. Der in extremer Armut lebende Teil der Weltbevölkerung erhöhte sich von 8,9 % 2019 auf 9,7 % 2020, bedingt durch die steigenden Zahlen in den Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen. Demgegenüber ging die extreme Armut in den Ländern mit höherem mittlerem und hohem Einkommen weiter zurück, was der zügigen finanzpolitischen Unterstützung für schutzbedürftige Gruppen zugeschrieben wurde. Bis 2022 war die extreme Armut in den meisten Ländern wieder auf Vorpandemieniveau zurückgefallen, außer in den Niedrigeinkommensländern. 2022 lebten 712 Mio. Menschen (oder 9 % der Weltbevölkerung) in extremer Armut; ein Anstieg von 23 Mio. gegenüber 2019. Prognosen zufolge könnten 2030 noch immer 590 Mio. Menschen oder 6,9 % der Weltbevölkerung in extremer Armut leben, wenn die aktuellen Trends anhalten.

In den 75 anfälligsten Ländern, die die Voraussetzungen für eine konzessionäre Kreditvergabe der Internationalen Entwicklungsorganisation der Weltbank erfüllen, lebt ein Viertel der Menschen von weniger als 2,15 USD pro Tag – dies entspricht dem Achtfachen der globalen Armutsquote. Ein Drittel dieser Länder ist heute im Durchschnitt ärmer als vor der Pandemie.

Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als 2,15 USD pro Tag auskommen muss, nach Landeseinkommen – 2015-2022 (in Prozent)



Anmerkung: Für die Länder mit niedrigem Einkommen sind keine separaten Schätzwerte für die extreme Armut angegeben, weil aktuelle Erhebungsdaten fehlen.

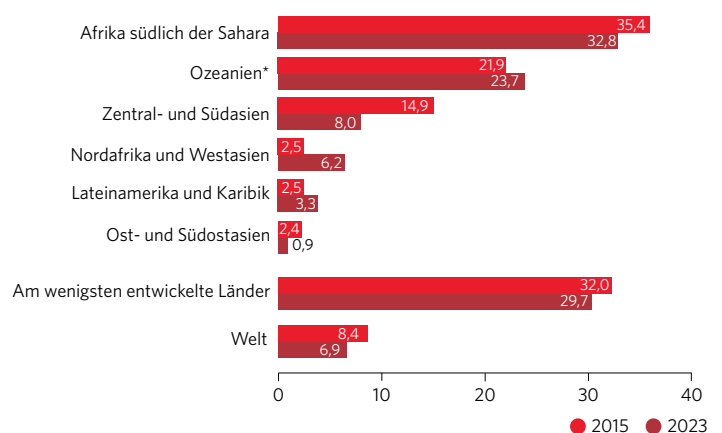
Die Erwerbsarmut ist zurückgegangen, betrifft jedoch nach wie vor 241 Millionen Erwerbstätige

Die weltweite Erwerbsarmut stieg 2020 leicht auf 7,7 %, sank dann jedoch 2023 auf 6,9 %. Dies zeigt einen seit 2015 anhaltenden Abwärtstrend bei der weltweiten Erwerbsarmut. Trotz Fortschritten lebten 2023 weiter fast 241 Mio. Erwerbstätige in extremer Armut, was sich 2024 nicht ändern dürfte.

Der insgesamt positive globale Trend wird durch große regionale Unterschiede getrübt. Obwohl die Erwerbsarmut sinkt, sind mehr als die Hälfte der in extremer Armut lebenden Erwerbstätigen (145 Mio.) nach wie vor in Afrika südlich der Sahara zu finden. Eine deutliche Verminderung der Erwerbsarmut um 6,9 Prozentpunkte zwischen 2015 und 2023 gelang in Zentral- und Südasien. In Nordafrika und Westasien hingegen stieg die Quote im selben Zeitraum von 2,5 auf 6,2 %.

Bestimmte Gruppen sind unverhältnismäßig stark von Erwerbsarmut betroffen. Jugendliche etwa sind weltweit doppelt so häufig erwerbsarm wie Erwachsene. Bei Frauen liegt die Erwerbsarmut in der Regel höher als bei Männern, wobei das Geschlechtergefälle in den am wenigsten entwickelten Länder am größten ist.

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 2,15 USD pro Tag auskommen müssen – 2015 und 2023 (in Prozent)



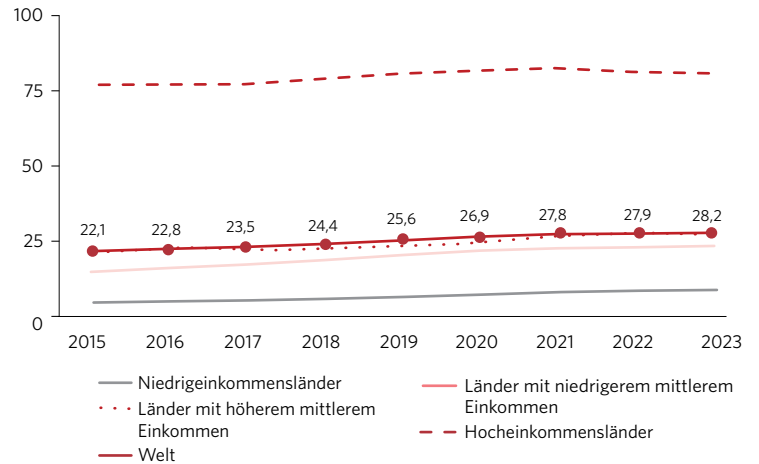
*ohne Australien und Neuseeland

Trotz Verbesserungen ist weltweit ein Siebtel der Kinder weiter ohne Sozialschutz

Weltweit erhielten 2023 nur 28,2 % der Kinder im Alter von 0 bis 15 Jahren Geldleistungen, gegenüber 22,1 % im Jahr 2015. Damit blieben 1,4 Mrd. Kinder ohne Sozialschutz. Die regionalen Abweichungen waren erheblich, und die Niedrigeinkommensländer waren trotz einer annähernden Verdoppelung des Sozialschutzes von 4,5 % (2015) auf 8,7 % (2023) weiter weit von einer allgemeinen Versorgung entfernt. Im selben Zeitraum erweiterten die Länder mit niedrigerem mittlerem Einkommen den Sozialschutz von 15,0 auf 23,5 % und die mit höherem mittlerem Einkommen von 21,8 auf 27,8 %. Mit einem Anstieg von 76,8 auf 80,5 % kamen die Hocheinkommensländer einer allgemeinen Versorgung wieder ein Stück näher.

Zur Verwirklichung einer allgemeinen Versorgung muss eine erhebliche Finanzierungslücke geschlossen werden. Soll zumindest ein grundlegender Sozialschutz für alle Kinder gewährleistet sein, müssten die Länder mit höherem mittlerem Einkommen zusätzlich 98,1 Mrd. USD, die mit niedrigerem mittlerem Einkommen 88,8 Mrd. USD investieren. Länder mit niedrigerem Einkommen würden zusätzliche 59,6 Mrd. USD benötigen.

Anteil der Kinder, die monetäre Sozialschutzleistungen beziehen, nach Landeseinkommen – 2015-2023 (in Prozent)

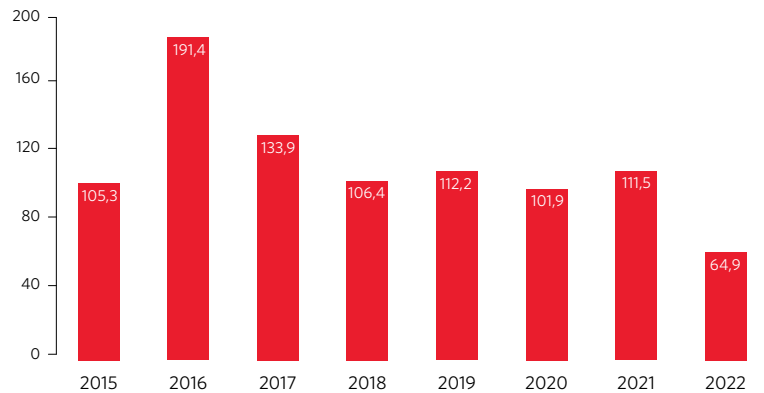


Anstrengungen zur Minderung von Katastrophenrisiken und -folgen konnten wirtschaftliche Milliardenverluste bislang nicht eindämmen

Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Minderung von Katastrophenfolgen verharrten die katastrophenbedingten wirtschaftlichen Verluste auf hohem Niveau. Zwischen 2015 und 2022 lagen die direkten wirtschaftlichen Verluste weltweit im Durchschnitt bei 115 Mrd. Dollar pro Jahr oder 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der berichtserstattenden Länder.

Die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer sind von Katastrophen unverhältnismäßig stark betroffen. Katastrophenbedingte wirtschaftliche Verluste in den am wenigsten entwickelten Ländern liegen um das Sechsfache über dem globalen Durchschnitt. Zwischen 2015 und 2022 verzeichnete diese Ländergruppe 6,9 % der weltweit gemeldeten wirtschaftlichen Verluste durch Katastrophen, obwohl ihr Anteil am gesamten BIP der berichtserstattenden Länder bei nur 1,1 % lag. Ähnlich verhielt es sich bei den Binnenentwicklungsländern, auf die bei einem Anteil von lediglich 1,1 % am gesamten BIP der berichtserstattenden Länder 4,9 % aller wirtschaftlichen Verluste – das Vierfache des globalen Durchschnitts – entfielen.

Direkte wirtschaftliche Verluste durch Katastrophen – 2015-2022 (in Mrd. USD)

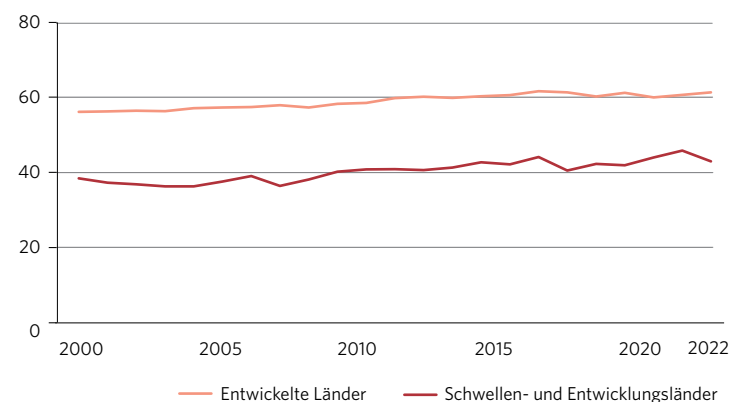


Die öffentlichen Ausgaben für grundlegende Dienste steigen, doch die Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern bleibt

Nach aktuellen Daten aus rund 100 Ländern machen die öffentlichen Ausgaben für grundlegende Dienste – darunter Bildung, Gesundheit und Sozialschutz – im Durchschnitt weltweit rund 50 % der gesamten Staatsausgaben aus. In den entwickelten Ländern fällt dieser Wert mit 60 % höher aus, während er in den Schwellen- und Entwicklungsländern bei 40 % liegt. Dieser Anteil stieg in den letzten 20 Jahren für beide Gruppen leicht an, doch die zwischen ihnen klaffende Lücke von 20 Prozentpunkten blieb unverändert.

Bei den einzelnen Komponenten der grundlegenden Dienste liegen die Sozialschutzausgaben der entwickelten Volkswirtschaften durchschnittlich rund 15 Prozentpunkte und damit deutlich höher als die der Schwellen- und Entwicklungsländer, vor allem aufgrund einer umfangreicheren Alterssicherung. Gesundheitsausgaben machen rund 5 Prozentpunkte dieser Lücke aus. Die Pandemie hat diese Trends vorübergehend verzerrt, weil Sozialschutz- und Gesundheitsausgaben stiegen, die Bildungsausgaben aber infolge der Schulschließungen zurückgingen. Zwar dürften diese Maßnahmen eher von kurzer Dauer sein, doch könnten Bildungsverluste und langwierige Gesundheitsprobleme in Teilen der Bevölkerung potenziell langfristige Auswirkungen auf das Humankapital haben.

Anteil der grundlegenden Dienste an den gesamten Staatsausgaben – 2000-2022 (in Prozent)





Kein Hunger

- Hunger und Ernährungsunsicherheit stiegen mit der COVID-19-Pandemie weltweit stark an und blieben drei Jahre lang fast unverändert hoch. 2023 litten rund 733 Mio. Menschen unter Hunger und 2,33 Mrd. unter mäßiger bis schwerer Ernährungsunsicherheit. Trotz Fortschritten waren 148 Mio. Kinder unter 5 Jahren wachstumsgehemmt. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, wird 2030 jedes fünfte Kind unter 5 Jahren unter Wachstumshemmung leiden.
- 2022 lagen in fast 60 % der Länder weltweit die Nahrungsmittelpreise mäßig bis ungewöhnlich hoch, was auf die Übertragungseffekte von Konflikten wie unterbrochene Versorgungsketten zurückgeht.
- Um den Hunger vollständig zu beseitigen, müssen die Nahrungsmittelsysteme verstärkt so umgestaltet werden, dass sie nachhaltig, widerstandsfähig und gerecht sind. Darüber hinaus sind raschere Fortschritte in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Hygiene unerlässlich, um



In einem Dorf an der äußersten Südspitze Madagaskars, wo Dürre die Ernteerträge beeinträchtigt, verkauft eine Frau ihr Gemüse.

die Zielvorgabe zu erreichen, die Zahl der an chronischer Unterernährung leidenden Kinder zu halbieren.

Hunger, Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung sind weiter häufig und erfordern stärkere Anstrengungen

Nachdem der Hunger (gemessen an der Prävalenz von Unterernährung) zwischen 2019 und 2021 weltweit stark gestiegen war, blieb er drei Jahre lang fast unverändert und traf 2023 9,1 % der Bevölkerung (2019: 7,5 %). 2023 litten zwischen 713 und 757 Mio. Menschen Hunger – einer von elf Menschen weltweit, einer von fünf in Afrika –, und etwa 28,9 % der Weltbevölkerung (2,33 Mrd. Menschen) waren von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen – 383 Mio. mehr als 2019.

Die Fehlernährung von Kindern unter 5 Jahren stellt nach wie vor ein großes Problem dar und birgt ein erhöhtes Risiko für ihr Wachstum und ihre Entwicklung. 2022 waren weltweit circa 22,3 % der Kinder unter 5 Jahren, also 148 Mio., wachstumsgehemmt (zu klein für ihr Alter), während es 2015 24,6 % waren. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, wird 2030 jedes fünfte Kind unter 5 Jahren (19,5 %) unter Wachstumshemmung leiden. Etwa 37 Mio. Kinder (5,6 %) waren übergewichtig und

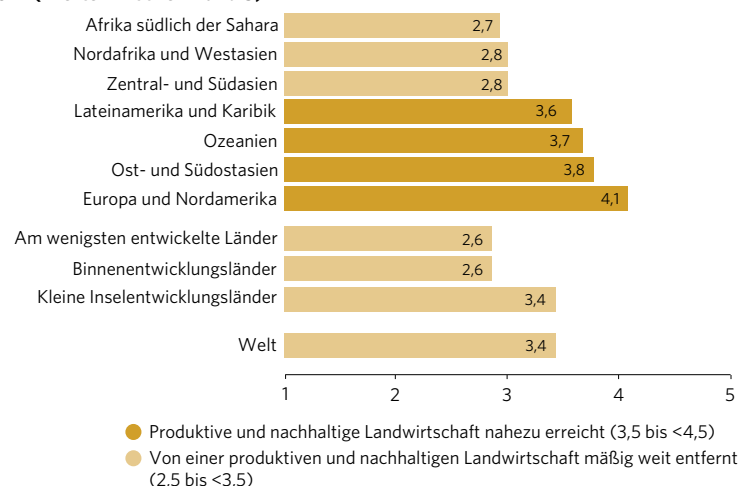
45 Mio. (6,8 %) ausgezehrt – über der globalen Zielvorgabe von 3 % bis 2030. Drei Viertel der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung lebten in Zentral- und Südasien (36,7 %) und in Afrika südlich der Sahara (38,3 %). Mehr als die Hälfte der von Auszehrung betroffenen Kinder lebte in Zentral- und Südasien (56,2 %) und fast ein Viertel in Afrika südlich der Sahara (22,9 %).

Um Ziel 2 zu erreichen, sind erhebliche Anstrengungen zur Abschwächung der Auswirkungen von Klimawandel, Konflikten und Wirtschaftskrisen erforderlich. Die Rekordpreise für Nahrungsmittel von 2022 haben die Kaufkraft und den Zugang zu Nahrungsmitteln verschlechtert, was sich nachteilig auf die Ernährungssicherheit und die Ernährungslage ausgewirkt hat. Eine positive Entwicklung war jedoch der Anstieg der öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft.

Rascheres Handeln könnte eine produktive, nachhaltige Landwirtschaft global in greifbare Nähe rücken

Eine produktive und nachhaltige Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Erfüllung und dauerhaften Deckung der menschlichen Bedürfnisse heutiger und kommender Generationen. Zur Bewertung der globalen Fortschritte in der nachhaltigen Landwirtschaft hat die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung einen neuen Katalog von sieben Unterindikatoren beschlossen, die die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Umwelt abdecken. Daten aus dem Jahr 2021 lassen darauf schließen, dass die Welt von einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft noch mäßig weit entfernt ist (mit einem Wert von 3,4 von 5) und sich die Situation seit 2015 leicht verbessert hat. Allerdings gab es regionale Unterschiede: Europa und Nordamerika verzeichneten mit 4,1 den höchsten Wert, die am wenigsten entwickelten Länder mit 2,6 den niedrigsten. Auch wenn eine genauere Analyse erforderlich ist, um die tieferen Ursachen der unterschiedlichen Fortschritte zu ermitteln, deutet alles darauf hin, dass alle Regionen dringend nachhaltige und konzertierte Maßnahmen ergreifen müssen, um die produktive und nachhaltige Landwirtschaft bis 2030 zu verbessern. Andernfalls laufen sie Gefahr, das Ziel weit zu verfehlen.

Stand der Verwirklichung einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft – 2021 (Werte zwischen 1 und 5)



Anmerkung: Dem ermittelten Wert liegen Maßgrößen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt zugrunde. Die Bewertung erfolgte anhand von fünf Kategorien, die über die folgenden Kriterien definiert sind: produktive und nachhaltige Landwirtschaft bereits erreicht (4,5 bis 5,5), produktive und nachhaltige Landwirtschaft nahezu erreicht (3,5 bis <4,5), von einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft mäßig weit entfernt (2,5 bis <3,5), von einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft weit entfernt (1,5 bis <2,5) und von einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft sehr weit entfernt (1 bis <1,5).

Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln sind für die Bekämpfung des Hungers unverzichtbar, doch ist ihr Einkommen nicht einmal halb so hoch wie das größerer Betriebe

Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln spielen in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelproduktion eine unverzichtbare Rolle, sie stärken die Widerstandsfähigkeit und bekämpfen den Hunger. Trotz ihres wichtigen Beitrags gehören sie jedoch oft zu den anfälligsten Gruppen in ländlichen Gebieten und innerhalb des umfassenderen Agrar- und Nahrungsmittelsystems. In 95 % der Länder, für die Daten vorliegen, ist das durchschnittliche Jahres-

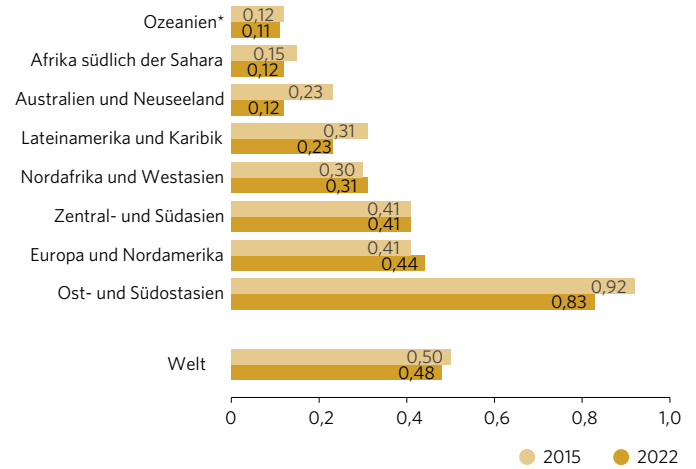
einkommen der Kleinerzeuger weniger als halb so hoch wie das größerer Betriebe. Dieses Einkommensgefälle besteht in allen Ländern, unabhängig vom Einkommensstand. Von Männern geführte Nahrungsmittel-Kleinbetriebe erzielen in der Regel ein höheres Einkommen als von Frauen geführte. In fast 50 % der Länder mit Daten lag das Einkommen frauengeführter Betriebe bei unter 70 % des Einkommens männergeführter Betriebe.

Inmitten wirtschaftlicher Herausforderungen stiegen die staatlichen Agrarausgaben und -hilfen sprunghaft

Staatsausgaben spiegeln die nationalen Prioritäten wider und ermöglichen eine direkte Reaktion auf wirtschaftliche und soziale Herausforderungen wie die COVID-19-Pandemie, Naturkatastrophen oder Inflation. Zwischen 2015 und 2022 stiegen die weltweiten Staatsausgaben für die Landwirtschaft stetig an und erreichten 2022 ein Rekordhoch von 749 Mrd. USD. Die Staatsausgaben für die Landwirtschaft im Verhältnis zum BIP-Beitrag des Sektors, gemessen am Agrarorientierungs-Index, sanken von 0,5 im Jahr 2015 auf 0,43 im Jahr 2021 und stiegen 2022 wieder auf 0,48 an. Die Pandemie trug zu diesem Rückgang bei, da staatliche Mittel in andere Bereiche gelenkt wurden.

Zwischen 2015 und 2022 stieg das Volumen der Agrarhilfe für die Entwicklungsländer um 47,2 % von 12,3 auf 18,1 Mrd. USD (zu konstanten Preisen von 2022). Der Anstieg um 33 % von 2021 auf 2022 ging vor allem auf landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte und Initiativen in den Bereichen Agrarpolitik, Verwaltungsmanagement und Finanzdienstleistungen zurück. Insbesondere entfielen 65 % des Anstiegs von 2022 auf Afrika, hauptsächlich aufgrund nichtkonzessionärer Darlehen für landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte der Islamischen Entwicklungsbank in Ägypten.

Agrarorientierungs-Index – 2015 und 2022



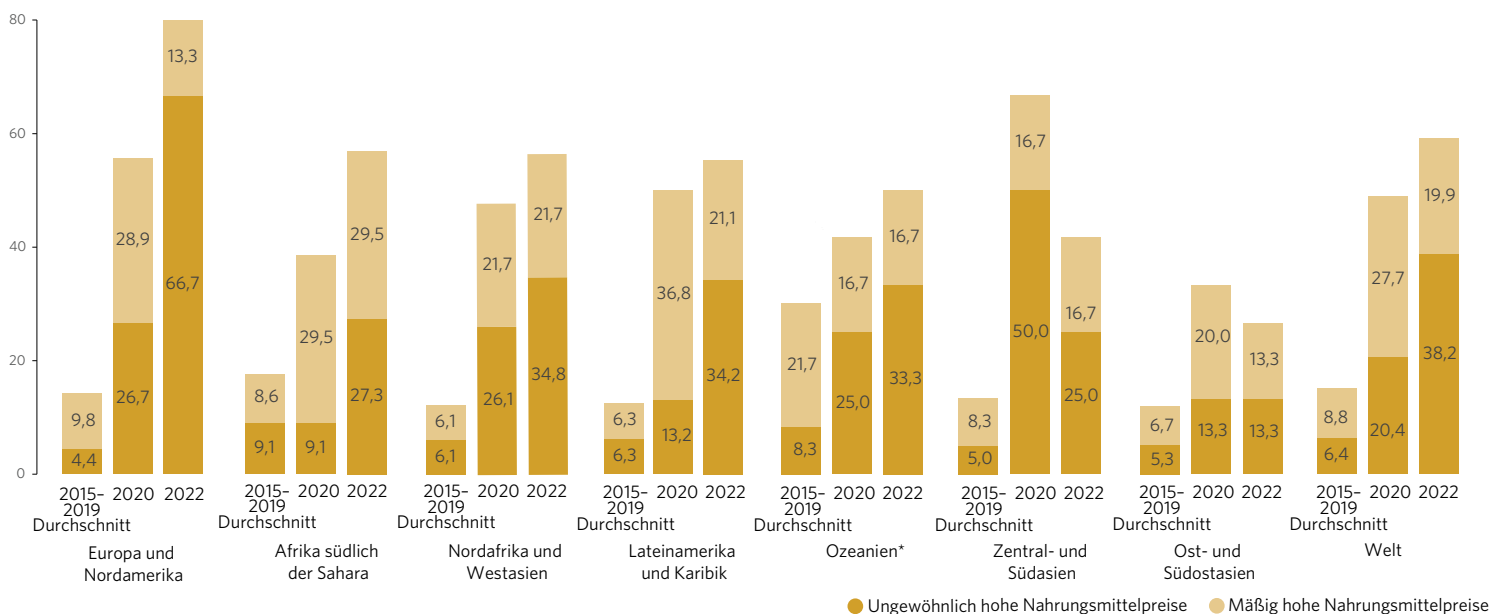
*ohne Australien und Neuseeland

In fast 60 Prozent der Länder waren die Nahrungsmittelpreise 2022 mäßig bis ungewöhnlich hoch

Weltweit ist der Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen 2022 stark angestiegen, hat mit 58,1 % einen neuen Spitzenwert erreicht und sich gegenüber dem Durchschnittswert von 15,2 % für den Zeitraum 2015-2019 fast vervierfacht. In Zentral- und Südasien sowie in Ost- und Südostasien war der Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen 2022 niedriger als der Höchstwert von 2020, lag aber weiter über dem Jahresdurchschnitt und dem Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019. In Afrika südlich der Sahara stieg der Anteil

zwischen 2020 und 2022 stetig an. Nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine sorgten erhebliche Unterbrechungen der Logistik- und Nahrungsmittelversorgungsketten insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2022 für höhere Nahrungsmittel- und Energiepreise. Außerdem übte der Krieg einen starken Aufwärtsdruck auf die Düngemittelpreise aus, was in der Landwirtschaft zu Verunsicherungen bei Anbauentscheidungen geführt hat.

Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen nach Region – 2015-2019 (Durchschnitt), 2020 und 2022 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland



Gesundheit und Wohlergehen

- COVID-19 hatte global verheerende gesundheitliche Auswirkungen und hob fast 10 Jahre des Fortschritts bei der Lebenserwartung auf. Zwar weisen die meisten Gesundheitsindikatoren weltweit in die richtige Richtung, doch sind die Zielvorgaben für 2030 beim aktuellen Trend nicht erreichbar.
- Die Müttersterblichkeitsrate liegt weiter oft beim gut Dreifachen der Zielvorgabe für 2030. Die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren war 2022 niedriger denn je, sank jedoch langsamer. Ohne raschere Fortschritte werden bis 2030 35 Mio. Kinder ihren fünften Geburtstag nicht erleben.
- Das globale Vorgehen gegen Infektionskrankheiten hat Millionen Leben gerettet und den Weg für eine gesündere Bevölkerung geebnet. Ungleichheiten und neue Bedrohungen gefährden diese Erfolge jedoch und zeigen die Notwendigkeit weiterer Bemühungen und innovativer Strategien.
- Über 50 % der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten, und zugleich muss ein alterndes Gesundheitspersonal nun dem wachsenden Bedarf einer alternden Bevölkerung gerecht werden. Eine allgemeine Gesundheitsversorgung ohne finanzielle Härten ist für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen kritisch.



In Malawi erhält ein Kind zum Start einer landesweiten Kampagne gegen Polio eine Schluckimpfung.

- Die Welt läuft Gefahr, Ziel 3 zu verfehlen. Für einen Kurswechsel müssen die Verwirklichung der allgemeinen Gesundheitsversorgung, die Stärkung der Gesundheitssysteme, Investitionen in die Prävention und Behandlung von Krankheiten und der Abbau von Unterschieden beim Zugang zur Versorgung, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen, Priorität erhalten.

Die COVID-19-Pandemie hat die Fortschritte bei der Lebenserwartung und der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten zunichte gemacht

COVID-19 hat die globale Gesundheit erheblich beeinträchtigt und dadurch die stetigen Fortschritte der letzten 20 Jahre bei der Lebenserwartung zunichte gemacht. Vor der Pandemie war die weltweite Lebenserwartung dank jahrelanger Verbesserungen im Gesundheitswesen und in verwandten Bereichen stetig gestiegen, und zwar von 66,8 Jahren (2000) auf 73,1 Jahre (2019). Durch COVID-19 kehrte sich dieser positive Trend rasch um, und die Lebenserwartung fiel 2021 auf 71,4 Jahre und somit auf den Stand von 2012.

Vor der Pandemie waren nichtübertragbare Krankheiten eine immer häufigere Todesursache und 2000 für 59,5 % und 2019 für 73,9 % aller Todesfälle verantwortlich. Der Anteil der übertragbaren Krankheiten sank zwischen 2000 und 2019 von 32,2 % auf 18,2 %. Als mit COVID-19 eine neue Infektionskrankheit auftrat und Menschenleben zu fordern begann, stieg der Anteil der Todesfälle infolge übertragbarer Krankheiten 2021 wieder auf den Stand von 2005 (28,1 %), während der Anteil der Todesfälle durch nichtübertragbare Krankheiten auf 65,3 % sank. COVID-19 gehörte 2020 und 2021 zu den drei häufigsten Todesursachen weltweit, bei großen regionalen Unterschieden.

Langsamere Fortschritte bei der allgemeinen Gesundheitsversorgung lassen Milliarden Menschen unversorgt und ruinösen Kosten ausgesetzt

Der Grad der Versorgung mit Basisgesundheitsdiensten wird anhand eines Index mit einem Wertebereich von 0 bis 100 und 14 Indikatoren in vier Bereichen gemessen: reproduktive Gesundheit, Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern, Infektionskrankheiten, nichtübertragbare Krankheiten sowie Leistungskapazität und -zugang. Zwischen 2000 und 2015 schnellte der globale Indexwert von 45 auf 65. Danach stieg er langsamer und erreichte 2021 nur 68. Der Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu Basisgesundheitsdiensten fiel zwischen 2000 und 2021 um etwa 15 %. Durch minimale Fortschritte nach 2015 hatten 2021 allerdings etwa 4,5 Mrd. Menschen, insbesondere in ländlichen und ärmeren Bevölkerungsgruppen, keinen Zugang zu solchen Diensten.

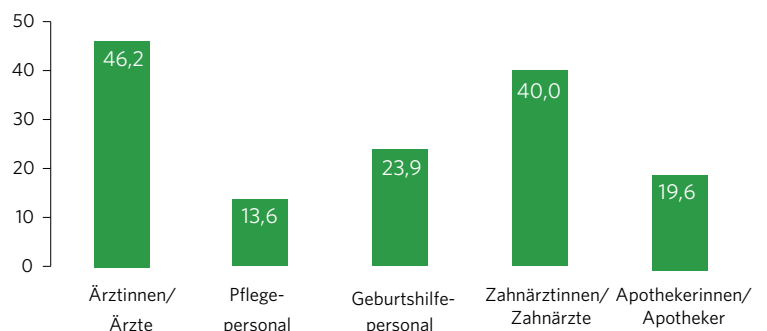
Finanzielle Härten durch Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche haben sich seit 2015 verschärft und trafen 2019 2 Mrd. Menschen. Für 1 Mrd. von ihnen lagen die Gesundheitsausgaben bei ruinösen 10 % ihres Haushaltsbudgets und mehr, und 344 Mio. Menschen wurden dadurch tiefer in extreme Armut gedrängt. Der Anteil der Bevölkerung mit ruinösen Gesundheitsausgaben stieg zwischen 2015 und 2019 von 12,6 % auf 13,5 %.

Ein alterndes Gesundheitspersonal kann dem wachsenden Bedarf einer alternden Bevölkerung kaum gerecht werden

Fortschritte bei der allgemeinen Gesundheitsversorgung erfordern die Behebung des weltweiten Mangels an Gesundheitsfachkräften. Die Daten für 2015 bis 2022 offenbaren jedoch deutliche Diskrepanzen: Am geringsten waren die Dichte und die Verteilung von Gesundheitspersonal in den Niedrigeinkommensländern, wo auf 10.000 Menschen im Median nur 1,1 Ärztinnen oder Ärzte, 7,5 Pflege- und Geburtshelferkräfte, 0,04 Zahnärztinnen oder Zahnärzte und 0,2 Apothekerinnen oder Apotheker kamen, während es in den Hocheinkommensländern 35,6, 76,8, 7,0 bzw. 8,8 waren.

Mit dem steigenden Gesundheitsbedarf einer alternden Weltbevölkerung tragen die Gesundheitssysteme eine erheblichen Mehrbelastung, zumal auch das Gesundheitspersonal selbst altert. In 54 Ländern, vor allem in Hocheinkommensländern, werden schätzungsweise 1,8 Mio. zusätzliche Gesundheitsfachkräfte benötigt, um das in den Ruhestand gehende Personal zu ersetzen und die aktuelle altersstandardisierte Personaldichte aufrechtzuerhalten.

Anteil der Länder mit alterndem Gesundheitspersonal, nach Gesundheitsberufen – 2017-2022 (in Prozent)



Anmerkung: Von „alterndem“ Gesundheitspersonal wird gesprochen, wenn der Anteil der über 55-jährigen Gesundheitsfachkräfte den der unter 35-jährigen übersteigt.

Der Rückgang der Müttersterblichkeit stagniert bei großen Unterschieden nach Region und Einkommen

Zwischen 2015 und 2020 sank die weltweite Müttersterblichkeitsrate nur leicht – von 227 auf 223 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten – und betrug damit mehr als das Dreifache der Zielvorgabe für 2030 von 70. 87 % der Todesfälle bei Müttern entfielen auf Afrika südlich der Sahara und Südasien. 2020 belief sich die Müttersterblichkeitsrate in den Niedrigeinkommensländern auf 430 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten, in den Hocheinkommensländern dagegen auf 13. Die durchschnittliche Müttersterblichkeitsrate in hochgradig und äußerst fragilen Staaten lag 2020 bei 551 und damit mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt. Um die Zielvorgabe für 2030 zu erreichen, muss die Rate zwischen 2021 und 2030 jährlich um 11,6 % gesenkt werden.

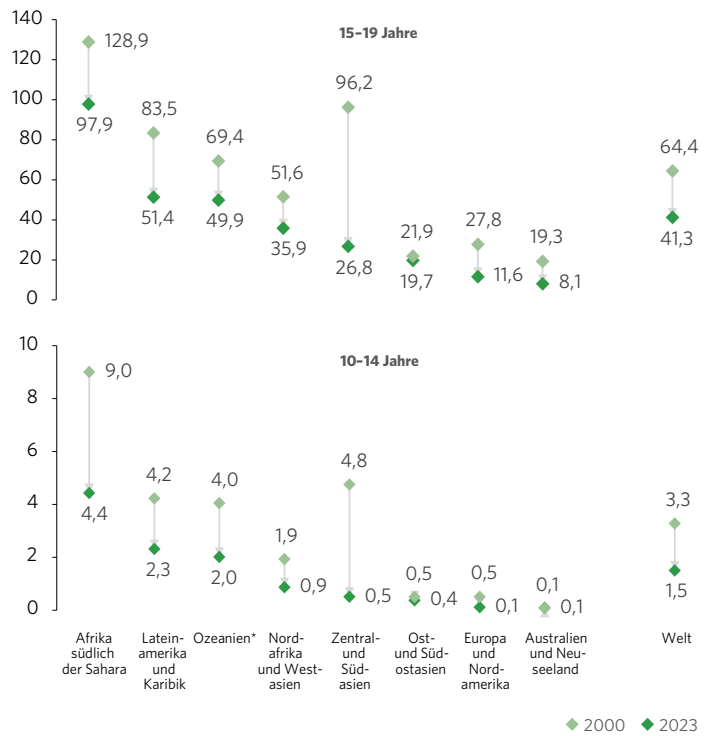
Der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten hat sich weltweit verbessert und stieg zwischen 2015 und 2023 von 80 % auf 86 % der Geburten. Eine höhere Versorgungsqualität könnte jährlich das Leben von bis zu 1 Mio. Neugeborenen und 150.000 Müttern retten, doch die Fortschritte stagnieren, und 2023 wurden 18 Mio. Geburten nicht fachgerecht betreut. In Afrika südlich der Sahara wurden 2023 nur 73 % der Geburten von medizinischem Fachpersonal betreut, die niedrigste Quote weltweit. Ost- und Südostasien hingegen erreichten eine Quote von 96 %.

Die Geburtenrate bei Jugendlichen und der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln verbessern sich, doch nicht für alle Frauen und Mädchen gleichermaßen

Die Geburtenrate bei Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren sank 2023 auf 41,3 je 1.000 gegenüber 47,2 im Jahr 2015 und 64,5 im Jahr 2000. Bei Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren fiel die Rate von 3,3 je 1.000 (2000) auf 1,8 (2015) und 1,5 (2023). Dennoch wurden 2023 13,1 Mio. Babys, etwa 10 % aller Geburten, von jugendlichen Müttern zur Welt gebracht. Zentral- und Südasien verzeichneten zwischen 2000 und 2023 den stärksten Rückgang der Geburtenrate bei Jugendlichen, und zwar um 72 % bei den 15- bis 19-Jährigen und um 90 % bei den 10- bis 14-Jährigen. Afrika südlich der Sahara wies 2023 mit 97,9 Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren und 4,4 Geburten je 1.000 Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren nach wie vor die weltweit höchsten Raten auf.

Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre), deren Bedarf an Familienplanung durch moderne Methoden gedeckt wird, stieg zwischen 2015 und 2024 von 76,5 % auf 77,6 %. Damit wenden weltweit 75 Mio. mehr Frauen moderne Verhütungsmethoden an. Bis 2030 dürfte dieser Anteil 78,2 % erreichen, was einem Nettozuwachs von 45 Mio. Frauen entspricht. Dies ist eine deutliche Verbesserung, jedoch noch immer weit vom Ziel des allgemeinen Zugangs entfernt.

Geburtenrate bei Jugendlichen nach Altersgruppen – 2000 und 2023 (Geburten je 1.000 Frauen oder Mädchen in jeder Altersgruppe)



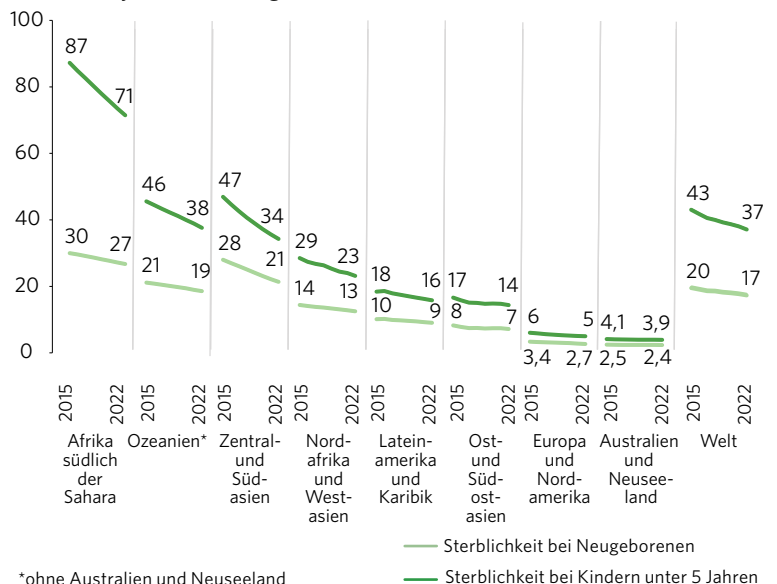
*ohne Australien und Neuseeland

Die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren fiel 2022 auf ein Rekordtief; die Erreichung der Zielvorgabe könnte bis 2030 9 Millionen Leben retten

Weltweit sank die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren 2022 von 9,9 Mio. (2000) und 6,0 Mio. (2015) auf einen historischen Tiefstand von 4,9 Mio. Fast die Hälfte dieser Todesfälle (2,3 Mio.) entfiel auf die Neonatalperiode (die ersten 28 Lebenstage). Die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren lag 2022 bei 37 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten, was einem Rückgang um 51 % gegenüber 2000 und um 14 % gegenüber 2015 entspricht. Die globale Neugeborenensterblichkeit fiel 2022 auf 17 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten und war damit um 44 % niedriger als 2000 und um 12 % niedriger als 2015.

Leider verlangsamte sich der jährliche Rückgang der Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren von 3,8 % im Zeitraum 2000-2015 auf 2,1 % im Zeitraum 2015-2022. Ähnlich verhielt es sich bei der Neugeborenensterblichkeit, wo der Rückgang von 3,0 % auf 1,8 % abflachte. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, dürften bis 2030 zusätzliche 35 Mio. Kinder ihren fünften Geburtstag nicht erleben. Würde die entsprechende Zielvorgabe in allen Ländern erreicht, ließen sich bis 2030 schätzungsweise 9 Mio. Leben retten. 2022 hatten 134 Länder die Zielvorgabe bereits erreicht. Sieben weitere Länder lagen auf Kurs, doch in 59 Ländern, nahezu drei Viertel davon in Afrika südlich der Sahara, sind raschere Fortschritte notwendig, um die Zielvorgabe bis 2030 zu erreichen.

Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren und Neugeborenen – 2015-2022 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



*ohne Australien und Neuseeland

Die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten hat Millionen Todesfälle verhindert, ist jedoch durch Ungleichheiten und neue Bedrohungen gefährdet

HIV/Aids: Die Welt ist bei der Bekämpfung von HIV erheblich vorangekommen. Die etwa 1,3 Mio. Neuinfektionen von 2022 stellten einen Rückgang um 27 % seit 2015 und um 38 % seit 2010 dar. In Afrika südlich der Sahara, der am stärksten von HIV betroffenen Region, konnte die Zahl jährlicher Neuinfektionen seit 2010 mehr als halbiert werden. 2022 erhielten 29,8 Mio. von 39 Mio. Menschen mit HIV eine lebensrettende Behandlung. Ein breiterer Zugang zu Behandlung hat in den vergangenen drei Jahrzehnten 20,8 Mio. aidsbedingte Todesfälle verhindert. Darüber hinaus wurden durch die Integration von HIV-Tests und -Behandlung in die Versorgung von Mutter und Kind seit 2000 über 3,4 Mio. HIV-Infektionen bei Kindern verhütet. Durch eine stärkere Verknüpfung der HIV- und Tuberkulose-Versorgung konnten von 2010 bis 2022 etwa 6,4 Mio. tuberkulosebedingte Todesfälle bei Menschen mit HIV abgewendet werden.

Diese Erfolge kommen allerdings nicht allen gleichermaßen zugute. 2022 erhielten 43 % der 1,5 Mio. Kinder mit HIV keine Behandlung. Jede Woche infizierten sich 4.000 heranwachsende Mädchen und junge Frauen mit HIV; 3.100 von ihnen in Afrika südlich der Sahara. Fast ein Viertel der 2022 verzeichneten HIV-Neuinfektionen entfiel auf Asien. In Nordafrika und Westasien steigt die Zahl der HIV-Neuinfektionen weiter stark an. Grund für diese besorgniserregenden Trends sind vor allem ein Mangel an Präventionsangeboten für Menschen aus Rand- und Risikogruppen, Gesetze mit Strafcharakter, Gewalt, soziale Stigmatisierung und Diskriminierung.

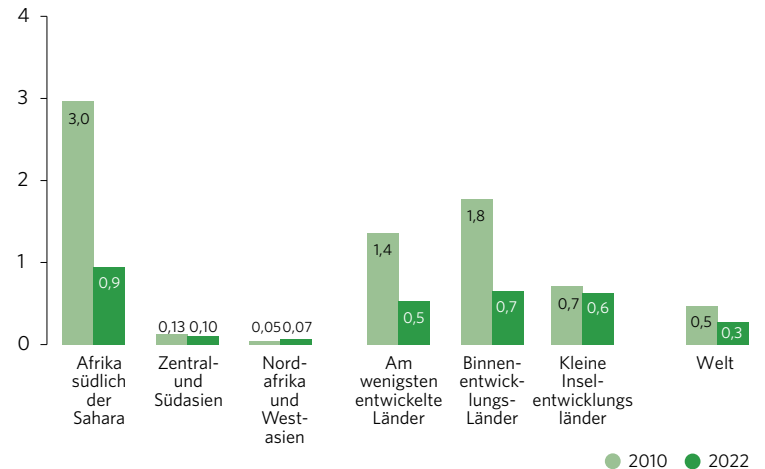
Tuberkulose: 2022 wurden 7,5 Mio. neu diagnostizierte Tuberkulosefälle gemeldet, der höchste Wert seit Beginn der globalen Überwachung 1995, der auch den bisherigen Höchststand von 7,1 Mio. aus dem Jahr 2019 übertraf. 2022 erkrankten weltweit etwa 10,6 Mio. Menschen – mehr als 2021 (10,3 Mio.) und 2020 (10,0 Mio.) – an Tuberkulose. Mit etwa 1,3 Mio. Todesfällen war die Krankheit 2022 weiter die weltweit zweithäufigste Todesursache durch einen einzelnen Erreger. Diese Zahl lag niedriger als 2020 und 2021 (jeweils etwa 1,4 Mio.) und fast wieder auf dem Stand von vor der Pandemie. Der globale Netto-Rückgang der tuberkulosebedingten Todesfälle betrug zwischen 2015 und 2022 jedoch nur 19 % und blieb damit weit hinter der bis 2025 angestrebten Verringerung um 75 % zurück. Die Krankheitsinzidenz lag 2022 bei schätzungsweise 133 neuen Fällen je 100.000 Menschen und damit um 8,7 % niedriger als 2015. 2023 oder 2024 ist eine Rückkehr zum vor der Pandemie verzeichneten Abwärtstrend möglich.

Malaria: 2022 traten weltweit schätzungsweise 249 Mio. Malariafälle auf, 16 Mio. mehr als 2019 vor der Pandemie. Malaria forderte 2022 schätzungsweise 608.000 Menschenleben, 32.000 mehr als 2019. Seit 2015 verharrt die Nutzung insektizidbehandelter Moskitonetze bei Kleinkindern und Schwangeren in Afrika südlich der Sahara bei rund 56 %. 2022 erhielten etwa 58 % der gefährdeten Schwangeren nicht die empfohlene präventive Malariatherapie, und etwa ein Drittel der Kinder mit Fieber wurde nicht medizinisch behandelt. Neben den Beeinträchtigungen durch COVID-19 ist die globale Malariabekämpfung zunehmend durch Arzneimittel- und Insektizidresistenzen, humanitäre Krisen, Finanzierungsengpässe, verzögerte Programmdurchführung und die Folgen des Klimawandels gefährdet. Trotz dieser Herausforderungen konnten viele Länder mit geringer Malaria-Last dank bedeutender Erfolge weitere Fortschritte bei der Eliminierung erzielen, und 25 Länder meldeten 2022 weniger als 10 Fälle. Seit 2015 wurden 13 Länder als malariefrei zertifiziert.

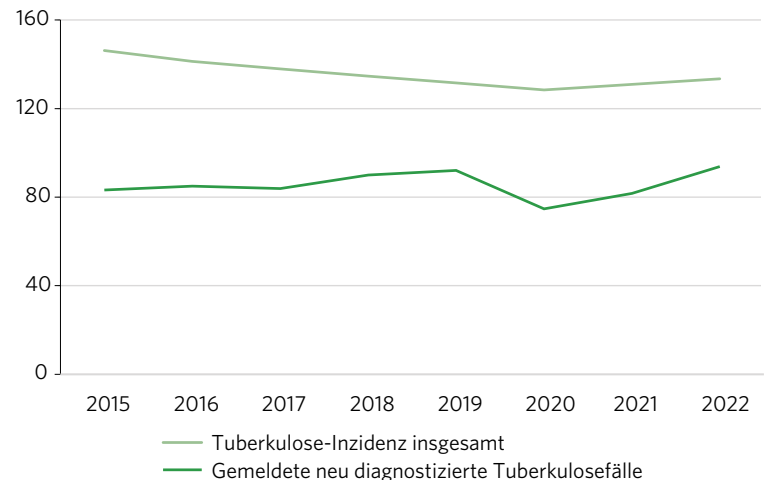
Vernachlässigte Tropenkrankheiten: 2022 benötigten 1,6 Mrd. Menschen Behandlung und Versorgung wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten; 26,1 % weniger als 2010. In den am wenigsten entwickelten Ländern sank der Anteil der Bevölkerung mit entsprechendem Interventionsbedarf im selben Zeitraum von 79 % auf 45 %. Bis Dezember 2023 hatten 50 Länder und Hoheitsgebiete mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert. Dies zeigt die Wirkkraft umfassender kombinierter Interventionen aus Massen- oder Einzelbehandlung, Vektorbekämpfung, veterinärmedizinischen Maßnahmen und sicherer Wasser- und Sanitärversorgung.

Das Fortschritts-tempo war zu langsam für die Erfüllung der Zielvorgabe, den Anteil der Weltbevölkerung mit Interventionsbedarf wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten zwischen 2010 und 2030 um 90 % zu senken. Zur Erfüllung dieser Vorgabe bedarf es neuerlicher Anstrengungen zur Ausweitung der Interventionen, insbesondere in Hochprävalenzländern, die oft am wenigsten entwickelte Länder sind.

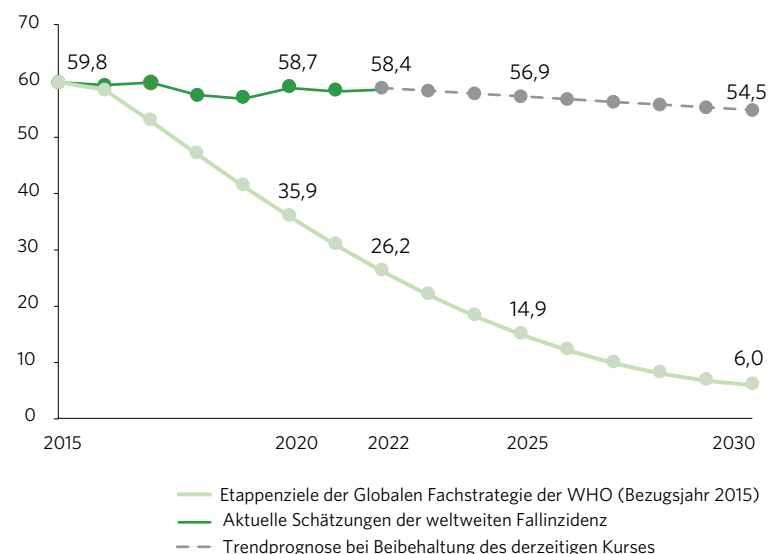
HIV-Inzidenz – 2010 und 2022 (Anzahl der Neuinfektionen je 1.000 nicht infizierte Erwachsene zwischen 15 und 49 Jahren)



Geschätzte Tuberkulose-Inzidenz und -Melderate – 2015-2022 (neue Fälle je 100.000 Menschen jährlich)



Malaria-Fallinzidenz – 2015-2030 (Fälle je 1.000 gefährdete Personen)



21 Millionen Kinder versäumten 2022 lebensrettende Impfungen

Zwischen 2000 und 2019 stieg der Anteil der Kinder, die drei Dosen des Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten (DTP3) erhielten, von 72 % auf 86 %, fiel 2021 auf 81 % und stieg 2022 wieder auf 84 % an. 2022 versäumten 20,5 Mio. Kinder mindestens eine Routineimpfung, und 14,3 Mio. wurden überhaupt nicht geimpft. Nach einer Stagnation im Zeitraum 2020-2021 stieg die Durchimpfung mit zwei Dosen Masernimpfstoff und drei Dosen Pneumokokken-Konjugatimpfstoff 2022 auf 74% bzw. 60 %. Die weltweite Durchimpfung mit dem für die Gesundheit von Frauen und Mädchen kritischen Impfstoff gegen humane Papillomaviren (HPV) betrug 2022 nur 15 %, obwohl bis Jahresende 130 Länder den Impfstoff in ihre nationalen Impfprogramme aufgenommen hatten.

Behandlungsangebote erreichen nur einen geringen Teil der Menschen mit substanz- und alkoholbedingten Störungen

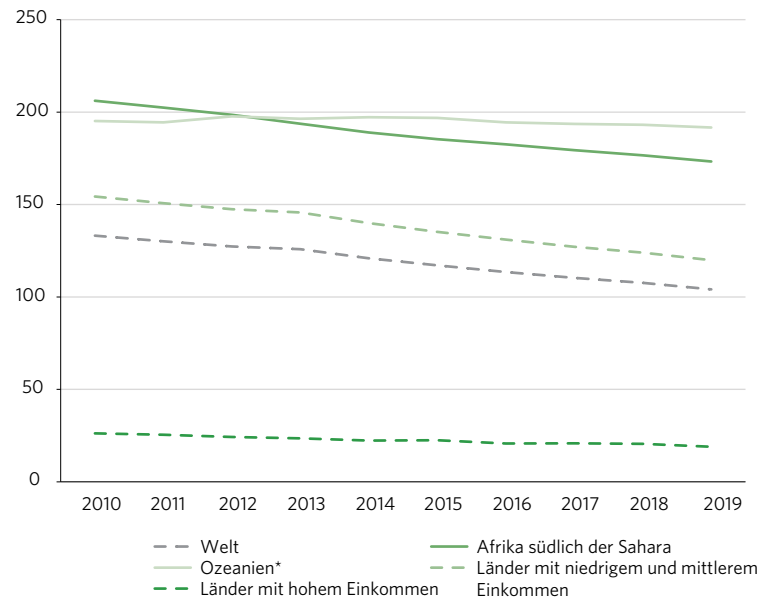
Nach neuen Schätzungen erhielt 2022 weltweit nur etwa jede elfte Person mit substanzbedingten Störungen eine entsprechende Behandlung. Der Versorgungsgrad sank zwischen 2015 und 2022 von 11 % auf unter 9 % und fiel in Nord- und Südamerika und in Asien besonders stark. Die Versorgung von Frauen bleibt in allen Regionen durchweg hinter der von Männern zurück: 2022 erhielten über 13 % der Männer eine Behandlung, hingegen weniger als 6 % der Frauen. Beim Behandlungszugang von Menschen mit alkoholbedingten Störungen ist die Datenlage erschreckend: In den Ländern, die den Versorgungsgrad meldeten, lag er zwischen 0,3 % und maximal 14 %. Bei etwa 283 Mio. Menschen mit alkoholbedingten Störungen oder 5 % der erwachsenen Bevölkerung bleibt Hunderten Millionen Menschen die benötigte Behandlung und Versorgung versagt.

Mehr als 90 % aller Todesfälle infolge von Luftverunreinigung entfallen auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen

Obwohl die auf die Verschmutzung der Raum- bzw. Außenluft zurückzuführende weltweite Sterblichkeitsrate seit 2010 leicht rückläufig ist, verursachte die Luftverunreinigung durch Feinstaub 2019 jährlich etwa 104 Todesfälle je 100.000 Menschen. 93 % dieser Fälle entfielen 2019 auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, vor allem in Asien und Afrika. Nichtübertragbare Krankheiten machten 85 % der durch Luftverunreinigung bedingten Todesfälle aus. Die verbleibenden 15 % gingen auf akute Infektionen der unteren Atemwege zurück, wobei alarmierenderweise 31 % der Opfer Kinder unter 5 Jahren waren.

Die höchsten durch Luftverunreinigung bedingten Sterblichkeitsraten finden sich in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland), Afrika südlich der Sahara und den meisten Ländern Asiens. Dafür ist vor allem eine erhebliche Raumluftverschmutzung verantwortlich, da Haushalte für Kochen, Heizen und Beleuchtung großenteils auf schadstoffreiche Brennstoffe und Technologien angewiesen sind. Besonders hoch sind die von häuslicher Luftverschmutzung ausgehenden Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder, die sich in der Regel länger an oder um Kochstellen aufhalten.

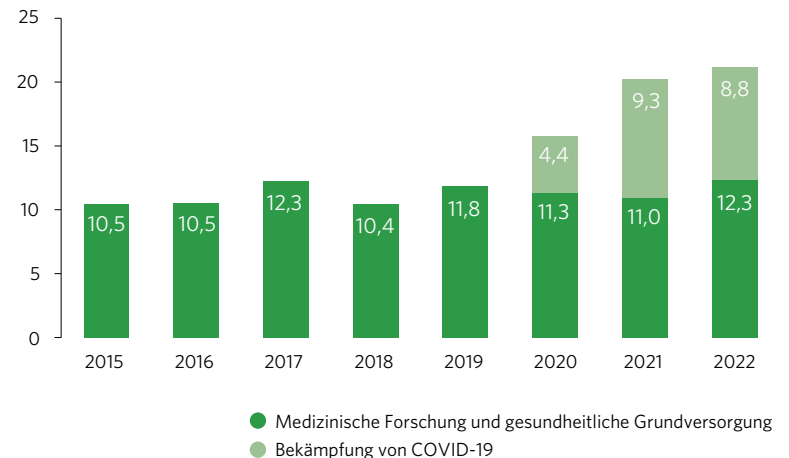
Altersstandardisierte Sterblichkeitsrate infolge von Verschmutzung der Raum- bzw. Außenluft – 2010-2019 (Todesfälle je 100.000 Einwohner)



Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich stieg, doch floss ein Großteil der Mittel in COVID-19-Maßnahmen

Die öffentliche Netto-Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für medizinische Forschung und gesundheitliche Grundversorgung hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, vor allem aufgrund des globalen Vorgehens gegen die COVID-19-Pandemie. Die ODA aller Geber für die gesundheitliche Grundversorgung hat sich 2022 gegenüber 2015 real mehr als verdoppelt, nämlich von 10,5 auf 21,1 Mrd. USD (zu konstanten Preisen von 2022), und ist gegenüber 2021 um 4,4 % gestiegen. Den mit insgesamt 8,8 Mrd. USD oder 42 % größten Anteil daran hatte 2022 die Bekämpfung von COVID-19; 1,6 Mrd. USD davon Impfstoffspenden. Zwischen 2020 und 2022 flossen insgesamt 22,5 Mrd. USD an ODA in die Bekämpfung von COVID-19. Weitere ODA-Mittel wurden 2022 für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten (3,7 Mrd. USD) und Malaria (2,4 Mrd. USD) und für die gesundheitliche Grundversorgung (2,2 Mrd. USD) ausgegeben. Auf Ebene der Regionen erhielt Afrika südlich der Sahara mit 6,6 Mrd. USD nach Volumen und Anteil die meisten Mittel für die gesundheitliche Grundversorgung.

Gesamtvolumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für medizinische Forschung und gesundheitliche Grundversorgung – 2015-2022 (in Mrd. USD zu konstanten Preisen von 2022)





Hochwertige Bildung

- Die Umsetzung von Ziel 4 ist seit 2015 nur langsam vorangekommen, und nur 58 % aller Schülerinnen und Schüler erreichten 2019 ein Mindestmaß an Lesekompetenz. Jüngste Analysen zeigen einen erheblichen Rückgang der Mathematik- und Lesekompetenz in zahlreichen Ländern, was klar darauf hindeutet, dass neben den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die globale Bildung auch weitere Faktoren im Spiel sind.
- Viele Länder sind mit unzureichender Bildungsinfrastruktur, Lehrkräfteausbildung und Lehrkräftemangel konfrontiert. Technologien haben zwar die Bildungsmöglichkeiten erhöht, aber auch die Ungleichheiten, sodass Millionen Menschen, insbesondere in marginalisierten und einkommensschwachen Gemeinschaften, keinen Zugang zu Bildung haben.
- Damit die Länder die gegenüber den ursprünglichen Zielvorgaben für Ziel 4 herabgesetzten nationalen bildungspolitischen Ziele für 2030 erreichen können, müssen sie jährlich 1,4 Mio. Kinder in die frühkindliche Bildung aufnehmen, bis 2030 alle zwei Sekunden ein neues Kind einschulen und die jährlichen Fortschritte bei den Grundschulabschlussquoten verdreifachen.



Eine ehrenamtliche Lehrerin unterrichtet Kinder in einem Vertriebenenlager im Osten Myanmars.

- Raschere Fortschritte könnten für die Verwirklichung der gesamten Agenda 2030 katalytisch wirken. Um einen gleichgestellten Zugang zu hochwertiger Bildung zu erreichen, ist es unverzichtbar, mit Vorrang mehr Finanzmittel für Bildung, Lehrkräfteausbildung und inklusive und barrierefrei zugängliche Schulen bereitzustellen sowie Technologien zu nutzen und die digitale Spaltung zu überwinden.

Weltweit steigen die Schulabschlussquoten in der Sekundarstufe langsamer, doch sind die Fortschritte in Ost- und Südostasien bemerkenswert

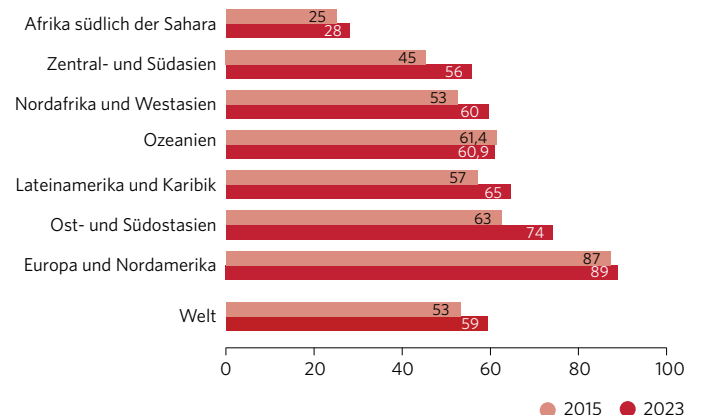
Zwischen 2015 und 2023 stieg die Schulabschlussquote in der Grundschule von 85 auf 88 %, in der Sekundarstufe I von 74 auf 78 % und in der Sekundarstufe II von 53 auf 59 %. Dennoch schließen nur zwei von drei Kindern in Afrika südlich der Sahara die Grundschule in der vorgesehenen Zeit ab.

Die Fortschritte beim Abschluss der Sekundarstufe II verlangsamten sich von jährlich 1,3 Prozentpunkten (2010-2015) auf 0,9 Prozentpunkte (2015-2023), wobei Ozeanien ein Negativwachstum verzeichnete. Dennoch haben einige Regionen deutliche Fortschritte erzielt. Mit einem Anstieg der Abschlussquote von 63 % (2015) auf 74 % (2023) war Ost- und Südostasien die Region mit dem stärksten Wachstum.

Weltweit liegt die Abschlussquote der Mädchen in der Grund- wie in der Sekundarschule um 2 bis 3 Prozentpunkte über der der Jungen. In der Sekundarstufe II haben Mädchen mit 14 Prozentpunkten in Ost- und Südostasien, mit 8 Prozentpunkten in Lateinamerika und der Karibik und mit 4 bis 5 Prozentpunkten in den meisten anderen Regionen einen deutlichen Vorsprung. In Zentral- und Südostasien sowie in Afrika südlich der Sahara liegen Jungen

mit 2 bis 3 Prozentpunkten leicht vorn. Diese regionalen Unterschiede unterstreichen die Notwendigkeit gezielter Anstrengungen, um gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen.

Abschlussquote in der Sekundarstufe II – 2015 und 2023 (in Prozent)



COVID-19 und andere Faktoren haben den Rückgang der Lese- und Mathematikkompetenz verschärft

Laut der PISA-Studie von 2022 für die letzte Klassenstufe der Sekundarstufe I in 81 Mitglieds- und Partnerländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind die Leistungen in Mathematik von 2018 bis 2022 im Mittel um enorme 15 Punkte gesunken. Der Rückgang um 10 Punkte bei der Lesekompetenz war doppelt so hoch wie der vorherige Rekord. Die Lesekompetenz war schon in den vorangegangenen zehn Jahren rückläufig, während die Mathematikkompetenz zwischen 2003 und 2018 relativ stabil war. Der beispiellose Rückgang verdeutlicht die tiefgreifenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die weltweite Bildung.

Große Datenlücken bei der Erfassung von Lernergebnissen, insbesondere in der frühkindlichen Bildung, erschweren die Bewertung globaler Trends und der Unterschiede zwischen Ländern. Daten für das Ende der Grundschulzeit gibt es nur für 20 % der Länder, was die jüngsten Initiativen zur Schließung der Lücken für länderübergreifende Bewertungen vielversprechend macht.

Unterricht und Lehrkräfteausbildung zu Klimawandel und Nachhaltigkeit müssen dringend verbessert werden

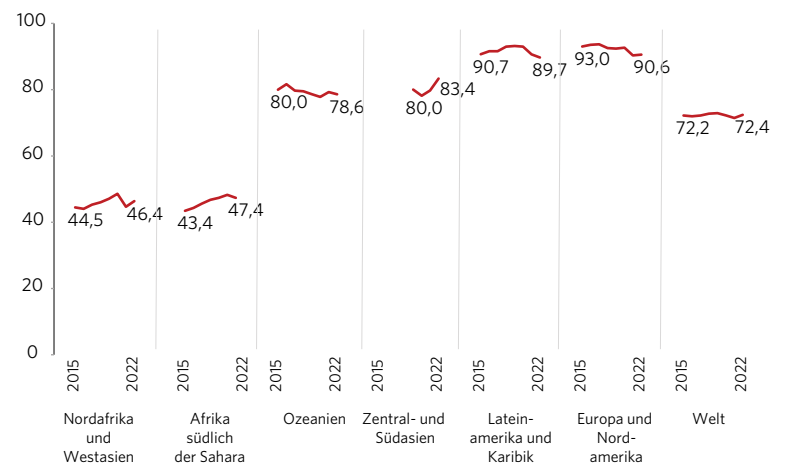
Obwohl laut 90 % der Länder nachhaltige Entwicklung und Weltbürgerschaft im nationalen Bildungssystem durchgängig thematisiert werden, dürfte dies nur punktuell der Fall sein. Einer Studie von 2023 zufolge ließen von den über 530 geprüften natur- und sozialwissenschaftlichen Lehrplänen für die 9. Klasse 69 % den Klimawandel und 66 % die Nachhaltigkeit unerwähnt. Einige Lehrkräfte sagten, sie würden diese Themen im Unterricht behandeln, 50 % jedoch verneinten dies. 75 % der Länder wollten ihre Lehrpläne innerhalb der nächsten drei Jahre überarbeiten und den Klimawandel und die Nachhaltigkeit priorisieren. Trauen es sich die Lehrkräfte jedoch nicht zu oder sind sie nicht bereit, diese Themen zu unterrichten, reicht die bloße Überarbeitung der Lehrpläne nicht aus. Eine umfassende Unterstützung durch Schulen, Ausbildungseinrichtungen, Gemeinschaften und Regierungen ist unerlässlich, um die Lehrkräfte zu ermutigen, die Grundsätze der Nachhaltigkeit wirksam an die kommenden Generationen weiterzugeben.

Die universelle Vorschulbildung wird durch unzureichende rechtliche Garantien und finanzielle Hürden erschwert

Schon seit Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele stagnieren die Fortschritte bei der Vorschulbildung weltweit. 2022 nahmen weltweit 7 von 10 Kindern ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter an organisiertem Lernen teil, eine Quote, die seit 2015 unverändert ist. In Afrika südlich der Sahara, in Nordafrika und in Westasien besuchte trotz früherer Fortschritte weniger als die Hälfte der Kinder die Vorschule.

COVID-19 warf die Fortschritte in der Vorschulbildung zurück und sorgte für einen Rückgang um 1,5 Prozentpunkte. Dies wirkte sich insbesondere auf die ärmsten Kinder aus, da eine Vorschulbildung Nachteile ausgleichen kann. Rechtsgarantien für eine kostenlose und verpflichtende Vorschulbildung sind für die Schulreife und die Chancengleichheit von entscheidender Bedeutung, doch nur in einem Viertel der Länder ist diese Bildung obligatorisch und nur in der Hälfte kostenlos. In Regionen, in denen private Bildungsangebote vorherrschen, bestehen weiter finanzielle Hürden. In Afrika südlich der Sahara besuchen 32 % der Vorschulkinder private Einrichtungen. Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus den reichsten Haushalten eine Vorschule besuchen, doppelt so hoch wie bei Kindern aus den ärmsten Haushalten.

Quote der Teilnahme an organisiertem Lernen (ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter) – 2015-2022 (in Prozent)



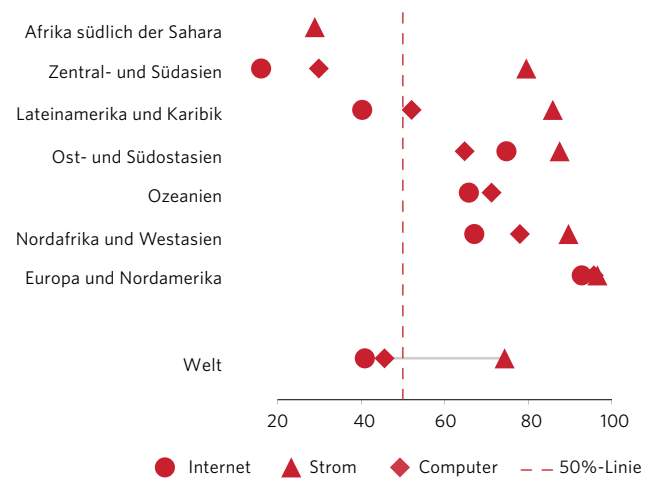
Anmerkung: Für Ost- und Südostasien liegen für den Zeitraum 2015 bis 2022 keine Daten vor.

Fehlende Basisdienstleistungen in Schulen perpetuieren die Marginalisierung von Mädchen und Lernenden mit Behinderungen

Obwohl Basisdienstleistungen in Schulen eine wesentliche Voraussetzung für faire Lernmöglichkeiten sind, waren die Fortschritte schleppend, wovon insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen und Mädchen betroffen sind. Weltweit verfügen nur die Hälfte der Grundschulen und nur 62 % der Sekundarschulen über eine Basisinfrastruktur für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen. In Lateinamerika und der Karibik wird nur ein Drittel der Grundschulen Schulkindern mit Behinderungen gerecht. Weltweit haben über 20 % der Grundschulen keine separaten Sanitäreinrichtungen für Mädchen. Die Tatsache, dass Gelegenheiten zum Händewaschen in 20 % der Schulen fehlen, stellt ein Gesundheitsrisiko dar, insbesondere während Pandemien.

Von 2021 auf 2022 hat sich die Wachstumsrate des Internetzugangs für pädagogische Zwecke in Schulen weltweit verdoppelt und in einigen Regionen sogar verdreifacht. In der Sekundarstufe II hatten 91 % der Schulen Stromzugang, 81 % Computer und 69 % Internetanschluss. Erhebliche Unterschiede gab es nach wie vor vor allem in Afrika südlich der Sahara, wo weniger als ein Drittel der Grundschulen und etwa die Hälfte der weiterführenden Schulen Stromzugang hatten, was die Nutzung von Technologien erschwerte.

Anteil der Grundschulen mit Zugang zu Basisdienstleistungen (in Prozent) nach Art der Dienstleistung – 2022 oder letztes verfügbares Jahr

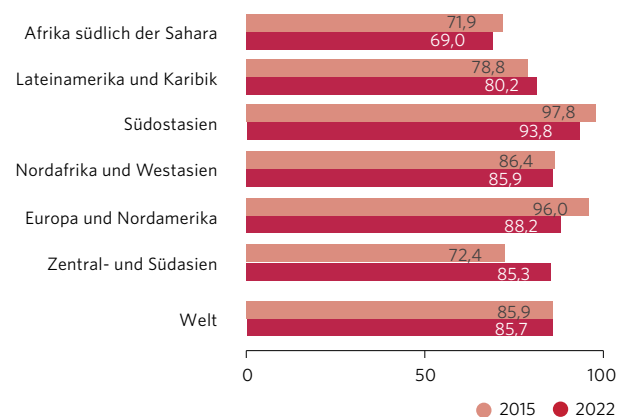


Recht viele Lehrkräfte sind nicht nach den Mindeststandards ihres Landes ausgebildet

Für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern sind die Lehrkräfte der wichtigste Faktor. Dennoch besteht weltweit bei Lehrkräften nach wie vor eine erhebliche Qualifikationslücke. Im Durchschnitt verfügen 15 % von ihnen nicht über die Mindestqualifikationen, was Fortschritte auf allen Bildungsebenen hemmt.

In Afrika südlich der Sahara ist die Herausforderung am größten, denn dort erfüllten 2022 nur 60 % der Vorschullehrkräfte die Standards, während es in Europa und Nordamerika 90 % waren. Auf der Grundschulebene verfügten in Afrika südlich der Sahara 70 % der Lehrkräfte über die Mindestqualifikationen; in den meisten anderen Regionen hingegen 90 %. Der Lehrkräftemangel und begrenzte dienstbegleitende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen verschärfen dieses Problem, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, wo die Schülerzahlen rascher steigen als Lehrkräfte eingestellt werden. Uneinheitliche nationale Qualifikationsstandards für Lehrkräfte hemmen Fortschritte zusätzlich. 2021 wurde die International Standard Classification of Teacher Training Programmes (Internationale Standardklassifikation für Ausbildungsprogramme von Lehrkräften) eingeführt, um einen globalen Mindeststandard für ausgebildete Lehrkräfte festzulegen, doch wird sie noch nicht auf breiter Ebene angewandt.

Anteil der Grundschullehrkräfte mit den erforderlichen Mindestqualifikationen – 2015 und 2022 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)



Geschlechtergleichheit

- Die Geschlechtergleichstellung bis 2030 liegt nicht auf Kurs. Schädliche Praktiken schwinden, aber nicht so rasch, wie die Bevölkerung wächst. Jedes fünfte Mädchen wird vor dem 18. Geburtstag verheiratet. Bestürzende 230 Mio. Mädchen und Frauen wurden Opfer weiblicher Beschneidung. Viel zu viele Frauen können ihr Selbstbestimmungsrecht über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit weiter nicht ausüben. Gewalt gegen Frauen hält an; Frauen mit Behinderungen sind übermäßig betroffen.
- Die paritätische Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben ist noch immer nicht verwirklicht, und beim aktuellen Fortschrittstempo werden bis zur Parität in Führungspositionen weitere 176 Jahre vergehen. Frauen schultern bei der unbezahlten Haus- und Pflegearbeit eine ungleich höhere Last; sie verbringen damit täglich zweieinhalb Mal so viel Zeit wie Männer.
- Starke, dauerhafte Bekenntnisse zur Abschaffung einseitiger sozialer Normen, schädlicher Praktiken und diskriminierender Rechtsvorschriften



Im Rahmen einer jährlichen Kampagne zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen demonstrieren Fischereiarbeiterinnen in Burundi gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

sind dringend vonnöten. Die Ausweitung der Rolle der Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen sowie eine angemessene Aufstockung der Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sind von höchster Priorität.

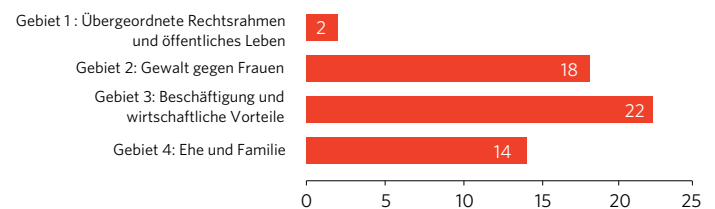
Der Abbau diskriminierender Rechtsvorschriften macht ermutigende Fortschritte, bleibt jedoch lückenhaft, namentlich bei den Grundeigentumsrechten

In 120 Ländern gab es von 2019 bis 2023 56 positive Rechtsreformen mit Schwerpunkt auf der Beseitigung diskriminierender Rechtsvorschriften und der Schaffung von Rechtsrahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung. 22 der Reformen betrafen gleiche Rechte auf Beschäftigung und wirtschaftliche Vorteile, weitere 18 die Beendigung der Gewalt gegen Frauen. Mit den Reformen wurden Arbeitsbeschränkungen für Frauen in bestimmten Sektoren aufgehoben, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit garantiert und Vergewaltigung in der Ehe verboten. Weitere Lücken bestehen; kein berichterstattendes Land erzielte optimale Werte in allen Rechtsgebieten.

Beim Grundeigentum von Frauen ist der Rechtsschutz nach wie vor völlig unzureichend. Ein hohes Schutzniveau besteht nur in 20 % von 77 Ländern. Nur 9 Länder verfügen über Rechtsvorschriften zu finanziellen Mitteln zur

Förderung des Grundeigentums von Frauen. Nur 23 Länder stellen über Quotenregelungen sicher, dass Frauen in Grundverwaltungs- und -bewirtschaftungsinstitutionen vertreten sind. 13 dieser Länder sind in Afrika südlich der Sahara.

Positive Rechtsreformen nach Rechtsgebiet – 2019-2023 (Anzahl)



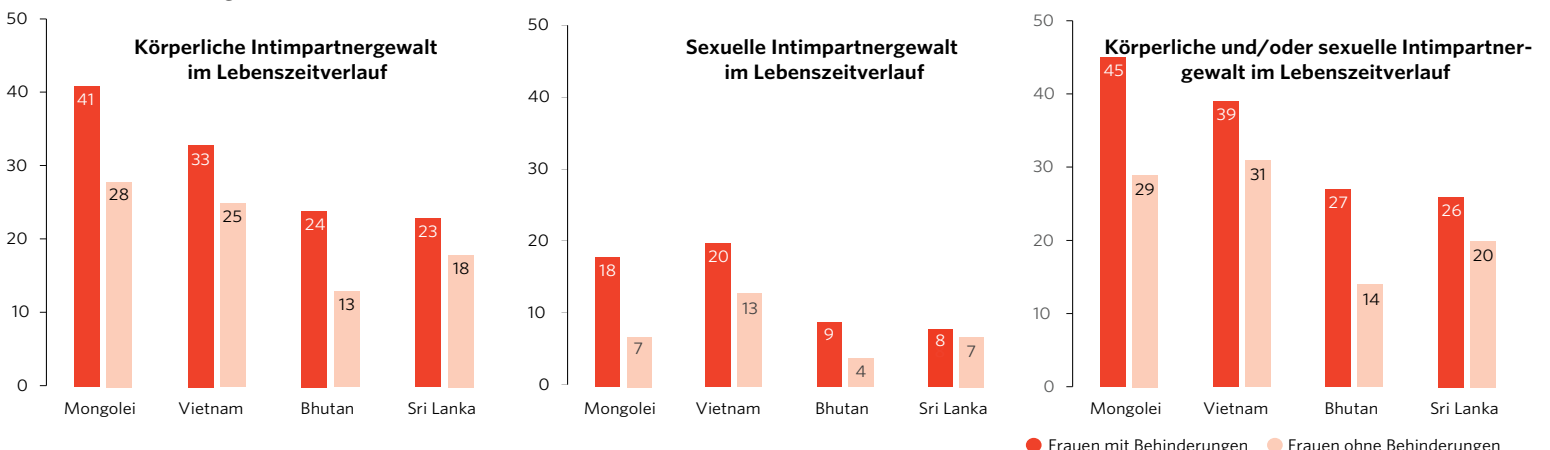
Datenlücken verschleiern weitaus höheres Risiko von Intimpartnergewalt für Frauen mit Behinderungen

Frauen mit Behinderungen sind nachweislich häufiger als Frauen ohne Behinderungen Intimpartnergewalt in allen ihren Formen ausgesetzt. Nach Daten aus vier Ländern Asiens und der Pazifikregion hatten in der Mongolei 41 % der Frauen mit Behinderungen körperliche Gewalt durch eine Partnerin oder einen Partner erfahren, während es bei Frauen ohne Behinderungen 28 % waren. In Vietnam war ein Fünftel aller Frauen mit Behinderungen sexueller Intimpartnergewalt ausgesetzt, verglichen mit einem guten Achtel der Frauen ohne Behinderungen. Die Abweichungen bei der Prävalenz körper-

licher und/oder sexueller Gewalt liegen in den vier Ländern zwischen 6 und 16 Prozentpunkten.

Die Prävalenzschätzung wird dadurch beeinträchtigt, dass Frauen mit Behinderungen in bevölkerungsgestützten Erhebungen über Gewalt gegen Frauen unterrepräsentiert sind und Formen von Gewalt, die sich speziell gegen Frauen mit Behinderungen richten, nicht erfasst werden. Mangels Daten bleiben Frauen mit Behinderungen in politischen Leitlinien, in der Prävention und in Aktionsstrategien „unsichtbar“.

Lebenszeitprävalenz körperlicher, sexueller und körperlicher und/oder sexueller Intimpartnergewalt bei 15- bis 64-jährigen Frauen, die jemals in einer Partnerschaft waren, nach Behinderungsstatus – neueste Daten von 2017 oder 2019 (in Prozent)



Schädliche Praktiken nehmen ab, jedoch nicht so rasch, wie die Bevölkerung wächst

Kinderheirat und weibliche Beschneidung verletzen die Rechte von Mädchen und haben lebenslange Folgen. Schätzungen zufolge wurden 640 Mio. Mädchen und Frauen weltweit im Kindesalter verheiratet, ein Drittel davon allein in Indien. Einige Fortschritte sind zu verzeichnen. Heute wird ein Fünftel der Mädchen vor dem 18. Geburtstag verheiratet; vor 25 Jahren war es ein Viertel. Über diesen Zeitraum wurden 68 Mio. Kinderheiraten abgewendet.

Mehr als 230 Mio. Mädchen und Frauen sind Opfer von Genitalverstümmelung. Einige Länder sind dem Ziel, diese Praxis zu beenden, deutlich näher ge-

kommen, doch lag neuen Schätzungen zufolge die Zahl der Fälle um 30 Mio. über dem Stand von vor acht Jahren. In Afrika wurden mehr als 144 Mio. Mädchen und Frauen dieser Praxis unterzogen, wobei ihr Anteil in Dschibuti, Guinea und Somalia mit mindestens 90 % besonders hoch ist. Auch in Asien und im Nahen Osten ist die Zahl der Fälle mit mehr als 80 Mio. beziehungsweise mehr als 6 Mio. hoch. Die demografischen Trends sind insofern problematisch, als die Bevölkerung in den Regionen, in denen schädliche Praktiken gang und gäbe sind, am schnellsten wächst.

Von Gesetzgebungsorganen bis Unternehmensvorständen ist der Frauenanteil in Führungspositionen kaum gestiegen

Der politischen Teilhabe von Frauen sind weiterhin Grenzen gesetzt. Zum 1. Januar 2024 hatten Frauen 26,9 % der Sitze in nationalen Parlamenten inne, während es 2015 22,3 % waren. Nur sechs Länder hatten einen Frauenanteil von mindestens 50 % in Unterhäusern oder Einkammerparlamenten (Andorra, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Ruanda und die Vereinigten Arabischen Emirate). In zwei Unterhäusern (Jemen und Oman), in denen 2015 fünf Frauen saßen, sitzen heute keine mehr. In der Kommunalverwaltung besetzten Frauen 2023 35,5 % der Wahlämter. Geschlechterquoten sind ein maßgeblicher Faktor für Fortschritte.

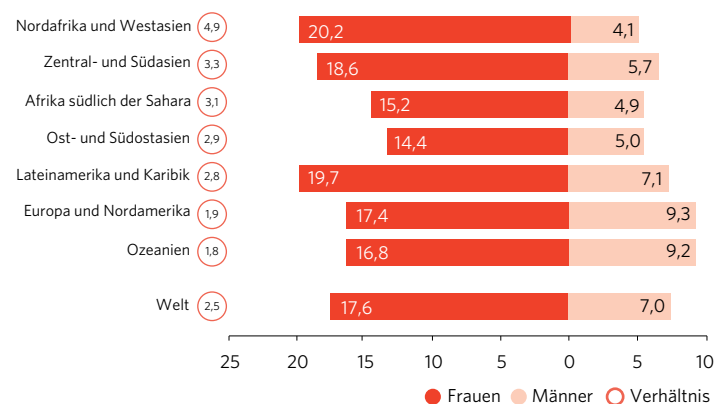
Zwar sind 40 % aller Erwerbstätigen weltweit Frauen, doch ihr Anteil an Führungspositionen betrug 2022 nur 27,5 %, nicht mehr als 2016. Beim aktuellen Fortschrittstempo ist die Parität in Führungspositionen in 176 Jahren erreicht, wobei Diskriminierung, einschränkende Rechtsvorschriften und unzulänglicher Sozialschutz schier unüberwindliche Hürden bilden. Afrika südlich der Sahara zeigt, dass Fortschritte möglich sind: Der Region ist es gelungen, den Anteil weiblicher Führungskräfte zwischen 2000 und 2022 um 11,3 Prozentpunkte auf 38 % zu erhöhen. Der globale Anstieg lag im selben Zeitraum bei nur 2,8 Prozentpunkten.

Die hohe Belastung durch unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit hält Frauen in Armut und Ungleichheit

Trotz regionaler und landesspezifischer Abweichungen leisten Frauen in der Regel den Löwenanteil an unbezahlter Haus-, Pflege- und Betreuungsarbeit. Diese überproportionale Belastung ist in einkommensschwachen Haushalten noch höher und trägt so unter anderem durch die Beschränkung der Arbeitsmarktteilhabe zu Armut, Ungleichheit und Prekarität bei.

Im Durchschnitt verbringen Frauen täglich zweieinhalb Mal so viel Zeit wie Männer mit unbezahlter Haus-, Pflege- und Betreuungsarbeit. Die beträchtlichen regionalen Unterschiede (fünf Mal so viel in Nordafrika und Westasien und doppelt so viel in Ozeanien, Europa und Nordamerika) gehen eher darauf zurück, dass Männer mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit verbringen, als darauf, dass Frauen in unterschiedlichen Regionen unterschiedlich viel Zeit mit unbezahlter Arbeit verbrachten.

Zeitaufwand für unbezahlte Haus-, Pflege- und Betreuungsarbeit, nach Geschlecht (in Prozent), und Geschlechtergefälle (eingekreist) – 2000-2022

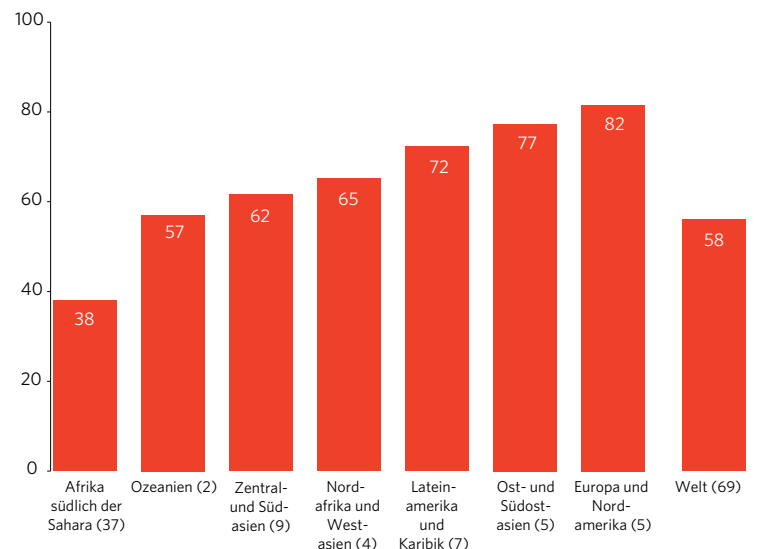


Trotz vereinzelt positiver Entwicklungen sind Frauen in ihrer Selbstbestimmung über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit weltweit weiter eingeschränkt

Daten aus 69 Ländern zufolge können 56 % der in einer Ehe oder Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen selbst über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und die entsprechenden Rechte bestimmen, wobei die Werte zwischen 38 % in Afrika südlich der Sahara und mehr als 80 % in Europa schwanken. Zwar können 89 % der Frauen autonom über den Einsatz von Verhütungsmitteln bestimmen, doch kann jede vierte Frau nicht über Gesundheitsversorgung entscheiden oder Geschlechtsverkehr ablehnen. Neue Daten zeigen in 19 von 32 Ländern einen positiven Trend bei der Fähigkeit von Frauen, Entscheidungen über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit zu treffen, insbesondere im östlichen und südlichen Afrika. Demgegenüber sind in West- und Zentralafrika deutliche Rückschritte erkennbar.

Sozioökonomische Faktoren wie Haushaltsvermögen, Bildung und Wohnort können diese Ergebnisse beeinflussen. So zeigen Daten Veränderungen im Stadt-Land-Gefälle, wobei die Unterschiede in einigen Ländern schrumpfen, in anderen, wie etwa Armenien und Uganda, jedoch größer werden. Das Verständnis dieser Trends ist für die Erarbeitung von Politikvorgaben und Programmen für gefährdete Gruppen entscheidend. Ein besonderes Augenmerk auf der ländlichen Bevölkerung, den untersten Vermögensquintilen und Personen mit geringer Bildung könnte erhebliche Lücken schließen helfen.

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die ihre eigenen Entscheidungen über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte treffen – 2007-2022 (in Prozent)



Anmerkung: Die Zahl der Länder mit vergleichbaren Erhebungsdaten, die in das jeweilige regionale Aggregat eingeflossen sind, ist in Klammern angegeben. Grundlage sind die zwischen 2007 und 2022 durchgeführten demografischen und Gesundheitserhebungen, Klumpenstichprobenerhebungen mit multiplen Indikatoren und sonstigen nationalen Erhebungen.



Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

- Trotz einiger Verbesserungen sind die Fortschritte bei der Wasser- und Sanitärversorgung nach wie vor unzureichend. Beim aktuellen Fortschrittstempo werden 2030 immer noch 2 Mrd. Menschen ohne eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung, 3 Mrd. ohne eine sicher verwaltete Sanitärversorgung und 1,4 Mrd. ohne eine einfache Hygieneversorgung leben.
- 2022 litt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung zumindest für einen Teil des Jahres unter schwerer Wasserknappheit und ein Viertel unter „extrem hohem“ Wasserstress. Der Klimawandel verschärft diese Probleme und stellt ein erhebliches Risiko für die soziale Stabilität dar. Während 153 Mitgliedstaaten grenzüberschreitende Gewässer gemeinsam nutzen, ist nur eine Region auf Kurs, bis 2030 alle grenzüberschreitenden Flüsse, Seen und Grundwasserleiter durch Kooperationsvereinbarungen zu erfassen.
- Eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen ist eine Grundlage für Wohlstand und Frieden für alle. Sie erfordert mehr Mittel, stärker



Eine Familie in Guatemala putzt in einem Waschbecken vor ihrem Haus Gemüse. Die Gemeinde hat die Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung verbessert.

datengestützte Entscheidungsprozesse, die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte, innovative Technologien einschließlich künstlicher Intelligenz und eine solide sektorübergreifende Zusammenarbeit. Ebenso entscheidend sind ein abgestimmtes Vorgehen bei der integrierten Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der nachteiligen Folgen des Klimawandels sowie eine bessere Bewirtschaftung gemeinsamer Gewässer.

Mehr Menschen haben einwandfreies Trinkwasser und eine Sanitärversorgung, doch Milliarden müssen weiter ohne auskommen

Zwischen 2015 und 2022 stieg der Anteil der Bevölkerung mit einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung von 69 auf 73 %. Der Anteil der Menschen, die über eine sicher verwaltete Sanitärversorgung verfügen, stieg von 49 auf 57 %, und der Anteil derjenigen mit einfacher Hygieneversorgung von 67 auf 75 %. Dennoch waren 2022 immer noch 2,2 Mrd. Menschen ohne sicher verwaltete Trinkwasserversorgung, 3,5 Mrd. ohne sicher verwaltete Sanitärversorgung (darunter 419 Mio. Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichteten), und 2 Mrd. Menschen hatten weiter keine ausreichende ein-

fache Hygieneversorgung (darunter 653 Mio. ohne jegliche Einrichtungen). Darüber hinaus hatten 1,8 Mrd. Menschen keine eigene Trinkwasserquelle, und in zwei Dritteln der Haushalte waren hauptsächlich Frauen für die Wasserbeschaffung zuständig. Um bis 2030 eine flächendeckende Versorgung zu erreichen, muss sich das Fortschrittstempo für sicher verwaltete Trinkwasserversorgung versechsfachen, für sicher verwaltete Sanitärversorgung verfünffachen und für einfache Hygieneversorgung verdreifachen.

Verminderte Wasserqualität ist wohl ein globaler Trend, doch Datenlücken erschweren Verständnis und Handeln

In den 73 Ländern, die 2022 Angaben zum gesamten Abwasseraufkommen und zur Abwasserwiederaufbereitung machten, wurden 76 % des gesamten Abwassers in irgendeiner Form behandelt. In den 42 Ländern, die Angaben zu Reinigungsstufen machten, wurden 60 % des gesamten Abwassers sicher behandelt (zumindest durch Zweitbehandlung). Weit weniger Länder machten Angaben zum Aufkommen oder zur Wiederaufbereitung von Industrieabwässern. Nach Daten aus 140 Ländern und Gebieten zu Haushaltsabwässern wurden 58 % davon sicher behandelt. Der Trend bei Haushaltsabwässern lässt für die Zielvorgabe der Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers bis 2030 höchstens geringe Fortschritte erwarten. Große Lücken in der Überwachung und Berichterstattung, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen, führen zu einem unklaren Bild der globalen Abwässer.

Laut Daten von 2023 aus 120 Ländern war die Wasserqualität von 56 % der 91.000 erfassten Gewässer gut. Hatten 2017 noch 71 Länder Angaben zu diesem Indikator gemacht, so waren es 2023 schon 120. Die Angaben zu

75 % dieser Gewässer stammten aus den 40 Ländern mit dem höchsten Einkommen, die zu den verbleibenden 25 % aus 80 weiteren Ländern. Aufgrund technischer Herausforderungen überwachten mehr Länder Flüsse (101) als Seen und Grundwasser (jeweils 71). Dies ist besorgniserregend, da das Grundwasser oft den größten Teil des Süßwassers ausmacht und Seen lebenswichtige Ökosysteme sind. Durch ihren schädlichen übermäßigen Nährstoffeintrag stellen die Landwirtschaft und unbehandelte Abwässer eine erhebliche Bedrohung für die Wasserqualität dar.

Daten aus Ländern mit umfassenden Überwachungsprogrammen zeigen mit der Verschlechterung der Wasserqualität seit 2017 einen beunruhigenden Trend. Da viele Länder mit niedrigem Einkommen Abwasser seltener aufbereiten, könnte dieser Trend global sein, was sich jedoch aufgrund unzureichender Daten nicht bestätigen lässt. Das Fehlen von Daten überdeckt erste Warnsignale, behindert Sanierungsmaßnahmen und gefährdet die Ökosystemleistungen von Süßwasser-Ökosystemen.

Permanente Gewässer nahmen zwischen 2005 und 2022 um mehr als 2 Prozent zu

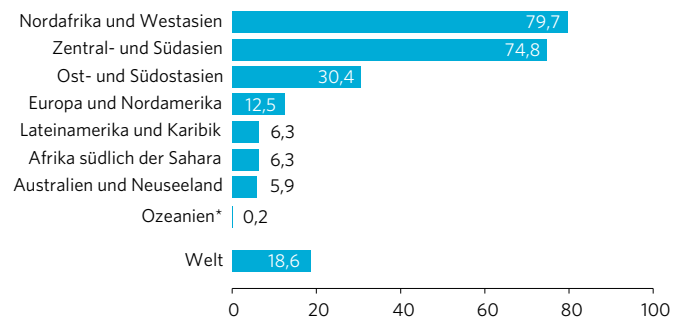
Zwischen 2005 und 2022 wurden anhand von Millionen Satellitenbildern permanente Gewässer weltweit wissenschaftlich kartiert. Die Analyse ergab eine Nettozunahme der permanenten Wasserfläche seit 2005 um weltweit 2,1 % (53.672 km²), die vorwiegend auf den Klimawandel und das Auffüllen von Wasserspeichern zurückgeht. Diese Nettozunahme ist

positiv, doch zeigen die globalen Daten auch, dass permanente Gewässer in einigen Regionen, insbesondere Australien und Neuseeland, Lateinamerika und Karibik und Zentralasien, aufgrund von Dürren und steigender Wassernachfrage zurückgegangen sind.

Der Wasserstress nimmt zu – mit verheerenden Folgen für die nachhaltige Entwicklung

Der Grad an Wasserstress misst alle Süßwasserentnahmen im Verhältnis zu den gesamten Süßwasserressourcen. Eine Entnahmerate von mehr als 75 % der erneuerbaren Wasserressourcen bedeutet hohen Wasserstress, eine Entnahmerate von mehr als 100 % ist kritisch. Hoher Wasserstress kann verheerende Folgen für die Umwelt haben und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindern oder sogar zurückwerfen. Im Weltdurchschnitt erreichte der Grad an Wasserstress 2021 18,6 %, wobei der Wasserstress in Zentral- und Südasien hoch und in Nordafrika kritisch war. Zwischen 2015 und 2021 nahm der globale Wasserstress um 3 % zu. In Nordafrika und Westasien stieg er um 12 %, was die ohnehin schon kritische Lage verschärfte. 72 % der weltweiten Süßwasserentnahmen entfallen auf die Landwirtschaft, gefolgt von der Industrie (15 %) und dem Dienstleistungssektor (13 %).

Grad an Wasserstress – 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Die globale Wassernutzungseffizienz ist je nach volkswirtschaftlicher Struktur unterschiedlich stark gestiegen

Die globale Wassernutzungseffizienz stieg zwischen 2015 und 2021 von 17,4 USD/m³ auf 20,8 USD/m³, also um 19 %. Sie nahm in allen Wirtschaftssektoren zu und war in der Landwirtschaft mit 36 % am größten, gefolgt von der Industrie mit 31 % und dem Dienstleistungssektor mit 6,3 %. Sie variiert stark mit der Wirtschaftsstruktur eines Landes und der sektoralen Verteilung des Wassers. 2021 reichten die Schätzungen von unter 3 USD/m³ in von der Landwirtschaft abhängigen Volkswirtschaften bis zu über 50 USD/m³ in hochindustrialisierten, dienstleistungsorientierten Volkswirtschaften.

Trotz des insgesamt weltweiten Anstiegs ist die Wassernutzungseffizienz in etwa 58 % der Länder nach wie vor niedrig (weniger als 20 USD/m³). Auf regionaler Ebene liegen Ozeanien, Europa und Nordamerika über dem weltweiten Durchschnitt, während Zentral- und Südasien zurückfallen. Zwischen 2015 und 2021 verzeichneten Ost- und Südostasien eine Zunahme um 44 %, Lateinamerika und die Karibik einen Rückgang um 7 %. Länder verfolgen verschiedene Strategien, um die Wassernutzungseffizienz zu steigern, darunter die Modernisierung der Infrastruktur, eine effizientere Bewässerung und die Wiederverwendung von Abwasser.

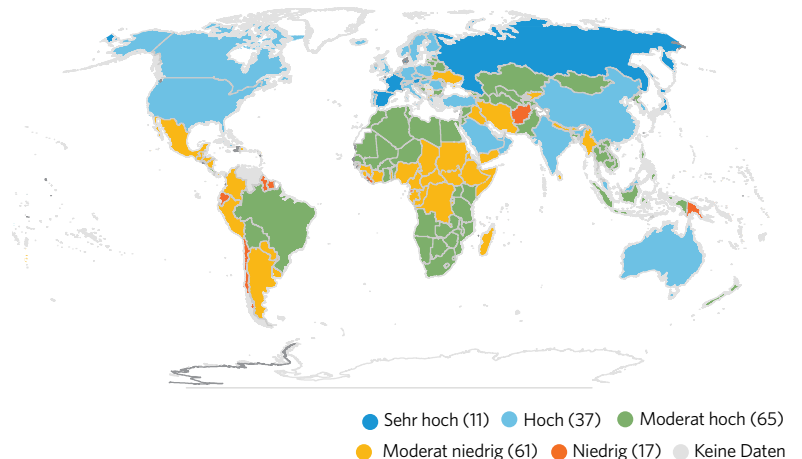
Um das Potenzial der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Wasserbereich voll auszuschöpfen, sind weit mehr zu tun

Kooperationsvereinbarungen zwischen Ländern, die sich grenzüberschreitende Wasserressourcen (Flüsse, Seen und Grundwasserleiter) teilen, sind für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Bewältigung des Klimawandels unerlässlich. 2024 verfügen nur 43 der 153 Mitgliedstaaten, die sich grenzüberschreitende Gewässer teilen, über operative Vereinbarungen, die 90 % oder mehr dieser Ressourcen erfassen. In über 20 Ländern fehlen solche Vereinbarungen. Während Afrika südlich der Sahara bemerkenswerte Fortschritte erzielt hat und operative Vereinbarungen dort in 16 Ländern mittlerweile 90 % der grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete abdecken, verfügen nur wenige Länder in Asien, Lateinamerika und Nordafrika über angemessene Vereinbarungen. Alarmierend ist, dass fast 43 % der Länder für ihre grenzüberschreitenden Gewässer keine Hochwasserwarnsysteme haben, 63 % keine Dürrefrühwarnsysteme, 59 % keine gemeinsamen Strategien zur Anpassung an den Klimawandel für ihre grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete und 64 % keine gemeinsamen Katastrophenvorsorgestrategien. Seit 2020 wurden nur etwa 10 neue Kooperationsvereinbarungen für zuvor nicht erfasste grenzüberschreitende Gewässer beschlossen. Damit bis 2030 alle grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete erfasst sind, muss das Fortschrittstempo deutlich steigen.

Integrierte Wasserbewirtschaftung erhöht die Resilienz gegenüber Mehrfachkrisen, auch dem Klimawandel

Um Klimawandel, Wasserknappheit und andere Krisen zu bewältigen, bedarf es eines umfassenden, sektor- und grenzüberschreitenden Ansatzes für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Länder mit stärker integrierter Bewirtschaftung (Skala von 0 bis 100 %) sind Klimawandel, Biodiversitätsverlusten und Umweltverschmutzung gegenüber resilienter. Die Umsetzung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen kommt jedoch weltweit weiter nur schleppend voran. Der Integrationsgrad ist zwischen 2017 und 2023 nur von 49 auf 57 % gestiegen und bleibt damit weit unter der Zielvorgabe für 2030 von 91 bis 100 %. Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um die Umsetzung zu beschleunigen, insbesondere in Zentral- und Südasien, Lateinamerika und der Karibik, Ozeanien und Afrika südlich der Sahara. Länder sehen in der mangelnden sektorübergreifenden Koordinierung und den unzureichenden finanziellen, institutionellen und technischen Kapazitäten die größten Herausforderungen. Erfolgreiche Länder zeigen, dass sie durch die systematische Berücksichtigung von Wasserressourcen in der Klimaplanung und -finanzierung Resilienz aufbauen und mehrere Entwicklungsziele, unter anderem für Ernährung, Energie und Ökosysteme, vorantreiben können.

Umsetzungsgrad der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen – 2023 oder letztes verfügbares Jahr



Anmerkung: Anzahl der Länder je Grad in Klammern.



Bezahlbare und saubere Energie

- Bei den Zielvorgaben im Bereich der nachhaltigen Energie waren die Fortschritte beträchtlich. Die Zahl der Menschen ohne Stromzugang fiel zwischen 2015 und 2022 von 958 Mio. auf 685 Mio. Die Zahl der Menschen ohne saubere Kochbrennstoffe sank im selben Zeitraum von 2,8 Mrd. auf 2,1 Mrd. Die globalen Stromerzeugungskapazitäten für erneuerbare Energien steigen jetzt so rasch wie nie — ein Trend, der sich fortsetzen dürfte.
- Jüngste Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben die Fortschritte unter anderem dadurch beeinträchtigt, dass sie die ohnehin schon unzureichenden internationalen Finanzströme für saubere Energien in den Entwicklungsländern noch weiter gedrosselt haben. Ohne einen Kurswechsel werden bis 2030 etwa 660 Mio. Menschen weiter keinen Stromzugang und rund 1,8 Mrd. Menschen keine sauberen Brennstoffe und Technologien zum Kochen haben.
- Um bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sauberer Energie zu verwirklichen, sind robuste politische Maßnahmen erforderlich, um die Elek-



Auf dem Dach eines öffentlichen Krankenhauses in Jemen installieren Arbeiter Solarzellen, damit der durch den Konflikt gestörte Betrieb wieder anlaufen kann.

trifizierung zu beschleunigen, die Energieeffizienz zu steigern und die Investitionen in erneuerbare Energien zu erhöhen. Zusammen mit der Förderung innovativer Lösungen und der Schaffung günstiger gesetzlicher Rahmenbestimmungen sind diese Anstrengungen für die Erreichung des Ziels 7 und der Klimaziele ausschlaggebend.

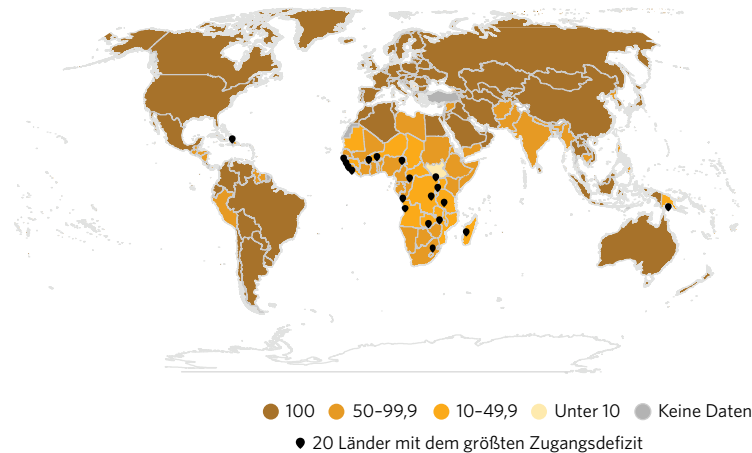
Die Zahl der Menschen ohne Stromzugang ist erstmals seit zehn Jahren gestiegen

2022 hielt sich die weltweite Stromzugangsrate zwar bei 91 %, doch hatten aufgrund des Bevölkerungswachstums 685 Mio. Menschen und damit 10 Mio. mehr als 2021 weiter keinen Strom. Dieser Anstieg war der erste in zehn Jahren. Zurückzuführen ist dieser Rückschlag vor allem auf die Störungen durch die COVID-19-Pandemie und den Ukraine-Konflikt mit ihren Auswirkungen auf die Energiepreise und -märkte. Ohne Stromzugang sind vor allem einkommensschwache oder abgelegene Haushalte.

Die Fortschritte sind regional unterschiedlich. Die Region Zentral- und Süd-asien konnte die Zahl der Menschen ohne Stromzugang zwischen 2015 und 2022 von 235 Mio. auf 33 Mio. senken. Der Anteil des subsaharischen Afrika am weltweiten Zugangsdefizit stieg von 50 % im Jahr 2010 auf 83 % (oder 570 Mio. Menschen) im Jahr 2022. Während der Stromzugang von 2010 bis 2020 weltweit um durchschnittlich 0,77 % pro Jahr zunahm, fiel die Steigerungsrate zwischen 2020 und 2022 auf 0,43 %. Da Prognosen zufolge bis 2030 weltweit immer noch 660 Mio. Menschen keinen Stromzugang haben werden, ist für die Verwirklichung des allgemeinen Stromzugangs ein jährlicher Anstieg von 1,08 % erforderlich. Investitionen in dezentrale erneuer-

bare Energien, darunter eigenständige netzferne Solarenergie und Mini-Netze, haben in Verbindung mit Modellen der Energie als Dienstleistung ein erhebliches Potenzial, das Zugangsdefizit zu überwinden.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2022 (in Prozent)

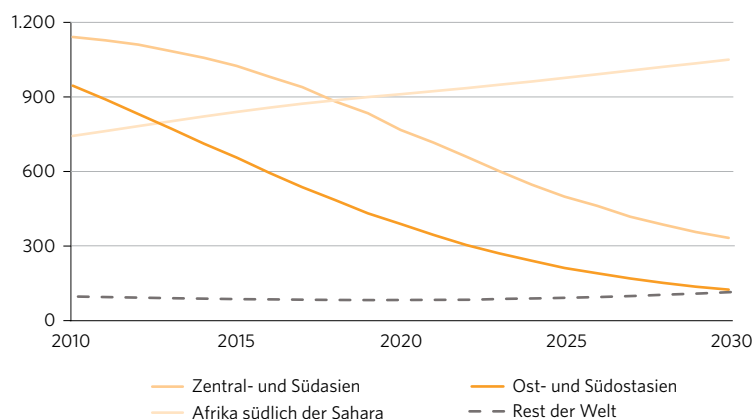


Ohne schnellere Fortschritte werden auch 2030 noch rund 1,8 Mrd. Menschen schadstoffintensive Kochstellen und Brennstoffe zur Essenszubereitung nutzen

2022 hatten 74 % der Weltbevölkerung Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten, und das weltweite Zugangsdefizit war von 36 % im Jahr 2015 auf 26 % gesunken. Damit sind immer noch rund 2,1 Mrd. Menschen zum Kochen auf schadstoffintensive Brennstoffe und Technologien wie Holz, Holzkohle, Dung und Ernteabfälle als primäre Energiequelle angewiesen. Ohne verstärkte Maßnahmen könnten 2030 rund 1,8 Mrd. Menschen oder 21 % der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten haben.

Von den Regionen erzielten Ost- und Südostasien sowie Zentral- und Süd-asien stetige Verbesserungen. Afrika südlich der Sahara hingegen ist weiter die einzige Region, in der das Zugangsdefizit steigt. Bis 2030 könnten dort mehr als 1 Mrd. Menschen ohne Zugang sein. Weltweit besteht ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: 88 % der städtischen gegenüber 54 % der ländlichen Haushalte haben Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten. Die Verwendung traditioneller Kochstellen und schadstoffintensiver Brennstoffe verschärft Gesundheits- und Umweltrisiken, insbesondere für Frauen und Kinder, die die Hauptlast bei der Beschaffung von Brennstoffen und beim Kochen tragen.

Bevölkerungszahl ohne Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen, nach Region – 2010-2030 (in Mio.)

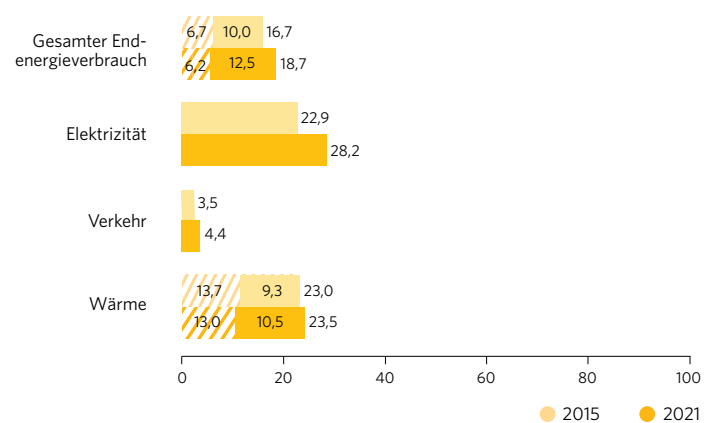


Bei der weltweiten Umstellung auf erneuerbare Energien ist der Stromsektor Vorreiter; die Hürden im Heizungs- und Verkehrssektor bestehen fort

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten weltweiten Energieendverbrauch stieg zwischen 2015 und 2021 von 16,7 auf 18,7 %. Nimmt man traditionelle Formen von Biomasse aus, so dehnte sich der Anteil der modernen erneuerbaren Energiequellen im selben Zeitraum von 10 auf 12,5 % aus. Auf die traditionelle Nutzung von Biomasse entfiel etwas mehr als ein Drittel des Gesamtverbrauchs an erneuerbarer Energie.

Aufgrund der sinkenden Kosten von Wind- und Solartechnologien ist der Elektrizitätssektor bei der Übernahme dieser Technologien jetzt führend. Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieendverbrauch für die Stromerzeugung stieg 2021 auf über 28,2 % (2015: 22,9 %). Dieser beispiellos rasche Anstieg der globalen Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lässt die auf der achtundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2023 vereinbarte Verdreifachung dieser Kapazitäten bis 2030 in Reichweite rücken. Im Wärme- und Verkehrssektor, auf die vier Fünftel des gesamten Energieendverbrauchs entfallen, steigt die Nutzung erneuerbarer Energien jedoch weiter nur schleppend.

Anteil der erneuerbaren Energien am Energieendverbrauch und nach Endnutzung – 2015 und 2021 (in Prozent)

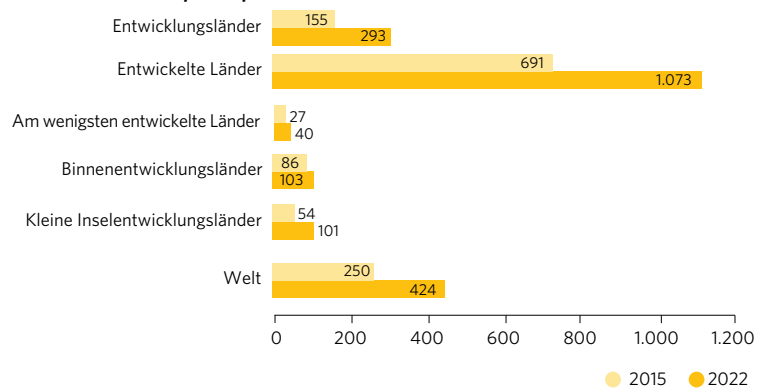


Anmerkung: Der einfarbige Teil jedes Balkens bezeichnet „moderne erneuerbare Energiequellen“, der schraffierte Teil die „traditionelle Nutzung von Biomasse“.

Der eindrucksvolle durchschnittliche Zuwachs bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verschleiert schleppende Fortschritte in einigen Regionen

Weltweit haben sich die pro Kopf installierten Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zwischen 2015 und 2022 von 250 Watt auf 424 Watt fast verdoppelt. In den letzten fünf Jahren erreichte das kumulative Jahreswachstum mit 8,1 % einen neuen Rekord. In den Entwicklungsländern war der Anstieg von 155 auf 293 Watt an erneuerbaren Energien pro Kopf deutlich. In den entwickelten Ländern war er geringer (von 691 auf 1.073 Watt pro Kopf), wenngleich ihre installierten Kapazitäten über 3,7 Mal höher waren als die der Entwicklungsländer. Der Abstand war für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer mit 39, 103 bzw. 101 Watt pro Kopf (2022) noch größer. Beim aktuellen Ausbautempo würden die am wenigsten entwickelten Länder fast 41, die Binnenentwicklungsländer 38 und die kleinen Inselentwicklungsländer 11 Jahre brauchen, um das Niveau von 2022 in den Entwicklungsländern zu erreichen. Angesichts dieses großen Abstands müssen die Unterschiede bei der Verwirklichung des gleichen Zugangs zu nachhaltiger Energie dringend überwunden werden.

Installierte Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien – 2015 und 2022 (in Watt pro Kopf)



Um die langsamen Fortschritte bei der Energieeffizienz auszugleichen, müssen die weltweiten Investitionen verdreifacht werden

Die globale Primärenergieintensität verbesserte sich von 4,9 Megajoule pro USD (Kaufkraftparität von 2017) im Jahr 2015 auf 4,6 im Jahr 2021. Aufgrund der robusten wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie und der Verlagerung hin zu energieintensiven Industrien lag die Steigerungsrate der Energieintensität für 2021 jedoch bei nur 0,8 % und damit unter dem letzten Fünfjahresdurchschnitt von 1,2 %.

Um die Zielvorgabe für Energieeffizienz unter Ziel 7 bis 2030 zu erreichen, muss die jährliche Verbesserung nun durchschnittlich rund 4 % betragen. Zu

den wichtigsten Maßnahmen gehören die Umstellung auf effizientere Brennstoffe, etwa durch die Elektrifizierung der Endnutzung und den allgemeinen Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten. Wichtig sind auch technisch effizientere Anlagen und Verfahren und die effizientere Nutzung von Energie und Materialien. Außerdem gilt es, die globalen Investitionen in die Energieeffizienz bis 2030 zu verdreifachen. Insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern hat sich die Finanzierung neuer Projekte durch die hohen Zinssätze verteuert.

Die internationalen öffentlichen Finanzströme für saubere Energien sind 2022 wieder gestiegen, jedoch noch immer nicht genug

Die internationalen öffentlichen Finanzströme zugunsten sauberer Energien in den Entwicklungsländern sind 2022 zwar auf 15,4 Mrd. USD und damit gegenüber 2021 um 25 % gestiegen, sind aber immer noch nur rund halb so hoch wie der 2016 erreichte Spitzenwert von 28,5 Mrd. USD. Dieser rückläufige Trend könnte die Fortschritte bei der Erreichung von Ziel 7 beeinträchtigen, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer.

Finanzierungszusagen sind jetzt etwas breiter gestreut. 2021 entfielen 80 % der Zusagen auf 19 Länder; 2022 waren es bereits 25. Die technologischen Trends des letzten Jahrzehnts haben zu einer Verlagerung der Investitionen von der Wasserkraft hin zur Solarenergie und zu mehrfachen/anderen erneuerbaren Energien geführt. 2022 floss fast die Hälfte der Finanzströme in mehrfache/andere erneuerbare Energien. Auf die Solarenergie entfielen 35 %, auf die Windenergie 11 % und auf die Wasserkraft 7 %.

Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

- Fortschritte bei Ziel 8 werden durch die Folgen von COVID-19, Handels- spannungen, die wachsende Schuldenlast der Entwicklungsländer, Kon- flikte und geopolitische Spannungen erschwert, die allesamt das globale Wirtschaftswachstum gefährden. Während das Wachstum des globa- len realen Pro-Kopf-BIP 2021 wieder anzog, flaute es 2022 ab und dürfte sich bis einschließlich 2025 stabilisieren.
- Die globale Arbeitslosigkeit erreichte 2023 mit 5 % einen historischen Tiefstand, doch für menschenwürdige Arbeit bestehen weiter Hinder- nisse. Für Frauen und Jugendliche ist die Arbeitslosenquote höher. Die in- formelle Beschäftigung ist ein großes globales Problem: 2023 gingen mehr als 2 Mrd. Erwerbstätige informeller Arbeit ohne Sozialschutz nach. In den am wenigsten entwickelten Ländern, Afrika südlich der Sahara und Zentral- und Südasiens sind fast 90 % der Erwerbstätigen informell be- schäftigt. Höchst beunruhigend ist, dass über 20 % der jungen Menschen weder eine Bildung durchlaufen noch erwerbstätig sind. Die Einhaltung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte hat sich verschlechtert.



Arbeiterinnen bedienen eine Fertigungsanlage in einer Elektronikfabrik in Vietnam.

- Voraussetzung für raschere Fortschritte sind eine nachhaltige Wirt- schaftspolitik, die Förderung von Unternehmertum und Innovation, die Formalisierung der informellen Wirtschaft, die Wahrung der Arbeit- nehmerrechte, soziale Gerechtigkeit und inklusive Beschäftigungs- möglichkeiten, insbesondere für Frauen und Jugendliche.

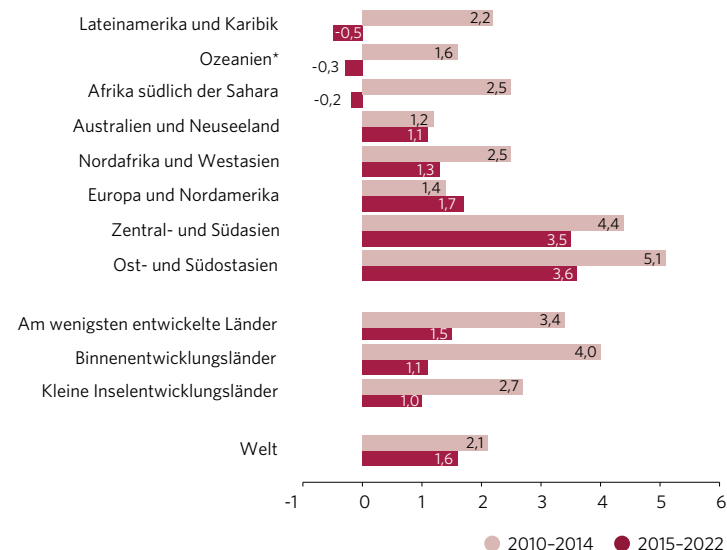
Das globale BIP wächst langsamer, und die Produktivität stagniert, was die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet

Das Wachstum des globalen realen Pro-Kopf-BIP lag zwischen 2010 und 2014 im Jahresdurchschnitt bei 2,1 %, zwischen 2015 und 2022 nur bei 1,6 %. Grund dafür waren ein langsames Wachstum in den meisten Regionen und eine rückläufige Entwicklung in Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und der Karibik und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland). Das globale reale Pro-Kopf-BIP wuchs zwischen 2015 und 2019 um jährlich 1,8 %, fiel 2020 um 3,9 %, bevor es 2021 wieder um 5,3 % zulegte. 2022 verlangsamte sich das Wachstum auf 2,2 % und dürfte 2023 weiter auf 1,0 % sinken. Für 2024 und 2025 werden Zuwachsraten von 1,8 % bzw. 1,5 % prognostiziert.

In den am wenigsten entwickelten Ländern fiel das jährliche Wachstum des realen BIP zwischen 2019 und 2020 von 5,1 % auf nur 0,7 %, bevor 2021 eine teilweise Erholung um 3,8 % eintrat. 2022 beschleunigte sich das Wachstum auf 4,6 %. Der Zuwachs für 2023, 2024 und 2025 dürfte mit 4,4 %, 5,5 % bzw. 4,9 % deutlich unter der Zielvorgabe von 7 % liegen.

Das jährliche Wachstum der Wirtschaftsproduktivität, definiert als Zuwachs des realen BIP je beschäftigte Person, verharrte 2022 und 2023 bei unter 0,5%, während der Jahresdurchschnitt im Zeitraum 2015-2019 bei 1,5 % gelegen hatte. Die Pandemie unterbrach diesen Trend und sorgte 2020 dadurch, dass die Produktion schneller sank als die Beschäftigung, für einen Rückgang um 1,1%, der allerdings 2021 durch einen kurzzeitigen Aufschwung wettgemacht wurde. Das langsame Produktivitätswachstum der letzten beiden Jahre gefährdet das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung.

Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Pro-Kopf-BIP – 2010-2014 und 2015-2022 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Der globale Anteil der Jugendlichen, die sich weder in der Schule noch in Ausbildung oder Beschäftigung befinden, fiel nach der Pandemie, doch bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede fort

2023 lag die globale Quote der Jugendlichen, die weder eine Bildung durch- laufen noch erwerbstätig sind, bei 21,7 %; deutlich niedriger als 2020 (23,8%). Sie entsprach fast dem Basiswert von 2015 (21,8%), woran sich auch 2025 nichts ändern dürfte. Nordafrika und Westasien sowie Zentral- und Südasiens meldeten mit 28,5% bzw. 27,4% höhere Anteile. In Zentral- und Südasiens verbesserte sich die Quote mit einem Rückgang um 7,5 Prozentpunkte seit 2005 merklich. In Afrika südlich der Sahara stieg sie. Welt- weit sind junge Frauen mehr als doppelt so häufig wie junge Männer weder erwerbstätig noch in allgemeiner oder beruflicher Bildung. In Zentral- und Südasiens ist das für fast die Hälfte der jungen Frauen der Fall, während es

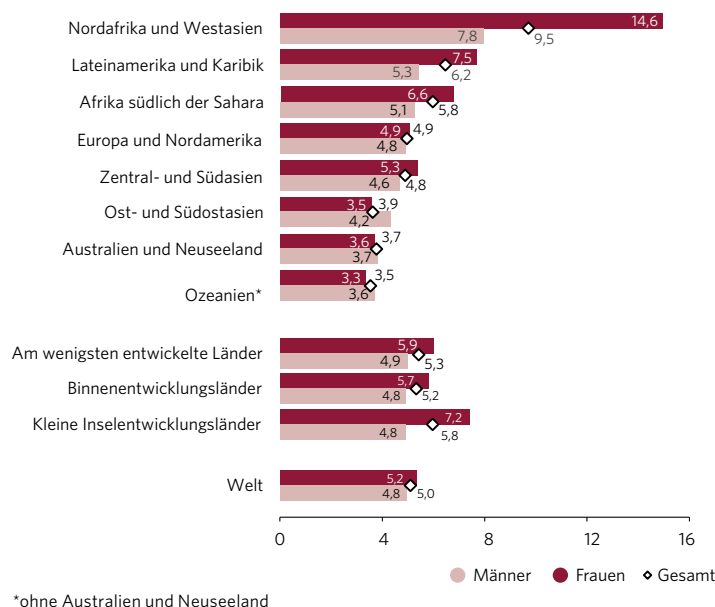
bei den Männern nur 12,3% sind. Ähnlich ungleich sind die Verhältnisse in Nordafrika und Westasien. Da 2023 weltweit etwa 269 Mio. junge Men- schen weder eine Bildung durchliefen noch erwerbstätig waren, gilt es, diese Ausfallquoten, insbesondere bei jungen Frauen, zu senken.

Gegenüber den Vorjahren verfügten 2023 weniger Länder über eine opera- tionalisierte nationale Strategie für Jugendbeschäftigung. Nur 36 von 87 Be- richt erstattenden Ländern hatten eine solche Strategie umgesetzt. Etwa ein Drittel verfügte über eine Strategie, jedoch nicht über Nachweise für ihre Umsetzung. Ein Fünftel arbeitete an einer solchen Strategie.

Die globale Arbeitslosigkeit sank auf ein Rekordtief, doch liegen Frauen und Jugendliche weiter zurück

2023 fiel die weltweite Arbeitslosenquote gegenüber 2000 auf einen historischen Tiefstand von 5,0 %. 2024 dürfte sie weiter auf 4,9 % sinken und 2025 auf diesem Stand verharren. Ost- und Südostasien, die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer verzeichneten zwischen 2019 und 2023 wachsende Arbeitslosenquoten. In Nordafrika und Westasien lag die Quote trotz einer seit der Pandemie rückläufigen Entwicklung mit 9,5 % am höchsten. Bei Frauen und Jugendlichen sind die Raten weltweit und in allen Regionen nach wie vor höher. 2023 waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit ähnlich groß wie 2015 und am größten in Nordafrika und Westasien. Zentral- und Südasiens konnten die Kluft dank eines verbesserten Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt, insbesondere in Südasiens, verringern. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen weltweit war mit 13 % mehr als dreimal so hoch wie bei Erwachsenen (3,7 %). Trotz verbesserter Arbeitslosenzahlen zeigen anhaltende Herausforderungen wie Erwerbsarmut und informelle Beschäftigung, dass die Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit weiter schwierig ist.

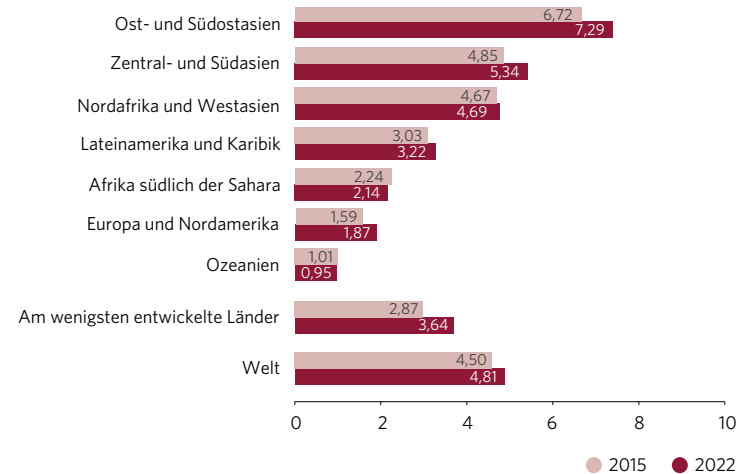
Arbeitslosenquote nach Geschlecht – 2023 (in Prozent)



Erhebliche Rückschritte bei den Arbeitnehmerrechten in allen Regionen trüben die Aussichten auf soziale Gerechtigkeit

Von 2015 auf 2022 fiel der Grad der Einhaltung der Arbeitnehmerrechte weltweit um 7 %, und der entsprechende Indikator sank im Durchschnitt von 4,50 auf 4,81. Auf einer Skala von 0 bis 10 veranschaulicht er, inwieweit die Staaten das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen einhalten, wobei 0 für den höchsten und 10 für den niedrigsten Grad der Einhaltung steht. Eine Verschlechterung trat in den entwickelten, den Entwicklungs- und den am wenigsten entwickelten Ländern mit Rückgängen von 0,2, 0,3 bzw. 0,8 Punkten seit 2020 ein. Seit 2020 hat sich die Wertung für 33 % der IAO-Mitgliedstaaten verschlechtert; nur 11 % konnten sie verbessern, teilweise durch Gesetzesreformen. Die regionalen Durchschnittswerte für Ost- und Südostasien, Zentral- und Südasiens, Europa sowie Nord- und Lateinamerika zeigen erhebliche Rückschritte. Nordafrika und Westasien verbesserten sich nur leicht. Ursache für den Negativtrend sind zunehmende Verletzungen und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, insbesondere bei der Gründung von Gewerkschaften und dem Recht auf Kollektivverhandlungen. Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen sind Rechte, die die Ausübung grundlegender Rechte bei der Arbeit ermöglichen, und spielen eine entscheidende Rolle in Bezug auf soziale Gerechtigkeit.

Einhaltung der Arbeitnehmerrechte (Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen) auf nationaler Ebene nach Textquellen der IAO und innerstaatlichen Rechtsvorschriften – 2015 und 2022 (Skala 0-10)



2023 waren weltweit mehr als 2 Milliarden Menschen informell beschäftigt

Weltweit gingen 2023 mehr als 2 Mrd. Menschen oder 58,0 % der weltweiten Erwerbsbevölkerung einer informellen Beschäftigung nach; ein Anteil, der 2024 leicht, und zwar auf 57,8 %, sinken dürfte. Mit diesem Rückgang gegenüber 2015 (58,4 %) erreicht der Wert seinen niedrigsten Stand, doch ist die Zahl der informell Beschäftigten höher denn je. Damit ist in nächster Zeit kaum eine umfassende Formalisierung zu erwarten. Die wirtschaftlichen Herausforderungen drängen Arbeitskräfte in eine informelle Beschäftigung ohne Sozialschutz, was ein erhebliches Hindernis für soziale Gerechtigkeit

darstellt. 2023 blieb die informelle Beschäftigung vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern mit 89,1 % gegenüber 2015 nahezu unverändert. In Europa und Nordamerika betrug sie nur 11,4 %. Bei Frauen, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und in Regionen mit hoher Informalität, nahm die informelle Beschäftigung während der Pandemie unverhältnismäßig stark zu. Über 90 % der erwerbstätigen Frauen in den am wenigsten entwickelten Ländern und fast 90 % in Afrika südlich der Sahara sowie in Zentral- und Südasiens gingen einer informellen Arbeit nach.

Der Tourismus, ein für viele Länder kritischer Wirtschaftszweig, ist nach COVID-19 zumeist im Auftrieb

Die COVID-19-Pandemie fügte dem Tourismus beispiellosen Schaden zu. Sein Beitrag zur Weltwirtschaft sank zwischen 2019 und 2020 von 3,8 % des BIP auf 1,8 %. 2022 erreichte der Sektor infolge des Nachholbedarfs nach dem Ende der Reisebeschränkungen und der Wiederaufnahme des Flugbetriebs wieder 82 % seines Stands von 2019 und einen Anteil von 3,1 % am globalen BIP. Während sich die meisten Regionen dem Stand von 2019 annähern, stehen Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und die kleinen Inselentwicklungsländer mit einer Wirtschaftsleistung des Tourismus

von nur 68 % bzw. 43 % des vor der Pandemie verzeichneten Stands weiter vor Herausforderungen. Tourismus bringt Einkommen und Steuereinnahmen und ist daher für Arbeitsplätze, lokale Ökosysteme, Friedenskonsolidierung und Armutsminderung nach wie vor entscheidend wichtig. Herausforderungen wie Inflation, Klimawandel, geopolitische Konflikte und eine ungleichmäßige wirtschaftliche Erholung gefährden die nachhaltige Entwicklung des Sektors, insbesondere in den stark vom Tourismus abhängigen kleinen Inselentwicklungsländern.

Industrie, Innovation und Infrastruktur

- Seit 2022 stagniert das Wachstum der Verarbeitungsindustrie bei etwa 2,7%, woran sich aufgrund der anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der geopolitischen Spannungen auch 2024 nichts ändern dürfte. Der Anteil des Mittel- und Hochtechnologiesektors an der Wertschöpfung der Verarbeitungsindustrie blieb 2021 bei rund 46%. Die Luftverkehrsbranche erlebt derzeit einen starken Wiederaufschwung. Kleinunternehmen sehen sich nach wie vor Hindernissen wie einem begrenzten Zugang zu Darlehen gegenüber, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und in den am wenigsten entwickelten Ländern, und nur etwa 17% haben Zugang zu Darlehen oder Kreditlinien.
- Obwohl die Kohlendioxid (CO₂)-Emissionsintensität gesunken ist, haben die weltweiten Emissionen einen Rekordwert erreicht. Die Versorgungslücke bei mobilem Breitband liegt weiter bei 5%.
- Für raschere Fortschritte bei der Erreichung von Ziel 9 sind konzertierte Anstrengungen erforderlich, um eine inklusive und nachhaltige Indus-



Eine Frau in Port Victoria (Seychellen) arbeitet für den größten Industriezweig des Landes – den industriellen Thunfischfang.

trialisierung zu fördern, durch höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung Innovationen zu unterstützen, den grünen Wandel zur Priorität zu machen und zu beschleunigen und den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu erleichtern.

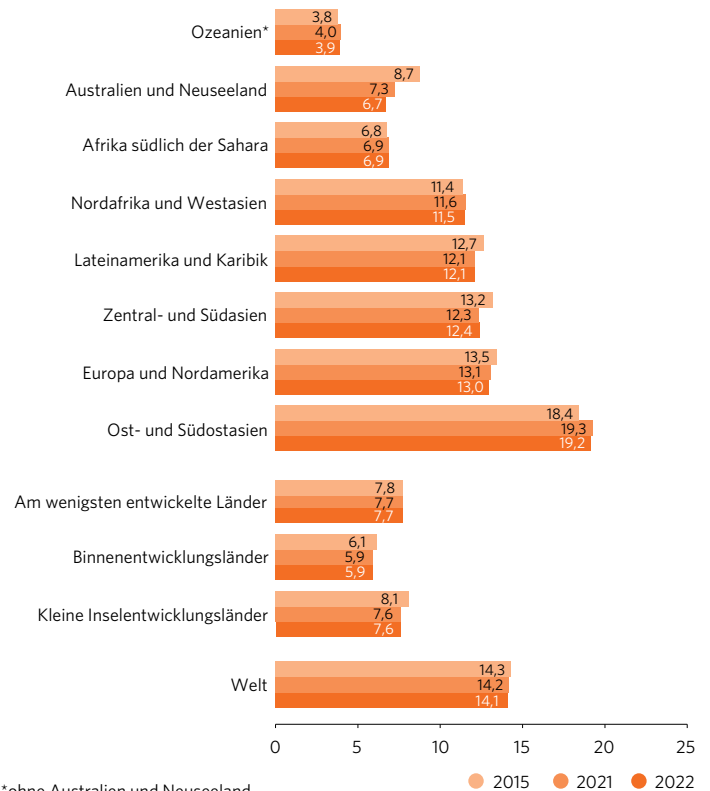
Die Verarbeitungsindustrie wächst weltweit nur langsam, und ihr globaler Beschäftigungsanteil sinkt

Die globale Wertschöpfung in der Verarbeitungsindustrie ist zwischen 2015 und 2023 um 16% gestiegen, nämlich pro Kopf von 1.653 USD (zu konstanten Preisen von 2015) auf 1.922 USD. Der Anteil der Verarbeitungsindustrie an der gesamten Wirtschaftstätigkeit erhöhte sich allerdings im selben Zeitraum nur geringfügig von 16,3 auf 16,7%. 2022 stagnierte das Wachstum der Verarbeitungsindustrie bei etwa 2,7% und dürfte auch 2024 unverändert bleiben. Der Grund dafür sind Faktoren wie geopolitische Unsicherheit, Inflation, logistische Herausforderungen, gestiegene Energiekosten und das allgemeine Abflauen der Weltkonjunktur.

In den am wenigsten entwickelten Ländern stieg die Wertschöpfung in der Verarbeitungsindustrie zwischen 2015 und 2023 um 35% von 125 auf 169 USD pro Kopf, wobei ihr Wertschöpfungsanteil am BIP um 2,5 Prozentpunkte von 12 auf 14,5% stieg. Dennoch könnte das Fortschrittstempo zu niedrig sein, als dass die am wenigsten entwickelten Länder die Zielvorgabe einer Verdoppelung des Wertschöpfungsanteils ihrer Verarbeitungsindustrie am BIP bis 2030 erreichen.

Zwischen 2015 und 2020 lag der weltweite Anteil der Beschäftigung in der Verarbeitungsindustrie an der Gesamtbeschäftigung relativ stabil bei 14,3%. 2022 fiel er mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und geopolitischer Krisen, die das verarbeitende Gewerbe überall auf der Welt stark getroffen haben, auf 14,1%. Ein Rückgang war zwischen 2021 und 2022 in den meisten Regionen mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara und Zentral- und Südasiens zu beobachten.

Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe als Anteil an der Gesamtbeschäftigung – 2015, 2021 und 2022 (in Prozent)



Nach dem pandemiebedingten Einbruch erholt sich die Luftverkehrsbranche deutlich

2020 fiel das internationale Fluggastaufkommen um 60% auf den Stand von 2003, und die Passagierzahlen sanken von 4,5 Mrd. im Vorjahr auf 1,8 Mrd. Die Sitzplatzkapazität wurde um die Hälfte reduziert. Im selben Jahr erlitten die Fluggesellschaften aufgrund der COVID-19-Pandemie Verluste in Höhe von 370 Mrd. USD. Flughäfen und Flugsicherungsdienste verbuchten Verluste in Höhe von 115 bzw. 13 Mrd. USD.

2022 setzte ein deutlicher Aufschwung ein, wobei die Fluggastzahlen 73% und die Einnahmen 87% der Zahlen von 2019 erreichten. Im Vergleich zu

2021 stiegen die Zahl der Fluggäste um 43% und die Einnahmen pro Passagierkilometer um 62%, was auf die Erholung bei den internationalen Strecken zurückzuführen ist. Von 2021 auf 2022 verzeichneten die Fluggesellschaften einen Anstieg der jährlichen Einnahmen aus dem Passagierverkehr um 44%.

2024 dürfte die Luftverkehrsbranche weltweit 87,7 Mio. Arbeitsplätze stützen und einen direkten und indirekten Wirtschaftsbeitrag von 3,5 Bio. USD oder 4,1% des globalen BIP haben.

Die Schließung der Erfassungslücke von 5 Prozent bei mobilem Breitband ist weiter schwierig

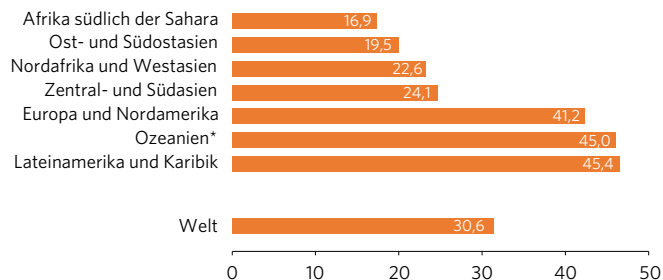
In den meisten Entwicklungsländern ist mobiles Breitband (3G oder höher) die wichtigste – und oft einzige – Möglichkeit, auf das Internet zuzugreifen. Rund 95 % der Weltbevölkerung haben heute einen solchen Zugang. Die Überwindung der „Erfassungslücke“ für die verbleibenden 5 % birgt große Herausforderungen. Seit dem Überschreiten der 90%-Marke im Jahr 2018 ist die weltweite Versorgung mit 3G nur um 4 Prozentpunkte gestiegen. In

Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) ist die Lücke mit 31 % nach wie vor beträchtlich. Afrika südlich der Sahara verzeichnete zwar gewisse Fortschritte, doch ist die Lücke von 17 % noch immer beachtlich, insbesondere in Zentral- und Westafrika. In den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern haben 18 % der Menschen nach wie vor keinen Zugang zu mobilem Breitband.

Kredite sind für Kleinunternehmen unerlässlich, doch nur ein kleiner Teil hat Zugang dazu

Kleinunternehmen sind überall auf der Welt das Rückgrat der Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und helfen die Existenzgrundlagen von Gemeinschaften sichern. Obwohl sie eine zentrale Rolle beim Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles spielen, haben sie nach der Pandemie mit unzähligen Herausforderungen zu kämpfen, darunter steigende Betriebskosten aufgrund der Inflation in Energie und Transport sowie hohe Kreditzinsen. Vor allem in Ländern mit niedrigerem Einkommen tragen Kleinunternehmen aufgrund ihrer größeren Anfälligkeit die Hauptlast von Schocks. Auch ihr Zugang zu überlebenswichtigen Darlehen ist nach wie vor schwierig. Nach Daten aus den Jahren 2006 bis 2023 erhielten nur 16,9 % der verarbeitenden Kleinbetriebe in Afrika südlich der Sahara Darlehen oder Kreditlinien, was deutlich unter dem Weltdurchschnitt von 31 % liegt. Um das Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und die Krisenfestigkeit von Kleinunternehmen zu fördern, ist eine inklusive Industriepolitik unerlässlich.

Anteil kleiner Industrieunternehmen mit einem Darlehen oder einer Kreditlinie – 2006-2023 (in Prozent)



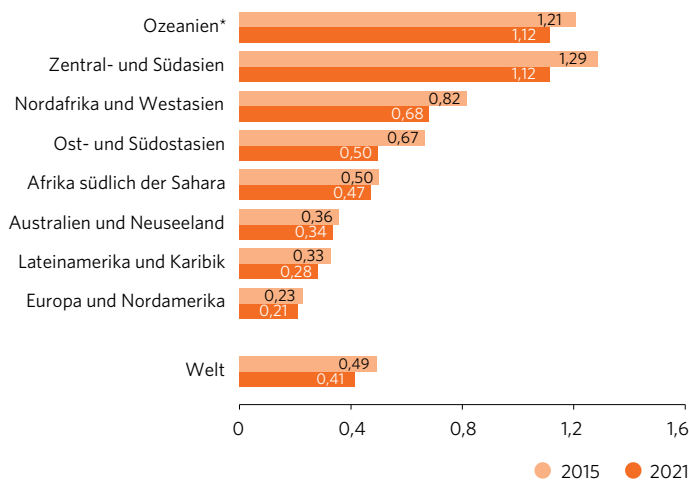
*ohne Australien und Neuseeland

Die CO₂-Emissionsintensität fällt weiter, aber noch nicht genug, um die weltweiten Emissionen zu senken

2023 stiegen die weltweiten CO₂-Emissionen aus Verbrennungsprozessen zur Stromgewinnung und industriellen Prozessen um 1,1 % auf ein Rekordhoch von 37,4 Gigatonnen. Der Anstieg war im Vergleich zu den 1,3 % des Vorjahres langsamer und lag deutlich unter der globalen BIP-Wachstumsrate von 3 %. Diese Abschwächung lässt sich auf die starke Zunahme sauberer Energietechnologien seit 2019 zurückführen. Der Emissionsanstieg 2023 ging zu über 65 % auf die Kohleverstromung zurück.

Die Emissionen pro BIP-Einheit sanken kontinuierlich. Zwischen 2015 und 2021 fielen sie um 11,5 % von 0,29 auf 0,25 kg pro USD (Kaufkraftparität). In der Verarbeitungsindustrie ging die Emissionsintensität um 16 % zurück, doch gibt es weiter regionale Unterschiede. Die Verringerung der Emissionsintensität reicht noch nicht aus, um die globalen Gesamtemissionen zu senken. Die Entwicklung von Strategien für CO₂-arme Energie und umweltfreundliche Produktion erfordert Zusammenarbeit und Konzepte, die auf die besonderen Stärken jedes Landes zugeschnitten sind.

CO₂-Emissionen pro Wertschöpfungseinheit im verarbeitenden Gewerbe – 2015 und 2021 (in Kilogramm CO₂ zu konstanten USD von 2015)



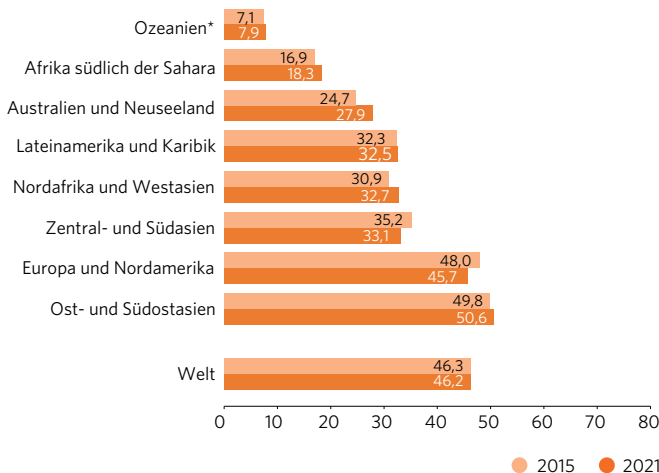
*ohne Australien und Neuseeland

Der Mittel- und Hochtechnologiesektor erweist sich trotz globaler wirtschaftlicher Herausforderungen als widerstandsfähig

Der Wertschöpfungsanteil des Mittel- und Hochtechnologiesektors im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtwertschöpfung stieg von 46,34 % (2015) auf 46,88 % (2019). Dieser Aufwärtstrend wurde durch die COVID-19-Pandemie kurzzeitig unterbrochen. Die Krise hat gezeigt, wie widerstandsfähig technologieintensivere Branchen sind, denn mit nur 0,67 Prozentpunkten verzeichneten sie einen minimalen Rückgang.

Der Anteil des Mittel- und Hochtechnologiesektors am gesamten verarbeitenden Gewerbe ist regional stark unterschiedlich. In Ost- und Südostasien machte dieser Sektor 2021 etwa 50,6 % der gesamten Verarbeitungsindustrie aus, in Afrika südlich der Sahara dagegen nur 18,3 %. Vorrangige Investitionen in Bildung und Kompetenzentwicklung sind für das Wachstum dieses Sektors entscheidend, da sie die Arbeitskräfte dafür rüsten, in einer dynamischen globalen Fertigungslandschaft zu bestehen.

Wertschöpfungsanteil des Mittel- und Hochtechnologiesektors an der gesamten Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes – 2015 und 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Weniger Ungleichheiten

- Trotz der pandemiebedingten wirtschaftlichen Verwerfungen geht der Anteil der von weniger als der Hälfte des Medianeinkommens lebenden Menschen dank Sozialhilfeprogrammen weltweit zurück. Allerdings haben die Löhne der Beschäftigten nicht mit der Produktivität Schritt gehalten, und die Lohnquote setzt ihre langjährige Talfahrt wieder fort.
- In einer historischen Trendwende sind die Verbesserungen in Bezug auf die Ungleichheit zwischen den Ländern in Gefahr. In der Hälfte der weltweit verwundbarsten Länder wächst die Wirtschaft langsamer als in den wohlhabenden Ländern.
- 2023 starben mehr Menschen auf Migrationsrouten als in jedem anderen Jahr der Datenerhebung. Die Zahl der Flüchtlinge war weltweit so hoch wie nie zuvor.
- Die Entwicklungsländer sind in internationalen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht angemessen vertreten. Die Stärkung ihrer Mitsprache und Mitwirkung ist für ein globales Wirtschaftssystem mit mehr Inklusion und Chancengerechtigkeit entscheidend wichtig.



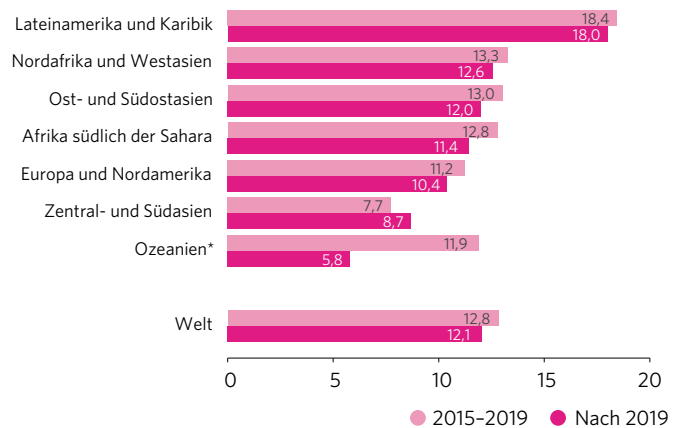
Vertriebene in Goma (Demokratische Republik Kongo), wo es über 7 Mio. Binnenvertriebene gibt.

- Die Beseitigung von Ungleichheit in und zwischen den Ländern erfordert eine gerechte Ressourcenverteilung, Investitionen in Bildung und Qualifikationserwerb, Sozialschutzmaßnahmen, Anstrengungen zur Beendigung von Diskriminierung, die Unterstützung marginalisierter Gruppen und internationale Zusammenarbeit für faire Handels- und Finanzsysteme.

Der Anteil der mit weniger als der Hälfte des Medianeinkommens lebenden Menschen sinkt weltweit

Seit 2000 konnten zwei Drittel der Länder, für die Daten vorliegen, den Anteil ihrer Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als der Hälfte des Medians senken, ein Trend, der auch während der Pandemie anhielt. Der Anteil dieser Menschen ging laut Daten aus 82 Ländern, die 70 % der Weltbevölkerung stellen, nach 2019 gegenüber 2015-2019 geringfügig zurück, und zwar von 12,8 % auf 12,1 %. Fortschritte gab es in allen Regionen außer in Zentral- und Südasien, wo der Anteil mit 9 % nach wie vor relativ niedrig ist. Die geringere Ungleichheit während der Pandemie erklärt sich weitgehend durch Sozialhilfeprogramme, insbesondere in den wohlhabenderen Ländern. In den Ländern Lateinamerikas und der Karibik herrscht hohe Ungleichheit. Hier haben mindestens 18 % der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als der Hälfte des Medians.

Anteil der mit weniger als der Hälfte des Medianeinkommens lebenden Bevölkerung – 2015-2019 und nach 2019 (in Prozent)

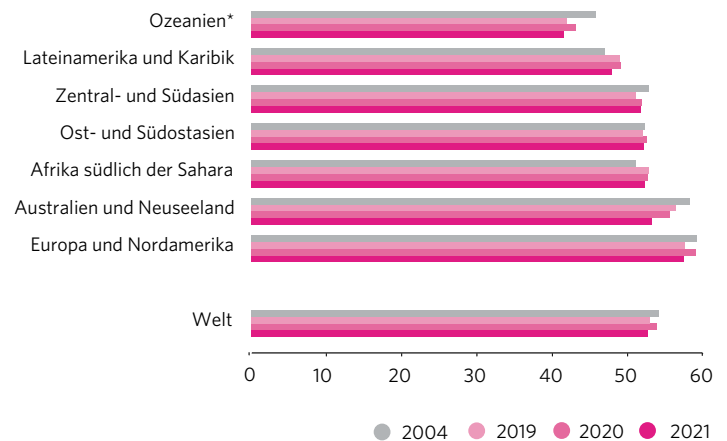


Die Lohnquote setzt ihren Langzeitrückgang wieder fort, während die Kapitalerträge steigen

Entgegen einem seit den 1970er-Jahren anhaltenden Abwärtstrend stieg die Lohnquote, d. h. der Anteil der globalen Arbeitsentgelte am BIP, in den Pandemie Jahren 2019 und 2020 stark an, und zwar von 52,9 % auf 53,8 %. Dieser Anstieg sollte nicht als Nettogewinn für die Beschäftigten fehlinterpretiert werden. Im genannten Zeitraum sanken die Arbeitsentgelte weltweit um 1,5 %, während die globale Produktion noch stärker, nämlich um 3 %, fiel. 2021 nahm die Lohnquote ihre langjährige Talfahrt wieder auf.

Zwischen 2004 und 2021 sank sie von 54,1 % auf 52,7 %, was einem Verlust von 568 USD (Kaufkraftparität) je Beschäftigten entspricht. Dieser Negativtrend legt nahe, dass sich die steigende Arbeitsproduktivität nicht voll in einem höheren Arbeitsentgelt niedergeschlagen hat. Einkünfte aus Erwerbstätigkeit sind vor allem für schlechter situierte und besonders gefährdete Menschen wichtig. Die steigenden Kapitalerträge können die Ungleichheit zudem verschärfen, da sie in erster Linie auf Wohlhabende entfallen.

Lohnquote – 2004, 2019, 2020 und 2021 (in Prozent)

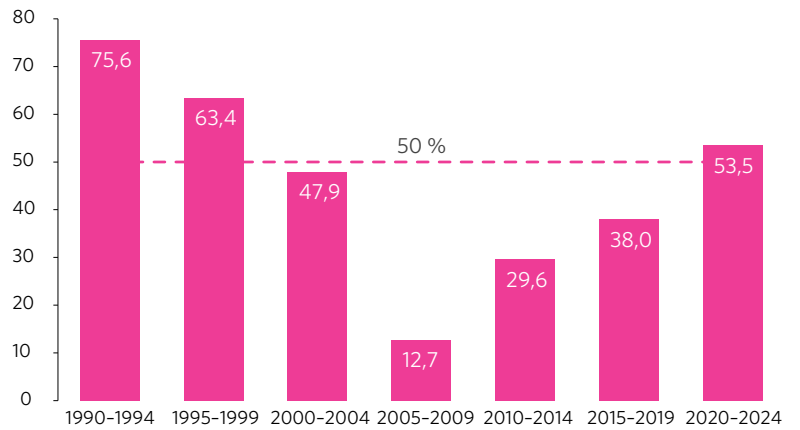


In der Hälfte der verwundbarsten Länder wächst die Einkommenskluft gegenüber den wohlhabendsten

Erstmals in diesem Jahrhundert verzeichnet die Hälfte der 75 verwundbarsten Länder – der Länder, die für konzessionäre Darlehen der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank in Betracht kommen – eine wachsende Einkommenskluft gegenüber den wohlhabendsten Volkswirtschaften. Ein Viertel der Weltbevölkerung (1,9 Mrd. Menschen) lebt in IDA-Ländern. Jedes dritte dieser Länder ist ärmer als vor der Pandemie.

Zwischen 2020 und 2024 ist das Pro-Kopf-Einkommen in jedem zweiten IDA-Land langsamer als in den wohlhabenden Volkswirtschaften gewachsen, der höchste Anteil seit 2000. Jeder vierte Mensch in den IDA-Ländern muss täglich mit weniger als 2,15 USD auskommen, womit die Quote der extremen Armut über dem Achtfachen des Durchschnitts für die übrige Welt liegt. In den IDA-Ländern, von denen die Hälfte überschuldet oder überschuldungsgefährdet ist, leben 90 % der von Hunger und Fehlernährung betroffenen Menschen.

Anteil der IDA-Länder mit einem geringeren Wachstum des Pro-Kopf-BIP als in den hochentwickelten Volkswirtschaften – 1990-2024 (in Prozent)



Die Entwicklungsländer sind bei internationalen wirtschaftlichen Entscheidungen weiter unterrepräsentiert

Die Entwicklungsländer stellen 74 % der Mitglieder der Generalversammlung der Vereinten Nationen, doch sind ihre Mitsprache und Mitwirkung in internationalen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, in Normsetzung und Lenkungsmechanismen begrenzt. In der wichtigsten Kreditvergabeinstitution der Weltbank halten die Entwicklungsländer, die 75 % der Mitgliedstaaten der Bank ausmachen, ganze 39 % der Stimmrechte. Bei der Internationalen Finanz-Corporation, dem für den Privatsektor zuständigen Arm der Weltbank, entfallen auf die Entwicklungsländer knapp über 32 % der Stimmrechte.

Der Internationale Währungsfonds nahm 2019 und 2023 zwei allgemeine Überprüfungen der Quoten vor, ohne ihre Verteilung (die in die Festlegung der Stimmrechte einfließt) zu ändern, womit die Entwicklungsländer weiter nur 37 % der Stimmrechte halten. Andere internationale Finanzinstitutionen, etwa die regionalen Entwicklungsbanken, haben seit 2015 weder Stimmrechtsreformen durchgeführt noch angekündigt. Die vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2025 bietet Gelegenheit, diese Defizite zu thematisieren und die Legitimität der globalen Lenkungsmechanismen zu stärken.

Die Rücküberweisungskosten sind gesunken, jedoch nicht stark genug; die Digitalisierung könnte weitere Senkungen fördern

In den vergangenen zehn Jahren sind Rücküberweisungskosten erheblich gesunken. Die Kosten für die Überweisung von 200 USD fielen zwischen 2016 und 2023 weltweit von 7,42 % auf 6,18 %, liegen aber weiter über den in den Nachhaltigkeitszielen vorgegebenen 3 %. Die höchsten dieser Überweisungskosten fielen 2023 in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) mit 8,33 % und in Afrika südlich der Sahara mit 7,36 % an, und dies trotz erheblicher Fortschritte in beiden Regionen seit 2011.

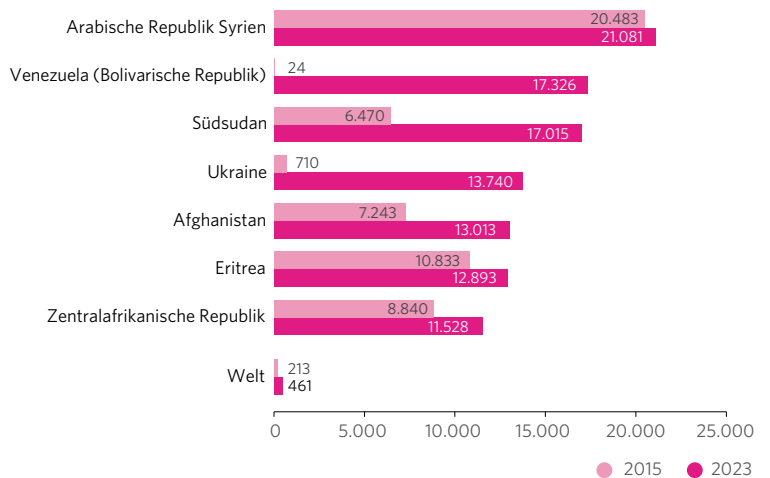
Mit digitalen Überweisungsdiensten wäre die Zielvorgabe schneller erreichbar. 2023 betrug die Kosten für digitale Überweisungen weltweit durchschnittlich 4,84 % gegenüber 6,77 % für nichtdigitale/Barüberweisungen. 30 % aller Dienste wurden 2023 digital erbracht. Um die Zielvorgabe zu erreichen, könnte die Digitalisierung für Kostensenkungen, Effizienzsteigerungen und einen besseren Überweisungszugang genutzt werden. Die Regulierungsbehörden müssen Herausforderungen wie begrenzten Wettbewerb, hohe Regeleinhaltungskosten, Hindernisse beim Zugang zu Konten, Transparenzprobleme sowie geringe digitale und finanzielle Kompetenz angehen.

2023 gab es mehr Flüchtlinge und migrationsbedingte Todesfälle als je zuvor seit Beginn der Datenerhebung

Ende 2023 lag die Zahl der unter das Mandat des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen fallenden Flüchtlinge, die aufgrund von Kriegen, Konflikten, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und schweren Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung aus ihren Ländern vertrieben wurden, mit 37,4 Mio. so hoch wie nie zuvor. Ihre Zahl steigt seit mehr als einem Jahrzehnt alljährlich und hat sich in weniger als sieben Jahren verdoppelt, was dauerhafte Lösungen erschwert. Ende 2023 lag der Anteil der Menschen auf der Flucht weltweit bei 458 von 100.000 und damit mehr als doppelt so hoch wie Ende 2015 (213 von 100.000).

Ein tragischer Meilenstein war 2023, das mit 8.177 dokumentierten Fällen tödlichste je verzeichnete Migrationsjahr. Die meisten Todesfälle ereigneten sich auf den Routen, die von Krisen betroffene Menschen für die Migration wählten. Seit 2015 wurden mehr als 57.000 migrationsbedingte Todesfälle registriert, wengleich die tatsächliche Zahl angesichts problematischer Datenerhebung und begrenzter Meldungen deutlich höher liegen dürfte. Der höchste Anteil von Todesfällen während der Migration entfällt auf Herkunftsländer mit aktiven bewaffneten Konflikten: Afghanistan, die Arabische Republik Syrien, Äthiopien und Myanmar. Da Menschen aufgrund begrenzter Alternativen nach wie vor ihr Leben auf irregulären Routen riskieren, sind sichere und zugängliche Migrationswege unerlässlich.

Herkunftsländer mit dem höchsten Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung – 2015 und 2023 (Anzahl der Flüchtlinge je 100.000 Menschen)



Nachhaltige Städte und Gemeinden

- Derzeit wohnt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, die jedoch vor einer Vielzahl komplexer Herausforderungen stehen. Etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung weltweit lebt in Slums. 2022 waren es insgesamt 1,1 Mrd. Menschen. Der ungleiche Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein erhebliches Problem, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo nur 4 von 10 Personen bequemen Zugang haben.
- Obwohl die Luftverunreinigung in den meisten Regionen abgenommen hat, liegt sie weiter deutlich über den Luftqualitätsempfehlungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit.
- Nur 40 % der Stadtbevölkerung können öffentliche Freiflächen leicht erreichen. Zwischen 2000 und 2020 wuchsen die Städte bis zu 3,7-mal schneller als sie sich verdichteten, was negative Auswirkungen auf die natürliche Umwelt und die Flächennutzung hatte.



In den Slums Islamabad, der Hauptstadt Pakistans, füllt eine Frau Trinkwasser in Flaschen ab.

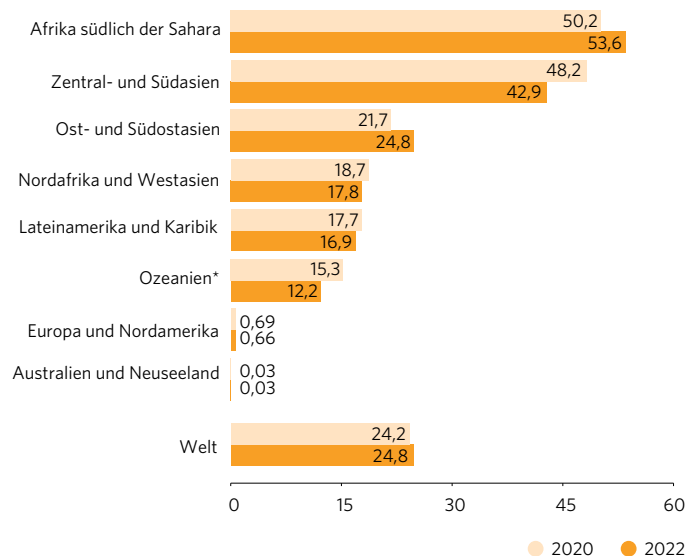
- Da die Verstädterung zunimmt und bis 2050 fast 70 % der Weltbevölkerung in Städten leben dürften, ist der Ausbau kritischer Infrastruktur, erschwinglichen Wohnraums, effizienter Verkehrssysteme und grundlegender sozialer Dienste für die Schaffung widerstandsfähiger und nachhaltiger Städte, die den Bedürfnissen aller gerecht werden, unerlässlich.

Die Verschärfung der weltweiten Slumkrise erfordert dringende Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Dienstleistungen

2022 lebten 24,8 % der Stadtbevölkerung in Slums oder informellen Siedlungen — etwas weniger als die 25 % von 2015, aber mehr als die 24,2 % von 2020. Die Gesamtbevölkerung der Slums lag 2022 bei 1,12 Mrd. Menschen — 130 Millionen mehr als 2015 –, was eine Abkehr von dem kontinuierlichen Abwärtstrend der Jahre 2000 bis 2020 bedeutet. Rückschläge gab es vor allem in Ost- und Südostasien (2020: 21,7 %; 2022: 24,8 %) und in Afrika südlich der Sahara (2020: 50,2 %; 2022: 53,6 %).

2022 lebten über 85 % aller Slumbewohnerinnen und -bewohner in Ost- und Südostasien (362 Mio.), Zentral- und Südasiens (334 Mio.) und Afrika südlich der Sahara (265 Mio.). Den proportional größten Anstieg bis 2030 dürfte nach aktuellen Trends Afrika südlich der Sahara mit etwa 360 Mio. zusätzlichen Menschen in Slums verzeichnen. Dies unterstreicht, wie dringend notwendig ein umfassender Ansatz zur Bewältigung der Wohnraumkrise ist, auch durch ein breit gefächertes Wohnungsangebot, der mit gleichem Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und grundlegenden Diensten einhergeht.

Anteil der weltweit in Slums lebenden Stadtbevölkerung – 2000 und 2022 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Das hohe Maß an unregelmäßiger Zersiedelung belastet die Umwelt und mindert die Lebensqualität

„Zersiedelung“ bezeichnet eine ungeplante, unkontrollierte und von niedriger Siedlungsdichte geprägte Ausdehnung städtischer Gebiete in zuvor unbebaute ländliche oder vorstädtische Gebiete. Dieses unregelmäßige Wachstum hat negative Auswirkungen auf die natürliche Umwelt und die Flächennutzung und trägt zu höherer Luftverunreinigung und zum Verlust von Lebensräumen, Frei- und Agrarflächen bei. Laut jüngsten Daten aus 1.217 Städten in 185 Ländern schritten die Zersiedelung und Ausdehnung von Städten zwischen 2000 und 2020 3,7-mal rascher voran als ihre Verdichtung und ihr vertikales Wachstum.

Im Weltdurchschnitt lag die jährliche Zersiedelungsrate zwischen 2000 und 2010 bei 5,6 %, die jährliche Verdichtungsrate bei nur 1,47 %.¹ Die Zersiedelungsrate sank zwischen 2010 und 2020 leicht auf 3,6 % pro Jahr. Der Abstand zur Verdichtungsrate, die für denselben Zeitraum auf jährlich 0,95 % geschätzt wird, war jedoch weiter erheblich. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung müssen die Negativwirkungen der Zersiedelung abgeschwächt und ein ausgewogenes Stadtwachstumskonzept gefunden werden.

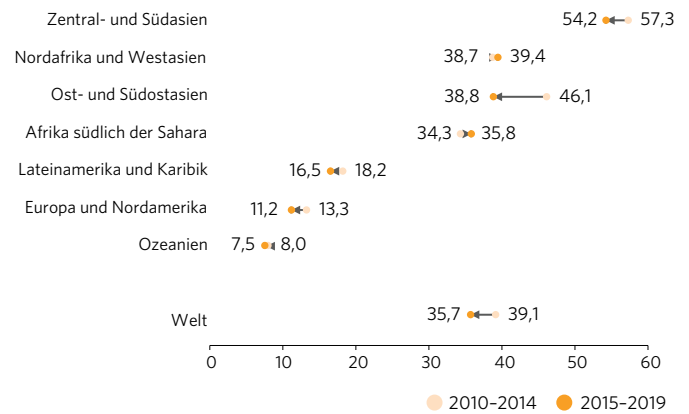
1 Die jährliche Zersiedelungsrate berechnet sich als die jährliche Rate der Veränderungen bei den bebauten Flächen außerhalb der Stadtgrenzen von 2000 (aber innerhalb der Stadtgrenzen von 2020) je Stadt. Die jährliche Verdichtungsrate berechnet sich als die auf das Jahr umgerechnete Rate der Veränderungen bei den bebauten Flächen innerhalb der Stadtgrenzen von 2000 je Stadt.

Die Luftqualität ist gestiegen, jedoch nicht genug für den vollen Schutz der öffentlichen Gesundheit

Jedes Jahr sterben etwa 4,2 Mio. Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung. Weltweit ist die bevölkerungsgewichtete Feinstaubbelastung (PM_{2,5}) um 9 % gesunken – von 39,1 µg/m³ im Zeitraum 2010-2014 auf 35,7 µg/m³ im Zeitraum 2015-2019. Dies liegt jedoch weiter deutlich über dem zum Schutz der öffentlichen Gesundheit empfohlenen Richtwert von 5 µg/m³. In Ost- und Südostasien, wo die PM_{2,5}-Konzentrationen im Zeitraum 2010-2014 die zweithöchsten der Welt waren, hat sich die Luftqualität im Zeitraum 2015-2019 deutlich verbessert. Ähnliche Fortschritte in Europa und Nordamerika verdeutlichen die positiven Auswirkungen internationaler Zusammenarbeit und Rechtsvorschriften, darunter das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung. In Afrika südlich der Sahara und in Nordafrika und Westasien hingegen nahm die Luftverunreinigung über die genannten Zeiträume zu.

Eine bessere Überwachung der Luftqualität trug wesentlich dazu bei, regionale Erfolge zu bestätigen und politische Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Zwischen 2011 und 2022 stiegen die weltweiten Überwachungskapazitäten um das Sechsfache; 92 % dieses Anstiegs entfielen jedoch auf Länder mit hohem und mittlerem Einkommen.

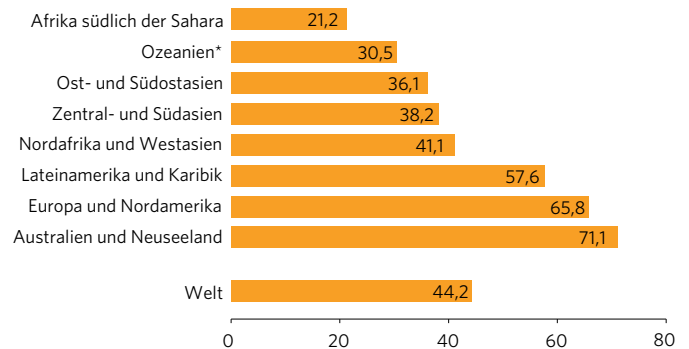
Fünffahresdurchschnitt der PM_{2,5}-Konzentration in Städten, gewichtet nach Bevölkerung – 2010-2014 und 2015-2019 (in Mikrogramm je Kubikmeter)



Dynamische Städte brauchen öffentliche Freiflächen, aber zu wenige Menschen haben leichten Zugang dazu

Öffentliche Freiflächen in städtischen Gebieten fördern inklusive und dynamische Städte. Nach Daten für 2020 aus 1.365 Städten in 187 Ländern können jedoch nur 44 % der Stadtbevölkerung eine solche Fläche in 400m Fußweg erreichen. Die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo weniger als 30 % der Stadtbevölkerung bequemen Zugang zu öffentlichen Freiflächen haben, sind unverhältnismäßig stark betroffen. In Regionen mit hohem Einkommen wie Australien und Neuseeland sowie Europa und Nordamerika dagegen ist der Zugang wesentlich besser. 60 bis 70 % der Stadtbevölkerung leben dort in der Nähe öffentlicher Freiflächen. Diese Zahlen zeigen die weite Verbreitung dieses globalen Problems. Ohne koordinierte Anstrengungen ist der Zugang zu unverzichtbaren Freizeiteinrichtungen für die Mehrheit der Stadtbevölkerung schwierig, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Menschen.

Anteil der Stadtbevölkerung, die innerhalb von 400 Metern Fußweg bequem öffentliche Freiflächen erreicht – 2020 (in Prozent)

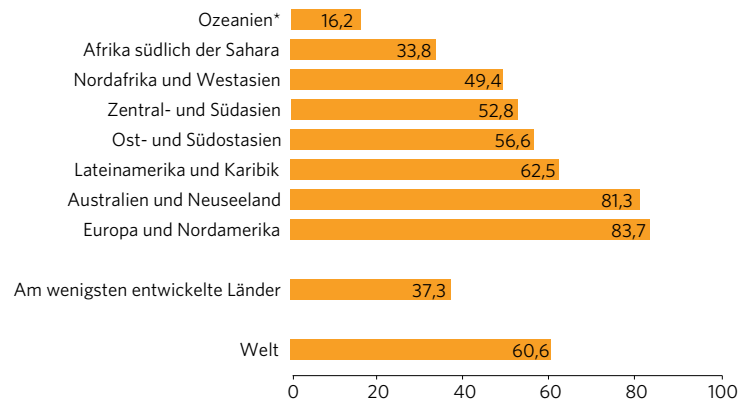


*ohne Australien und Neuseeland

Öffentliche Verkehrsmittel sind für 40 % der Stadtbevölkerung weltweit nicht leicht zu erreichen

Ein gleichgestellter Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln verringert die Ernährungsunsicherheit, kurbelt die Wirtschaft an, stärkt die Selbstbestimmung der Frauen und bindet Menschen an wichtige Gesundheits-, Bildungs- und Finanzdienstleistungen an, vor allem für gefährdete urbane Bevölkerungsgruppen. Dennoch haben weltweit viele Städte keine angemessene Nahverkehrsinfrastruktur. Laut Daten von 2023 aus 2.039 Städten in 188 Ländern können nur 60 % der Menschen in Städten öffentliche Verkehrsmittel bequem erreichen. Besonders problematisch ist das Defizit in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo weniger als 40 % der Stadtbevölkerung diesen Zugang haben, während es in reicheren Regionen 80 % sind. Um auch den marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu verschaffen, bedarf es rascherer Investitionen, sowohl in Entwicklungsregionen als auch in armen Stadtvierteln entwickelter Länder. Diese Anstrengungen sind für eine inklusive Stadtentwicklung und bessere Lebensverhältnisse für arme Menschen in Städten unabdingbar.

Anteil der Bevölkerung mit bequemerem Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln in Städten – 2023 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Verantwortung bei Konsum und Produktion

- Die Länder sind bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus internationalen Umweltübereinkommen über gefährliche Abfälle und andere Chemikalien und bei der Umsetzung umfassender Konzepte zur Bekämpfung der Umweltzerstörung vorangekommen. Nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster bestehen jedoch fort. 2022 wurden weltweit 1,05 Mrd. Tonnen Nahrungsmittel verschwendet, doch ist das Thema nur in 9 von 193 Ländern Teil der national festgelegten Beiträge zur Bekämpfung des Klimawandels. Elektroschrott nimmt weltweit rasant und nahezu ungebremst zu, und nur 22 % des Aufkommens werden gesammelt und nachhaltig bewirtschaftet.
- Inlandsmaterialverbrauch und Material-Fußabdruck wachsen weiter, aber nicht mehr so rasch. Regionale Unterschiede zeigen, wie wichtig gezielte Maßnahmen auf der Grundlage unterschiedlicher Verbrauchsmuster und Umweltauswirkungen sind.
- Um Ziel 12 zu erreichen, gilt es Modelle der Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktionsverfahren und verantwortungsvollen Konsum zu fördern.



Ein junger Mann in Ghana, der vom Land nach Accra gezogen ist, um in der Elektroschrottbranche zu arbeiten, brennt ausgediente Kabel zur Kupfergewinnung ab.

So lassen sich in jeder Produktionsphase Chancen nutzen, um den Verbrauch an Ressourcen und fossilen Brennstoffen zu senken, Innovationen voranzutreiben, Energie zu sparen und Emissionen zu reduzieren. Fortschritte hängen primär von robusten gesetzlichen Rahmenbestimmungen, finanziellen Anreizen und Informationskampagnen ab.

Weltweit werden 1,05 Mrd. Tonnen Nahrungsmittel verschwendet, während Hunderte Millionen Menschen hungern

2021 gingen 13,2 % der weltweit erzeugten Nahrungsmittel nach der Ernte, im Großhandel und während Transport, Lagerung und Verarbeitung verloren. Im Einzelhandel und auf der Verbraucherebene wurden 2022 enorme 19 % oder 1,05 Mrd. Tonnen aller für den Endverbrauch verfügbaren Nahrungsmittel verschwendet, zumeist in den Haushalten (60 %). Im Durchschnitt verschwendet jeder Mensch jährlich 79 kg Nahrungsmittel – mehr als sein Körpergewicht. Die weltweit täglich verschwendeten essbaren Nahrungsmittel ergäben etwa 1 Mrd. Mahlzeiten. Für jeden der 783 Mio. Menschen, die 2022 Hunger litten, wären das pro Tag 1,3 Mahlzeiten gewesen.

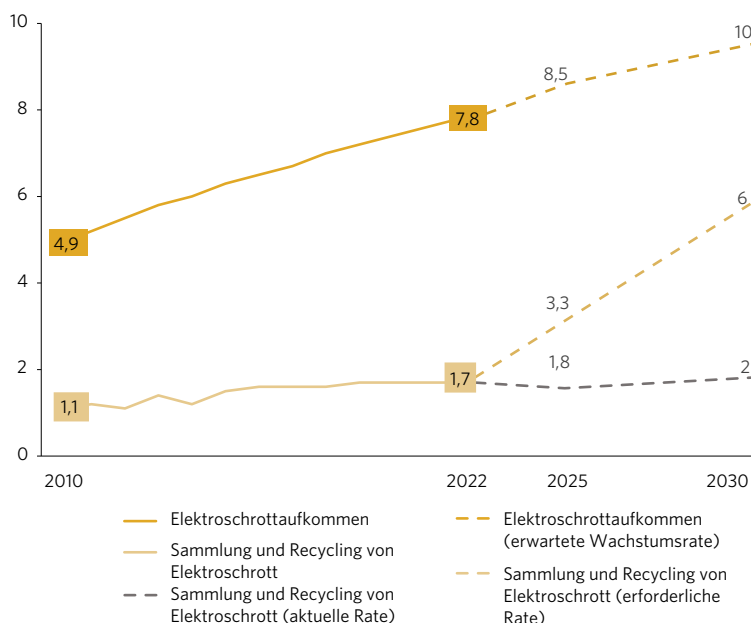
Die Nahrungsmittelverschwendung variiert zwischen Haushalten in Ländern mit hohem, höherem mittlerem und niedrigerem mittlerem Einkommen jährlich um nur 7 kg pro Kopf. Sie liegt in wärmeren Ländern tendenziell höher, wohl aufgrund der stärkeren Verwendung frischer Nahrungsmittel mit mehr ungenießbaren Bestandteilen und aufgrund unzureichender Kühlung. Nahrungsmittelverluste und -verschwendung verursachen zudem jährlich 8 bis 10 % der Treibhausgasemissionen, was Kosten von über 1 Bio. USD verursacht und Bodenressourcen und Biodiversität belastet. Zugleich hatten bis 2022 nur 9 von 193 Ländern Nahrungsmittelverschwendung in ihre national festgelegten Beiträge aufgenommen, ein Zeichen erheblicher Defizite bei der Verknüpfung des Themas mit Klimamaßnahmen und dem Ziel, bis 2030 diese Verschwendung zu halbieren und Verluste zu reduzieren.

Hoher Konsum sowie Defizite bei Wiederverwendung und Recycling führen zu riesigen Mengen an Elektroschrott

Durch unkontrollierte Entsorgung von Elektrogeräten, verschärft durch steigenden Konsum, kurze Produktlebenszyklen und niedrige Reparaturraten, entsteht ein riesiges Elektroschrottaufkommen. Dieses stieg zwischen 2015 und 2022 von 6,3 auf 7,8 kg pro Kopf bei einem Gesamtvolumen von 62 Mio. Tonnen. Nur 1,7 kg pro Kopf wurden gesammelt und umweltschonend bewirtschaftet. Länder mit hohem Einkommen erreichten Sammelquoten von über 40 %, doch wurde der meiste Elektroschrott unzureichend recycelt oder in Länder mit niedrigerem Einkommen exportiert, in denen die Bewirtschaftungsinfrastruktur nicht entwickelt, unzureichend oder gar nicht vorhanden ist. In Zentral- und Südasiens, Lateinamerika und der Karibik und Afrika südlich der Sahara liegen die Sammelquoten unter 5 %. Die unsachgemäße Bewirtschaftung im informellen Sektor führt zu Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefahren für Arbeitskräfte und Gemeinden.

Bis 2030 dürfte das Elektroschrottaufkommen auf 10 kg pro Kopf und Jahr (oder insgesamt 82 Mio. Tonnen) steigen. Erhöhten alle Länder ihre Sammelquoten auf 60 %, könnten 54 Mio. Tonnen Elektroschrott umweltschonend bewirtschaftet und 30 Mio. Tonnen Metallressourcen zurückgewonnen werden. Dadurch würden 2030 zudem 34.000 kg Quecksilberemissionen und 209 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden.

Elektroschrottaufkommen und umweltschonende Bewirtschaftung von Elektroschrott – 2010-2022 und Prognosen für 2023-2030 (in Kilogramm pro Kopf)



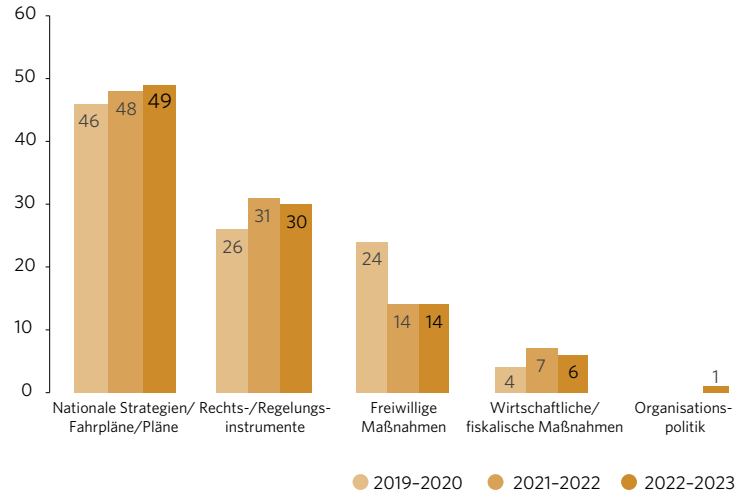
Immer mehr Länder und Unternehmen erstatten über ihre Nachhaltigkeitsmaßnahmen Bericht

Für den Zeitraum 2019-2023 meldeten 62 Mitgliedstaaten und die Europäische Union 516 Politikmaßnahmen für einen rascheren Übergang zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Die Hälfte davon sind nationale Fahrpläne oder Strategien, 30 % Rechtsinstrumente und 14 % freiwillige Maßnahmen. Neue Politikvorgaben verankerten 2023 nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster in Brennpunktsektoren. So bemühten sich die Philippinen um verantwortungsvollen Bergbau und eine bessere Einhaltung der Umweltgesetze. Die Vereinigten Staaten planten, ihrem Nahrungsmittelsystem breiteren Nutzen zu verleihen. Das australische System für Wassereffizienzzeichen- und -standards initiierte Maßnahmen zur Senkung der Wassernachfrage und zur Förderung effizienter Technologien.

Internationale Stellen haben Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung im öffentlichen wie im privaten Sektor erarbeitet. Trotz dieser Fortschritte bereiten mangelnde Interoperabilität und Einheitlichkeit der nationalen Berichtspflichten weiter Probleme. 2021/22 veröffentlichten 73 % der untersuchten Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte; der dreifache Anteil von 2016 mit Anstiegen in allen Regionen. Über Umwelt (Wasser, Emissionen und Energieeffizienz) und Unternehmensführung (Geschlechtervielfalt, Vorstandssitzungen, Bestechung und Korruption) wird häufiger Bericht erstattet als über Soziales (Menschenrechte, Gesundheit und Sicherheit, Vielfalt und Chancen). Vor zehn Jahren hatten nicht einmal zehn Börsen

schriftliche Leitlinien für die Berichterstattung über Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. 2022 waren es 69 – Tendenz steigend.

Politische Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit bei Konsum und Produktion, nach Art – 2019-2023 (in Prozent)



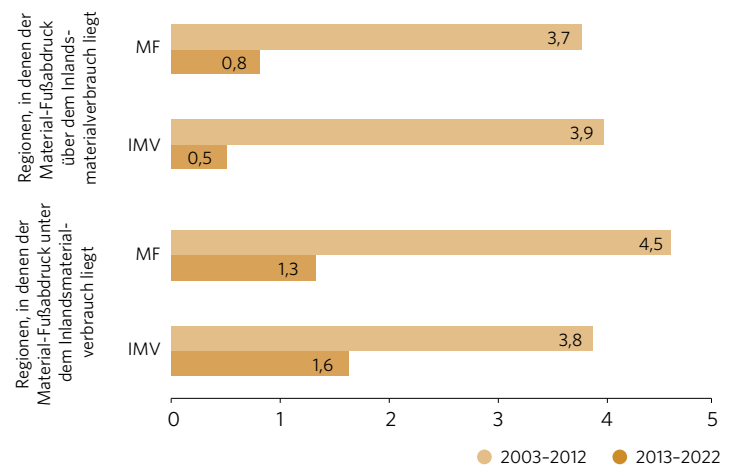
Der globale Materialverbrauch steigt langsamer an, aber regionale Unterschiede bleiben

Der Inlandsmaterialverbrauch misst die in einer Volkswirtschaft direkt verwendeten Materialien, einschließlich der gewonnenen und importierten, nicht aber der exportierten. Er wuchs von 2000 bis 2022 um 69 %, von 56,6 auf 96,0 Mrd. Tonnen. Das kumulative Jahreswachstum jedoch sank von 3,9 % (2003-2012) auf 0,8 % (2013-2022). Der globale Material-Fußabdruck, also die zur Deckung der Endverbrauchsfrage gewonnenen Rohstoffe, stieg zwischen 2000 und 2022 um 71 %, von 57,4 auf 98,0 Mrd. Tonnen. Das entsprechende kumulative Jahreswachstum sank jedoch von 3,9 % (2003-2012) auf 0,9 % (2013-2022). Strukturveränderungen im Material-Fußabdruck ergeben sich aus der stärkeren Nutzung nicht-metallischer Mineralien und der sinkenden relativen Bedeutung von Biomasse.

In Regionen, in denen der Material-Fußabdruck den Inlandsmaterialverbrauch übersteigt, sinkt Letzterer schneller, insbesondere in Ost- und Südostasien, Europa und Nordamerika und Nordafrika und Westasien. In diesen Regionen fiel das kumulative Jahreswachstum von 3,7 % (2003-2012) auf 0,8 % (2013-2022) für den Material-Fußabdruck und von 3,9 % auf 0,5 % für den Inlandsmaterialverbrauch. In Regionen, in denen der Material-Fußabdruck unter dem Inlandsmaterialverbrauch liegt, darunter Zentral- und Südasiens, Lateinamerika und die Karibik, Afrika südlich der Sahara und Ozeanien, sank das kumulative Jahreswachstum von 4,5 % (2003-2012) auf 1,3 % (2013-2022) für den Material-Fußabdruck und von 3,8 % auf 1,6 %

für den Inlandsmaterialverbrauch. Der zunehmende regionale Abstand zwischen den beiden Indikatoren deutet auf unterschiedliche Umweltbelastung durch den Materialverbrauch hin.

Kumulatives Jahreswachstum des Material-Fußabdrucks und des Inlandsmaterialverbrauchs – 2003-2012 und 2013-2022 (in Prozent)



Anmerkung: Der Material-Fußabdruck (MF) basiert auf Schätzungen, während der Inlandsmaterialverbrauch (IMV) Schätzungen und Länderdaten (hauptsächlich aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union) kombiniert.

Die Tourismusüberwachung im Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung kommt voran, reicht aber nicht aus

Die nationale Überwachung anhand der Tourismus-Satellitenkonten und des Systems der integrierten umweltökonomischen Gesamtrechnungen lässt gut auf die Fähigkeit eines Landes schließen, die wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit des Tourismus zu messen. 2019 nutzten mehr Länder denn je – 99 – mindestens eine Tabelle aus den Konten zur Bewer-

tung der Schlüsselindikatoren für Nachhaltigkeit im Tourismus. Die Nutzung sank zwischen 2020 und 2022, wohl aufgrund natürlicher Verzögerungen bei der Datengewinnung. Zwar sind die globalen Überwachungskapazitäten seit 2008 in allen Regionen gestiegen, doch in den meisten sind weniger als 50 % der Länder in der Lage, Daten zu melden.

- 2023 beschleunigte sich die Klimakrise zusehends, und Klimarekorde fielen. Die Temperaturen steigen unvermindert, und die globalen Treibhausgasemissionen nehmen weiter zu. In aller Welt leiden Gemeinschaften unter Wetterextremen und immer häufigeren und heftigeren Katastrophen, die täglich Leben und Existenzgrundlagen zerstören. Zugleich sind die Subventionen für fossile Brennstoffe höher denn je.
- Die Weltgemeinschaft steht an einem kritischen Punkt. Alle Länder müssen die gesamtwirtschaftliche Umstellung auf CO₂-arme Energien dringend vorantreiben, um eine Eskalation der wirtschaftlichen und sozialen Kosten zu vermeiden. Die nächste Runde der national festgelegten Beiträge 2025 bietet Chancen für mutige Klimaaktionspläne, die Volkswirtschaften und Gesellschaften voranbringen. Ambitionierteres Handeln ist gefragt, um Umsetzungslücken zu schließen, die gesamte Wirtschaft und alle Treibhausgase einzubeziehen und die Zielvorgabe einer Begrenzung des Temperaturanstiegs auf höchstens 1,5 °C zu verfolgen.



An einem künstlichen Strand in Malé (Malediven) rufen Jugendliche mit Schildern zu Klimamaßnahmen auf.

- Der Fahrplan zur Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C und zur Vermeidung des schlimmsten Klimachaos ist klar, doch können wir uns keine Verzögerungen oder Halbheiten leisten. Es gilt, die globalen Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch und bis 2050 auf netto null zu senken.

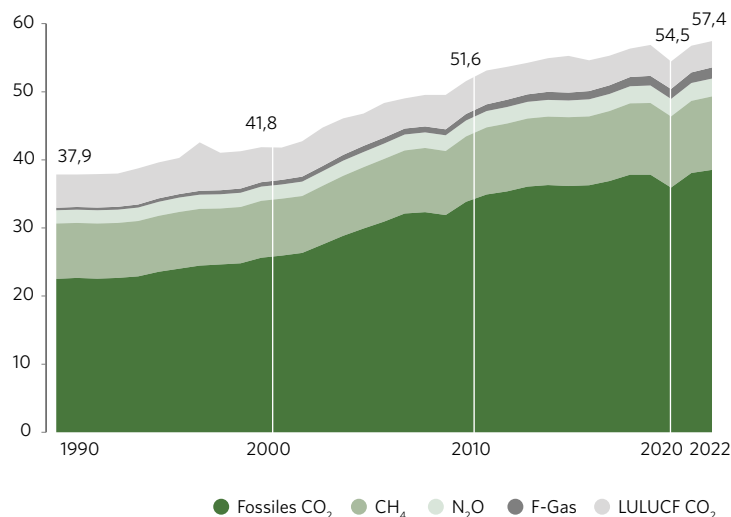
Die höchsten je gemessenen Treibhausgasemissionen zeigen, dass die Welt die Klimaziele nicht erfüllt

Wie aus dem Emissionslückenbericht 2023 des Umweltprogramms der Vereinten Nationen hervorgeht, erreichten die globalen Treibhausgasemissionen 2022 einen neuen Rekordwert von 57,4 Gigatonnen CO₂-Äquivalent. Etwa zwei Drittel davon entfielen auf CO₂ aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und industriellen Prozessen. Mit Ausnahme des Verkehrswesens sind die Emissionen aller wichtigen Sektoren seit der Pandemie wieder gestiegen und liegen nun höher als 2019. Den mit 86 % größten Anteil an den globalen CO₂-Emissionen hat weiter der Energiesektor, was auf die Kohle- und Gasverstromung zurückgeht. Nach den Plänen der Regierungen sollen bis 2030 rund 110 % mehr fossile Brennstoffe produziert werden als mit einer Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C vereinbar wäre.

Für eine Begrenzung auf 1,5 °C müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 42 % oder 8,7 % pro Jahr gesenkt werden. Eine Begrenzung auf 2 °C erfordert eine Senkung um 28 % bis 2030 oder 5,3 % pro Jahr. Der einzige vergleichbare Rückgang mit 4,7 % wurde in den Pandemie Jahren 2019 und 2020 verzeichnet.

Die aktuelle Politik der Staaten lässt die Welt auf eine Erwärmung um 3 °C zusteuern. Mit den national festgelegten Beiträgen sänke sie auf 2,5 °C, durch die Gesamtheit der Netto-Null-Zusagen auf 2 °C, doch sind diese Zusagen höchst unsicher. Die Wahrscheinlichkeit einer Begrenzung auf 1,5 °C liegt derzeit bei nur 14 %, was sofortige und raschere Maßnahmen zur deutlichen Minderung der Emissionen in diesem Jahrzehnt umso dringlicher macht.

Gesamte anthropogene Netto-Treibhausgasemissionen – 1990-2022 (in Gigatonnen CO₂-Äquivalent)



Anmerkung: Die gesamten anthropogenen Netto-Treibhausgasemissionen umfassen CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen und der Industrie (fossiles CO₂), CO₂-Emissionen/-Abbau im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF-CO₂), Emissionen von Methan (CH₄), Emissionen von Distickstoffmonoxid (N₂O) und Emissionen fluorierter Gase (F-Gase), die nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) gemeldet werden.

Quelle: United Nations Environment Programme (UNEP). 2023. *Emissions Gap Report 2023: Broken Record – Temperatures hit new highs, yet world fails to cut emissions (again)*. Nairobi: UNEP.

Mit dem 100-Milliarden-Dollar-Ziel für die Klimafinanzierung wurde ein Meilenstein erreicht, doch werden Billionen für nationale Aktionspläne benötigt

Bei der Unterstützung der globalen Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen spielt die Klimafinanzierung eine Schlüsselrolle. Die entwickelten Länder verpflichteten sich, von 2020 bis 2025 jährlich 100 Mrd. USD an Klimafinanzierung für die Entwicklungsländer aufzubringen. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde diese Zusage 2022 erstmals erfüllt. Zwischen 2021 und 2022 stieg die Klimafinanzierung um 30 % auf 115,9 Mrd. USD, 60 % davon für Abschwächungsmaßnahmen. Die Anpassungsfinanzierung stieg von 10,1 Mrd. USD (2016) auf insgesamt 32,4 Mrd. USD. Im Klimapakt von Glasgow 2021 wurden die entwickelten Länder nachdrücklich aufgefordert, die Anpassungsfinanzierung für die Entwicklungsländer bis 2025 gegenüber 2019

zu verdoppeln. Nach Angaben der OECD hatten die Industrieländer dieses Ziel 2022 etwa zur Hälfte erreicht.

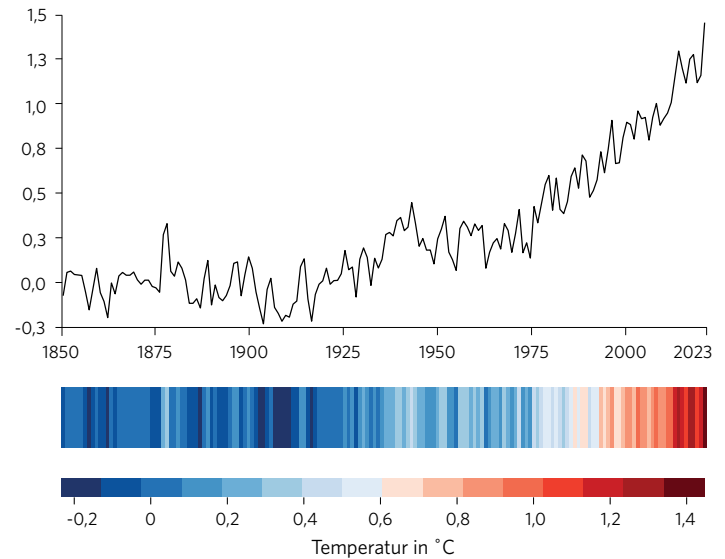
Derzeit wird, auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Prioritäten der Entwicklungsländer, über ein neues, ab 2025 geltendes Ziel für die Klimafinanzierung mit einer Untergrenze von 100 Mrd. USD jährlich verhandelt. Nach Schätzungen aus dem Radius des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sind für die Klimaaktionspläne der Entwicklungsländer bis 2030 fast 6 Bio. USD nötig, was eine massive Ausweitung der Finanzierung erfordert.

Ein weiterer Rekord: 2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen

Weltweit fallen weiter die Temperaturrekorde. Laut der Weltorganisation für Meteorologie war 2023 mit einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen um etwa 1,45 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die 10 wärmsten Jahre in der 174-jährigen Beobachtungsgeschichte lagen allesamt im letzten Jahrzehnt. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, große Überschwemmungen, Dürren, Naturbrände und tropische Wirbelstürme haben das Leben von Millionen Menschen beeinträchtigt und wirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe verursacht.

Nach einem aktuellen Klimabericht der Weltorganisation für Meteorologie (Juni 2024) wird die 1,5 °C-Marke zu 80 % in mindestens einem Jahr des Zeitraums 2024-2028 überschritten. 2015 lag diese Wahrscheinlichkeit bei nahezu null. Die mittlere globale oberflächennahe Temperatur wird in diesem Zeitraum alljährlich um 1,1 °C bis 1,9 °C über dem Referenzwert von 1850-1900 liegen. Mindestens eines der nächsten fünf Jahre dürfte 2023 als wärmstes Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen ablösen.

Globale Jahresmitteltemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau (Durchschnitt 1850-1900) – 1850-2023 (in Grad Celsius)



Quelle: Abbildung und Klimastreifen stammen aus dem Bericht *State of the Global Climate 2023* der Weltorganisation für Meteorologie, in dem die folgenden sechs internationalen Temperaturdatensätze kombiniert wurden: HadCRUT.5.0.1.0 (UK Met Office), NOAA GlobalTemp v5 (USA), NASA GISTEMP v4 (USA), Berkeley Earth (USA), ERA5 (ECMWF) und JRA-55 (Japan).

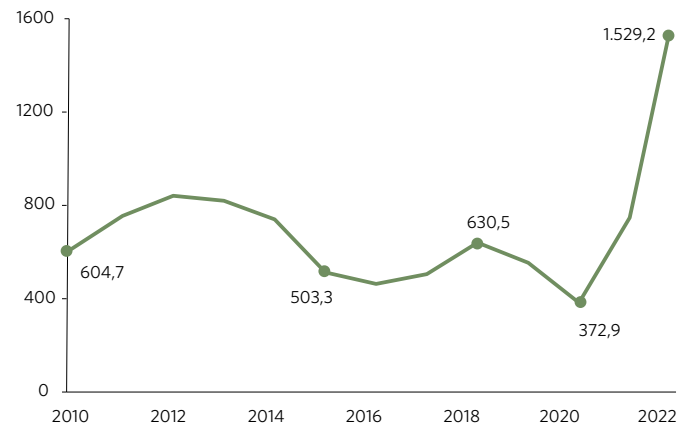
Die Subventionen für fossile Brennstoffe stiegen 2022 weltweit auf einen Höchststand von über 1,5 Bio. USD

Durch die Verwerfungen auf den globalen Energiemärkten aufgrund der steigenden Energiepreise nach der Pandemie und der Folgen des Einmarschs der Russischen Föderation in die Ukraine erreichten die Subventionen für fossile Brennstoffe 2022 ein Rekordvolumen von 1,53 Bio. USD. Dies vergrößerte die Kluft zwischen Verbraucherpreisen und tatsächlichen Energiekosten, weshalb viele Regierungen Unterstützungsmaßnahmen einführten, um Industrie und Bevölkerung vor Inflation zu schützen. Die öffentlichen Mittel zur Stützung der Produktion und des Verbrauchs von Erdöl, Kohle und Gas stiegen zwischen 2021 und 2022 um mehr als das Doppelte und gegenüber 2015 um mehr als das Dreifache, was die zwischen 2012 und 2020 erzielten Fortschritte aufhob und den Übergang zu Netto-Null-Emissionen behindert.

In allen Regionen waren die Subventionen 2022 höher als 2021, am höchsten in Europa und Nordamerika (455 Mrd. USD), gefolgt von Nordafrika und Westasien (327 Mrd. USD) sowie Zentral- und Südasiens (322 Mrd. USD). Als künstliche Preissenkung für fossile Brennstoffe mindern Subventionen die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energiequellen und hemmen den Übergang zu CO₂-armen Technologien. Sie belasten die Staatshaushalte, insbesondere in Ländern mit fiskalischen Zwängen und hoher Verschuldung. Subventionen sollen verwundbaren Haushalten helfen, kommen jedoch oft vermehrt reiche-

ren Haushalten, die mehr Energie verbrauchen als einkommensschwächere Haushalte, sowie CO₂-intensiven Unternehmen zugute. Trotz zahlreicher nationaler, regionaler und globaler Zusagen, Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen, wird den Daten zufolge kaum etwas getan.

Globale Schätzungen der Subventionen für fossile Brennstoffe – 2010-2022 (in Milliarden USD)



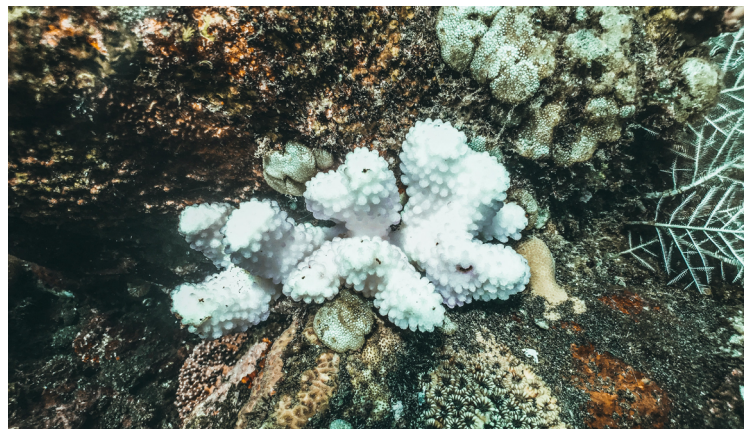
Katastrophen werden wahrscheinlicher, doch sterben dank besserer Vorsorge weniger Menschen

Der Weltorganisation für Meteorologie zufolge hat sich die Zahl der registrierten Katastrophen in den letzten 50 Jahren verfünffacht, teilweise aufgrund des vom Menschen verursachten Klimawandels. Wie aus der Berichterstattung nach dem Sendai-Rahmen-Monitor hervorgeht, stieg die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen von 1.169 je 100.000 (2005-2014) um 69 % auf 1.980 je 100.000 (2013-2022). Im Jahresdurchschnitt lag die Gesamtzahl der Betroffenen zwischen 2005 und 2014 bei 29 Mio, zwischen 2015 und 2022 bei 133 Mio. Halten die aktuellen Trends an, könnten sich bis 2030 jährlich 560 mittlere bis große Katastrophen ereignen – durchschnittlich 1,5 pro Tag.

In den am wenigsten entwickelten Ländern liegt die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen je 100.000 um 20 % über dem Weltdurchschnitt, die Sterblichkeit um 170 %. Dies zeigt, wie viel verheerender die Auswirkungen von Katastrophen in diesen Ländern sind.

Dank besserer Vorsorge, darunter Frühwarnsysteme und Evakuierungsmaßnahmen, konnte die katastrophenbedingte Sterblichkeit in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden. Weltweit fiel die katastrophenbedingte Sterblichkeit je 100.000 Menschen (ohne Fälle im Zusammenhang mit COVID-19) von 1,62 im Zeitraum 2005-2014 auf 0,82 im Zeitraum 2013-2022 und damit um 49 %. Im Zeitraum 2013-2022 starben damit durchschnittlich 42.553 Menschen pro Jahr; ein Drittel weniger als im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2014. Nationale Strategien und Pläne zur langfristigen Risikominimierung (von 129 Ländern gemeldet), die Einrichtung wirksamer gefahrenübergreifender Frühwarnsysteme (von 104 Ländern gemeldet) und umfassende Resilienzpläne sind unerlässlich, um die Auswirkungen von Katastrophen auf Menschen und Volkswirtschaften möglichst gering zu halten.

- Der Ozean ist erheblichen Herausforderungen wie Eutrophierung, zunehmender Versauerung, rückläufigen Fischbeständen, steigenden Temperaturen und weiträumiger Verschmutzung ausgesetzt, die Lebensräume zerstören, die biologische Vielfalt mindern und Küstengemeinschaften und die Gesundheit der für über 3 Mrd. Menschen lebenswichtigen Meeresökosysteme gefährden.
- Die Gegenmaßnahmen sind weiter ungleichmäßig. Wichtig sind die Einführung nachhaltiger Fangpraktiken, die Ausweitung geschützter Meeresgebiete zur Erhaltung der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete, der Ausbau der Kapazitäten zur Überwachung der Ozeangesundheit und die Bekämpfung der die Wasserwege erstickenden Verschmutzung.
- Globale Anstrengungen sind im Gange, müssen jedoch beschleunigt werden. Um die Gesundheit und Nachhaltigkeit des Ozeans langfristig zu gewährleisten, sind mehr Beitritte zum Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen zur Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und



Ausgebleichte Korallen in einem Riff in Indonesien. Extrem hohe Meerestemperaturen haben eine vierte globale Korallenbleiche ausgelöst.

unregulierten Fischerei, die Annahme eines globalen Rechtsinstruments gegen Plastikmüll sowie ein möglichst rasches Inkrafttreten des Übereinkommens über Fischereisubventionen und des Abkommens über die biologische Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche prioritär.

Überfischung, Verschmutzung, Klimawandel und Misswirtschaft lassen die Fischbestände weiter schrumpfen

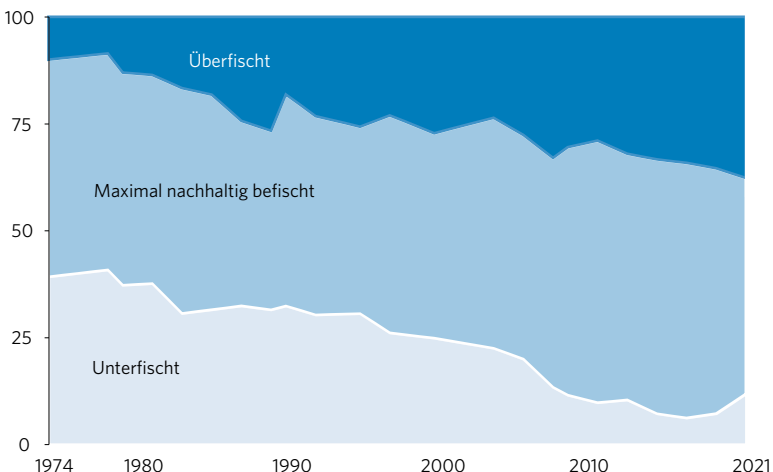
Überfischung, Verschmutzung, Misswirtschaft und andere Faktoren ließen die Nachhaltigkeit der globalen Fischereiresourcen zwischen 1974 und 2019 von 90,0 % auf 64,6 % und bis 2021 weiter auf 62,3 % sinken. Allerdings machten Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen 2021 etwa 76,9 % der weltweiten Anlandungen aus der Meeresfischerei aus. Mit durchschnittlich 80 Mio. Tonnen jährlich sind diese Anlandungen seit 1995 relativ stabil geblieben.

2021 waren die Trends in Bezug auf nachhaltig bewirtschaftete (unterfischte und maximal nachhaltig befischte) Fischbestände für die wichtigsten Fischereiregionen mit einer Bandbreite von 33 % bis 84 % sehr unterschiedlich. Den höchsten Anteil an überfischten Beständen mit 66,7 % wies der Südostpazifik auf, gefolgt vom Mittelmeer und Schwarzen Meer mit 62,5 %, dem Nordwestpazifik mit 56 % und dem Mittleren Ostatlantik mit 51,3 %. Am

niedrigsten war dieser Anteil im Mittleren Ostpazifik, Nordostatlantik, Nordostpazifik und Südwestpazifik mit Werten zwischen 16 % und 24 %.

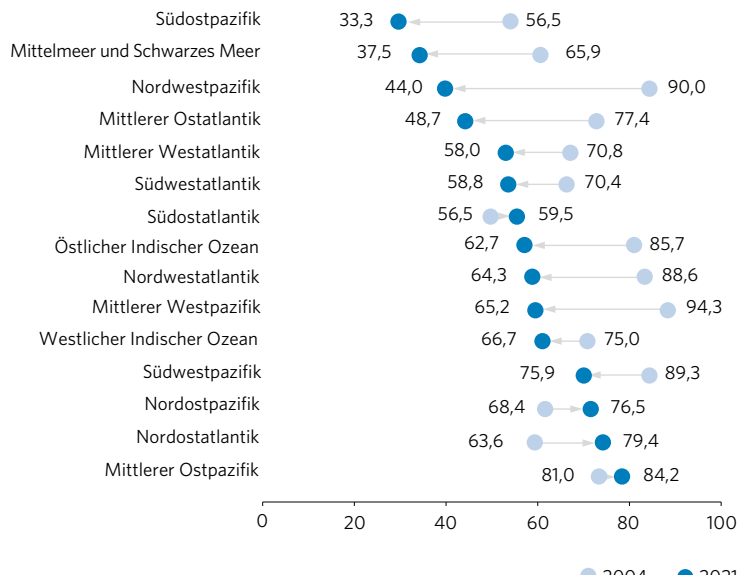
Überfischung kann die biologische Vielfalt, die Ökosysteme und die Fischereiproduktion beeinträchtigen und verursacht nachteilige soziale und wirtschaftliche Kosten. Eine wirksame Fischereibewirtschaftung kann diese Effekte (sofern sie durch Überfischung und nicht durch Faktoren wie Lebensraumzerstörung, Umweltverschmutzung oder Klimawandel bedingt sind) möglicherweise umkehren, für optimale Bestände sorgen und zugleich die globale Ernährungssicherheit und die Küstengemeinschaften unterstützen. Der anhaltende, wenn auch verlangsamte Rückgang biologisch nachhaltiger Fischbestände weltweit macht deutlich, wie notwendig verbesserte Regulierungsrahmen und effiziente Überwachungssysteme sind.

Anteil der biologisch nachhaltig und biologisch nicht nachhaltig bewirtschafteten Fischbestände – 1974-2021 (in Prozent)



Anmerkung: Unterfischte und maximal nachhaltig befischte Bestände gelten als biologisch nachhaltig. Überfischte Bestände gelten als biologisch nicht nachhaltig.

Anteil der biologisch nachhaltig bewirtschafteten Fischbestände, nach Meeresregion – 2004 und 2021 (in Prozent)

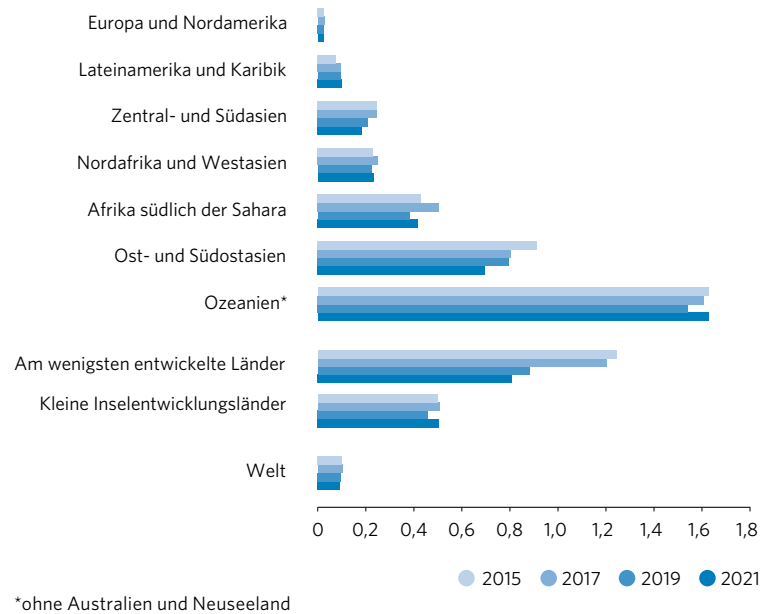


Der Beitrag der nachhaltigen Fischerei zum BIP ging weltweit zurück, doch war der Trend in mehreren Regionen positiv

Die Wertschöpfung in der Fischerei und Aquakultur stieg zwischen 2019 und 2021 um 10 %. Allerdings sank der Beitrag der nachhaltigen Fischerei zum BIP bis 2021 um 5,4 %, vor allem aufgrund der Expansion anderer Wirtschaftszweige und der in einigen Regionen abnehmenden Nachhaltigkeit mehrerer Fischbestände. Damit ging er nach einer kurzen Wachstumsphase von 2015 bis 2017 zum zweiten Mal in Folge zurück. Die Überwindung der Verwerfungen durch COVID-19 erweist sich aufgrund schwankender Nachfrage und steigender Kosten in der Branche als schwierig.

In mehreren Ländern, in denen Existenzgrundlagen und Ernährungssicherheit stark von der Fischerei abhängen, gibt es jedoch positive Entwicklungen. In Afrika südlich der Sahara stieg der Beitrag der nachhaltigen Fischerei zum BIP zwischen 2019 und 2021 von 0,38 % auf 0,42 %. Ähnlich vielversprechend waren die Wachstumstrends im selben Zeitraum auch in den kleinen Inselentwicklungsländern mit einem Anstieg von 0,46 % auf 0,51 %. Die kleinen Inselentwicklungsländer im Pazifik, die weltweit mit am stärksten auf die Fischerei angewiesen sind, konnten ihren Anteil zwischen 2019 und 2021 von 1,54 % auf 1,63 % steigern. Dieser Zuwachs verdeutlicht das Potenzial des Sektors bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Um die wirtschaftlichen Erträge der Fischerei zu wahren, ist jedoch eine umsichtige Bewirtschaftung erforderlich, die eine Überfischung und Erschöpfung der Bestände verhindert.

Anteil der nachhaltigen Fischerei am BIP – 2015-2021 (in Prozent)



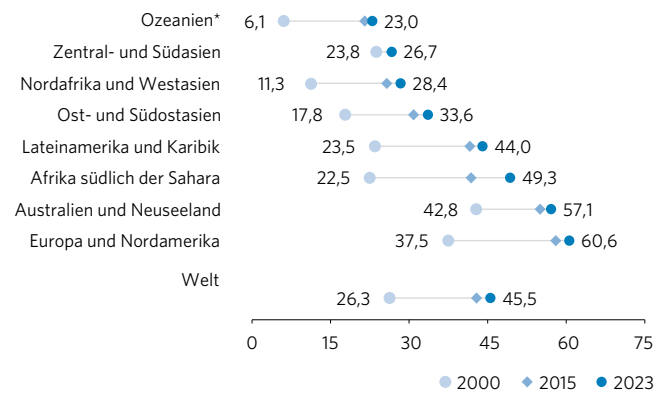
Globale Vereinbarungen könnten dem Schutz der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete neue Impulse verleihen

Zum Mai 2024 gibt es 18.200 Meeresschutzgebiete und 199 andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen¹, die sich auf über 29 Mio. km² oder 8,12 % der Ozeanfläche erstrecken. Damit hat sich die als Schutzgebiet ausgewiesene Ozeanfläche seit 2000 mehr als verzehnfacht, vor allem dank der Einrichtung sehr großer Gebiete (über 100.000 km²). Seit 2020 stagnieren die Fortschritte jedoch. Um bis 2030 die Zielvorgabe der Nachhaltigkeitsziele von 10 % zu erfüllen, müssen alljährlich bedeutsame Meeresgebiete mit einer zusätzlichen Fläche von durchschnittlich 1,13 Mio. km² effektiv bewirtschaftet werden. Globale Vereinbarungen dürften dem Meeresschutz neue Impulse verleihen. Nach dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal sollen bis 2030 Gebiete von besonderer Bedeutung für die Biodiversität mit einer Fläche von insgesamt 30% der Ozeanfläche als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Daneben ist das Abkommen über die biologische Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche darauf gerichtet, die biologische Vielfalt der Meere in internationalen Gewässern und auf dem Meeresboden zu schützen. Eine angemessene Bewirtschaftung solcher Schutzgebiete ist entscheidend wichtig dafür, einen Erhaltungsnutzen zu erzielen.

Zum Schutz für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete sollte die Ausweisung von Meeresschutzgebieten auch strategisch erfolgen. Seit 2000 hat sich die durchschnittliche Fläche der für die Biodiversität bedeutsamen Gebiete, die unter Schutz stehen, nahezu verdoppelt, doch seit 2015 stagniert das Wachstum. Von 2000 bis 2015 wuchs die Fläche dieser Gebiete in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) um enorme 255 %, gefolgt von Nord-

afrika und Westasien (128 %) und Afrika südlich der Sahara (86 %). Seit 2015 führt Afrika südlich der Sahara mit einer Zunahme um 18 %, gefolgt von Nordafrika und Westasien (10 %). In Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland), Zentral- und Südasien sowie Nordafrika und Westasien stehen jedoch weniger als 30 % der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete unter Schutz, weshalb in den nächsten sechs Jahren dringend gehandelt werden muss.

Durchschnittlicher Anteil ausgewiesener Schutzgebiete in jedem für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiet – 2000, 2015 und 2023 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: 2015 lag der Wert für Zentral- und Südasien bei 26,5 %.

Meerestemperaturen in Rekordhöhe haben eine vierte Korallenbleiche globalen Ausmaßes ausgelöst

Steigende Meerestemperaturen wecken erneute Sorgen um Korallenriffe, die Heimat für ein Viertel aller Meeresarten sind, Hunderten Millionen Menschen in den Küstengemeinschaften Ressourcen bieten und jährlich Erträge in Billionenhöhe erzeugen. Die Weltorganisation für Meteorologie meldete im April 2024 Meeresoberflächentemperaturen in Rekordhöhe während 13 Monaten in Folge. 2023 stieg der Wärmeinhalt des Ozeans auf den höchsten Stand seit 65 Jahren, und über 90 % der Weltmeere waren im Jahresverlauf von einer Hitzewelle betroffen. Wie die Wetter- und Ozeanografiebehörde der USA bestätigt, erlebt die Welt derzeit die vierte Korallenbleiche globalen Ausmaßes, die zweite innerhalb eines Jahrzehnts. Eine Korallenbleiche wurde

bislang in 53 Ländern und Hoheitsgebieten beobachtet, unter anderem in den gesamten Tropen, am Great Barrier Reef, in weiten Teilen des Südpazifiks sowie in den Seebecken des Atlantischen und des Indischen Ozeans.

Mit der durch den Anstieg der Erdtemperatur bedingten weiteren Erwärmung des Ozeans dürften Häufigkeit und Schwere der Korallenbleiche zunehmen. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen warnt, dass bei einer Erwärmung um 1,5 °C bis 2050 bis zu 90 % der Korallen sterben könnten; bei 2° C wären es bis zu 99 %. Das Überleben der Korallenriffe ist für die Gesundheit des Ozeans und das Wohlergehen der Menschheit unverzichtbar.

¹ Diese Maßnahmen liefern auf Dauer positive Erhaltungsergebnisse, selbst wenn die Gebiete in erster Linie für andere Zwecke bewirtschaftet werden.

Leben an Land

- Globale Trends verdeutlichen, dass sich der Biodiversität und den Wäldern trotz ihrer Schlüsselrolle als lebenserhaltende Systeme der Erde anhaltende Probleme stellen. Trotz erheblicher Fortschritte bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung schrumpft die globale Waldfläche weiter, zumeist durch die Erweiterung von Agrarflächen. Besorgniserregend ist, dass Arten unbemerkt aussterben, der Schutz von für die Biodiversität besonders wichtigen Gebieten stagniert und der weltweite unerlaubte Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen stetig wächst, was die Biodiversität und ihren Nutzen für die Menschen ernsthaft bedroht.
- Anstrengungen zur Überwindung dieser Herausforderungen sind im Gange, und bestimmte Länder betreiben die Einführung von Instrumenten für Zugang und Vorteilsausgleich und die Einbindung von Biodiversitätsgrößen in die nationalen Rechnungslegungssysteme. Auch wächst das globale Engagement für den Erhalt der biologischen Vielfalt, das in höheren Mitteln und der Verabschiedung des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal zum Ausdruck kommt.



Ein Nationalparkmitarbeiter begutachtet Setzlinge in einer Baumschule in einem Wüstengebiet Saudi-Arabiens, das zur Bekämpfung von Landverödung, Wüstenbildung und Dürre neu begrünt wird.

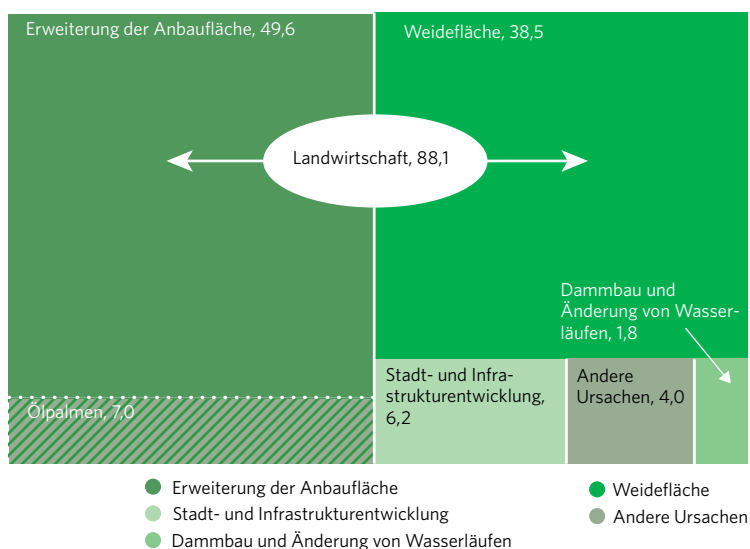
- Rasches Handeln ist unerlässlich. Die Bewältigung drängender Umweltprobleme und ihrer tieferen Ursachen und Zusammenhänge – darunter Klimawandel, Biodiversitätsverluste, Umweltverschmutzung, Wüstenbildung und Entwaldung – erfordert verstärkte und beschleunigte Anstrengungen sowie einen umfassenden und integrierten Ansatz auf lokaler, nationaler und globaler Ebene.

Entwaldung lässt sich nur durch mehr Ernährungssicherheit, Einkommen und Landrechte verringern

Zwischen 2000 und 2020 sank der Anteil der Waldfläche von 31,9 % auf 31,2 % der gesamten Landfläche – ein Nettoverlust von fast 100 Mio. Hektar. Fast 90 % der globalen Entwaldung gingen auf die Erweiterung von Agrarflächen zurück, 49,6 % davon Anbauflächen und 38,5 % Weideflächen. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe waren für 68 % der landwirtschaftlich bedingten Entwaldung verantwortlich, Großbetriebe für 32 %. In Afrika entfielen 97 % dieser Entwaldung auf Kleinbetriebe. Die Waldverluste durch landwirtschaftliche Großbetriebe waren in Südamerika mit 48 % am größten (zumeist durch Weideflächen), gefolgt von Asien mit 38 % (zumeist durch großflächigen Anbau, insbesondere Ölpalmenplantagen).

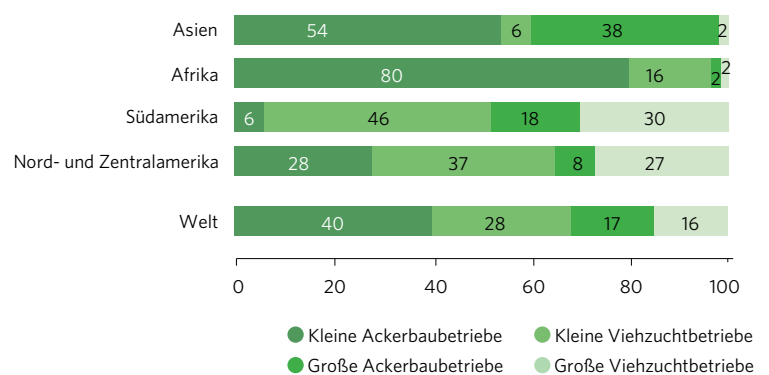
Dies legt nahe, dass Maßnahmen zur Verringerung der Entwaldung gegen die Schwächen im Produktionssystem angehen und zugleich Grundbedürfnisse wie Ernährungssicherheit, Einkommen und Landbesitz- und -nutzungsrechte für lokale Gemeinschaften berücksichtigen müssen. Zur Eindämmung der Entwaldung bedarf es zudem eines umfassenden Ansatzes, der Regulierungsmaßnahmen, Marktanreize und die Zusammenarbeit von Interessenträgern verbindet, um eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung zu fördern und Waldökosysteme zu erhalten.

Hauptursachen der globalen Entwaldung – 2000-2018 (in Prozent)



Anmerkung: „Andere Ursachen“ bezeichnet eine schwere, die natürliche Regeneration beeinträchtigende Degradation, die Wälder in kahlen Boden oder in andere Gehölzflächen verwandelt. Die Summe der Prozentanteile kann rundungsbedingt von 100 % abweichen.

Anteil großer und kleiner Viehzucht- bzw. Ackerbaubetriebe an der regionalen landwirtschaftlich bedingten Entwaldung – 2000-2018 (in Prozent)

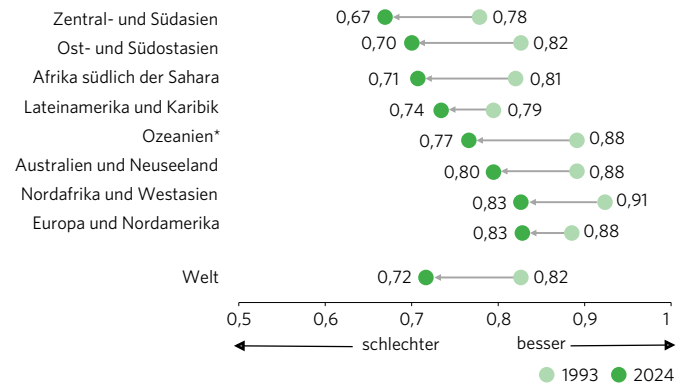


Anmerkung: Die Summe der Prozentanteile kann rundungsbedingt von 100 % abweichen.

Die Gefährdung der Arten schreitet weltweit weiter rasch voran

Die globale biologische Vielfalt ist weiter Bedrohungen ausgesetzt, und der Rote-Liste-Index verschlechterte sich zwischen 1993 und 2024 um 12 %. Von den fast 160.000 bewerteten Arten sind jetzt mehr als 44.000 oder 28 % bedroht, darunter 70 % der Palmfarne und 41 % der Amphibien. Letztere sind besonders vom Klimawandel, von der Veränderung ihres Lebensraums und von invasiven Pilzkrankungen betroffen. So ist beispielsweise die als stark gefährdet eingestufte Glasfroschart *Centrolene buckleyi*, die nur in den Anden Ecuadors vorkommt, stärker vom Aussterben bedroht, weil ihr Lebensraum durch die Erweiterung von Agrar- und Weideflächen, durch Pilzkrankungen und Klimawandel schrumpft. Regional gesehen geht die biologische Vielfalt in Zentral- und Südasiens sowie in Ost- und Südostasien für alle Artengruppen stark zurück. Den fortschreitenden Biodiversitätsverlust aufzuhalten, ist ein dringender Wettlauf gegen die Zeit, bei dem raschere Erhaltungsmaßnahmen oberstes Gebot sind, um das unersetzliche und komplexe Netz des Lebens auf der Erde zu sichern.

Rote-Liste-Index des Fortbestands der Arten – 1993 und 2024



*ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Ein Wert von 1,0 auf dem Rote-Liste-Index bedeutet, dass alle Arten als „nicht gefährdet“ eingestuft sind und daher in naher Zukunft nicht aussterben dürften. Ein Wert von Null bedeutet, dass alle Arten ausgestorben sind.

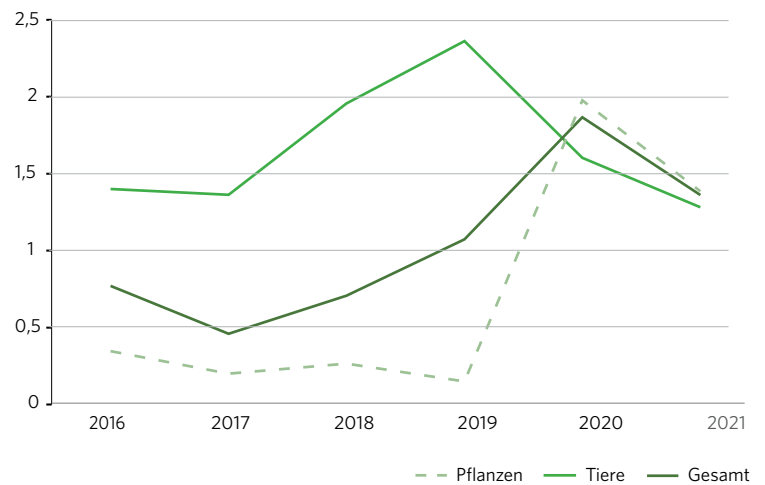
Der Anteil des illegalen Handels mit Wildtieren und -pflanzen steigt seit 2017 und erreichte während der COVID-19-Pandemie einen Höhepunkt

Trotz zweier Jahrzehnte konzertierter internationaler und nationaler Maßnahmen besteht der illegale Handel mit Wildtieren und -pflanzen weltweit fort, stellt eine erhebliche Bedrohung für die globale biologische Vielfalt dar und gefährdet eine Vielzahl von Land- und Meeresarten. Zwischen 2015 und 2021 waren rund 4.000 Pflanzen- und Tierarten in 162 Ländern und Gebieten von illegalem Handel betroffen. Diese Ausbeutung gefährdet das Überleben von Arten und untergräbt Ökosystemfunktionen, insbesondere wenn sie mit anderen Problemen wie Lebensraumverlust und Klimawandel zusammenfällt.

Nach neueren Schätzungen steigt der Anteil des abgefangenen illegalen Handels mit Wildtieren und -pflanzen am gesamten (legalen und illegalen) Handel mit Wildtieren und -pflanzen seit 2017 und erreichte während der COVID-19-Pandemie einen Höhepunkt. Die Beschlagnahme wildlebender Arten lag 2020 bei über 1,9 % und 2021 bei über 1,4 % des globalen Handels mit Wildtieren und -pflanzen. Dieser Trend ist wohl Ausdruck eines überproportionalen Rückgangs des legalen Handels während der Pandemie und verstärkter Durchsetzungsmaßnahmen für bestimmte Wildtier- und -pflanzenprodukte. So wurde die vermehrte Beschlagnahme wildlebender Arten hauptsächlich neuen Vorschriften zu hochwertigen Holzarten aus

Südamerika in Verbindung mit verstärkten Durchsetzungsmaßnahmen zugeschrieben.

Entwicklung des Anteils der Beschlagnahmen am gesamten Handel mit Wildtieren und -pflanzen – 2016-2021 (in Prozent)

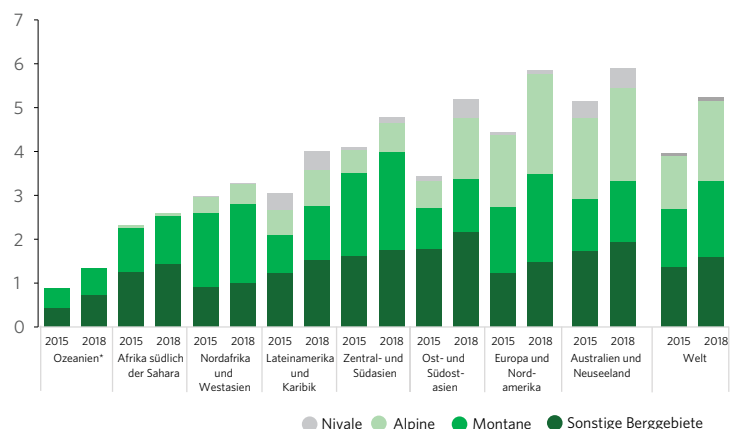


Nachteilige Veränderungen der Bodenbedeckung wirken sich auf Gebirgsökosysteme aus

Zwischen 2015 und 2019 wurden jährlich mindestens 100 Mio. Hektar produktiver Flächen degradiert, was die globale Ernährungs- und Wassersicherheit beeinträchtigte. Diese durch Veränderungen in der Landnutzung und -bedeckung bedingte Degradierung trägt erheblich zu Biodiversitätsverlusten bei, auch in empfindlichen Gebirgsökosystemen. Die weit verbreitete Veränderung dieser Ökosysteme geht auf verschiedene natürliche und anthropogene Faktoren zurück, darunter Klimawandel, Naturgefahren, ungeplante Landwirtschaft und Verstädterung, Holzeinschlag und Freizeitaktivitäten. Weltweit sind nur etwa ein Drittel der für die Biodiversität besonders wichtigen Berggebiete durch Schutzgebiete oder andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen geschützt.

Globale Daten für 2000 bis 2018 zeigen eine Degradierung von etwa 1,6 % der Berggebiete der Welt. Der höchste Anteil an degradiertem Bergland entfällt auf die alpinen Gebiete Europas und Nordamerikas (2,29 %), gefolgt von den Berggebieten Zentral- und Südasiens (2,22 %) und den niedrigeren Berggürteln Ost- und Südasiens (2,17 %). Die Degradierung von Gebirgsökosystemen bedroht durch Gletscherschwund die Wasserversorgung in tieferen Lagen sowie die biologische Vielfalt und andere Ökosystemleistungen und untergräbt so den Schutz der Land- und Süßwasser-Ökosysteme. Zudem verstärkt der Schwund von Wald- und Vegetationsbedeckung die Bodenerosion und erhöht so das Erdbeben- und Überschwemmungsrisiko in tieferen Lagen.

Anteil degradierten Berglands nach bioklimatischem Gürtel – 2015 und 2018 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Gebirge lassen sich nach Durchschnittstemperatur vertikal in sieben bioklimatische Gürtel unterteilen. Dies hilft, thermisch ähnliche, abhängig vom Breitengrad in unterschiedlicher Höhe gelegene Gebiete in den Gebirgen der Welt zu erfassen, und erleichtert so den globalen Vergleich. Indikator 15.4.2 fasst sieben bioklimatische Gürtel zu vier zusammen (nivale, alpine, montane und sonstige Berggebiete). Die Baumgrenze liegt zwischen dem alpinen und dem montanen Gürtel.

Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

- Zunehmende Konflikte und organisierte Gewaltkriminalität bestehen in aller Welt fort, verursachen unermessliches Leid und stehen einer nachhaltigen Entwicklung im Wege. Die Zahl der Vertriebenen war im Mai 2023 mit 120 Millionen höher denn je. Der Anteil der zivilen Opfer in bewaffneten Konflikten schnellte 2023 auf 72 %.
- Nach wie vor entzieht Korruption der nachhaltigen Entwicklung Ressourcen: Jeder Fünfte gibt an, in den vergangenen 12 Monaten eine Bestechungszahlung an eine Amtsperson geleistet zu haben oder von ihr dazu aufgefordert worden zu sein. Weltweit ist gegen ein Drittel aller Inhaftierten kein Urteil ergangen. Daher sind gerechte Gerichtsverfahren und die Verbesserung der Haftbedingungen unerlässlich.
- Weltweit fällt es den Regierungen schwer, für eine verlässliche Haushaltsplanung zu sorgen, wie sie vor COVID-19 bestand. Aufgrund neuer internationaler Zwänge, die Druck auf die Volkswirtschaften ausüben, übersteigen die Haushaltsausgaben die ursprünglich bewilligten Mittel.



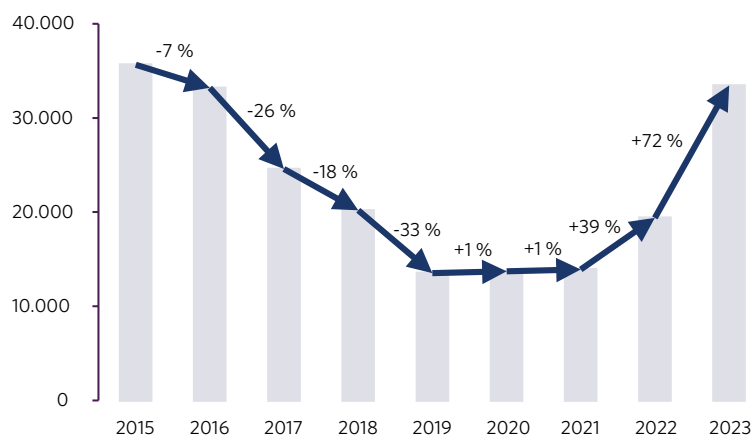
Eine palästinensische Familie flieht mit ihren Kindern aus ihrem Haus in Rafah im südlichen Teil des Gazastreifens.

- Voraussetzung für alle Nachhaltigkeitsziele sind ein dauerhafter Frieden und die Verhütung gewaltsamer Konflikte. Die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und des Zugangs zur Justiz, der Aufbau wirksamer und inklusiver Lenkungsinstitutionen und der Schutz der Rechte und Grundfreiheiten müssen dringend angegangen werden.

Die Zahl der zivilen Todesopfer in bewaffneten Konflikten stieg so stark wie seit 2015 nicht mehr

2023 stieg die Zahl der zivilen Opfer in bewaffneten Konflikten um enorme 72 % und damit so stark wie seit 2015 nicht mehr. In einigen Konfliktzonen sank die Zahl der zivilen Todesopfer zwar, doch in anderen nahm sie deutlich zu: Auf Israel und das besetzte palästinensische Gebiet entfielen 2023 7 von 10 registrierten Todesfällen. Im zweiten Jahr in Folge stieg die Zahl der in Konflikten getöteten Zivilpersonen drastisch an, womit sich der Abwärtstrend des Zeitraums 2016-2019 umkehrte. 2023 kletterte die Zahl der zivilen Opfer auf über 33.400 und damit fast so hoch wie 2015. Zudem waren erstmals seit 2015 wieder mehr weibliche Todesopfer in Konflikten zu beklagen. 2022 waren 20 % der in Konflikten getöteten Zivilpersonen Frauen und 10 % Kinder. 2023 waren es 40 % Frauen und 30 % Kinder. Diese alarmierenden Zahlen legen nahe, dass wir von dem für eine nachhaltige Entwicklung unabdingbaren Weg zu Weltfrieden und globaler Sicherheit abgekommen sind. Wir müssen diesen Trend umkehren und die Konflikte beenden, und die Konfliktparteien müssen ihre internationalen humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz des Lebens von Zivilpersonen strikt einhalten.

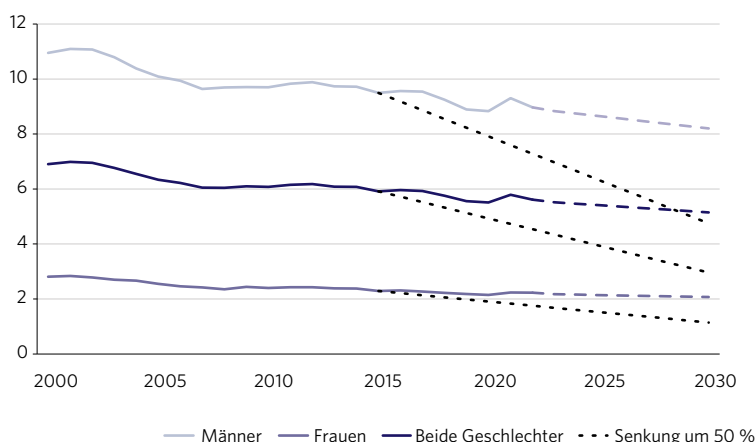
Anzahl der zivilen Todesfälle bei Konflikten und Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent – 2015-2023



Die Tötungsrate sinkt nur langsam, auch wenn die Welt den steilen Anstieg von 2021 hinter sich gelassen hat

Die weltweite Tötungsrate sank zwischen 2015 und 2020 nach und nach von 5,9 auf 5,5 Opfer je 100.000 Menschen. Entgegen diesem Abwärtstrend schnellte sie 2021 auf 5,8, bevor sie 2022 wieder leicht – auf 5,6 – absank. Zwischen 2015 und 2022 fiel die weltweite Tötungsrate um 5 %. Sollte sich dieses Muster fortsetzen, dürfte sie 2030 bei 5,1 je 100.000 Menschen liegen, was gerade einmal 13 % weniger als 2015 wäre. Die beiden Regionen mit den höchsten Raten sind Lateinamerika und die Karibik, eine von organisierter Kriminalität und Bandenaktivitäten heimgesuchte Region, und Afrika, das durch eine große Jugendbevölkerung, vermehrte extreme Hitzeereignisse und anhaltende Ungleichheit gekennzeichnet ist. 2022 wurden weltweit 88.000 Frauen Opfer von Tötungsdelikten, verglichen mit 360.000 Männern.

Tötungsrate, nach Geschlecht – 2000-2030 (Opfer je 100.000 Menschen)



Anmerkung: Die Prognosen für 2023-2030 sind lineare Extrapolationen der Trends für 2015-2022.

Bestechungserlebnisse variieren mit dem Nationaleinkommen

In 138 Ländern, für die Daten für 2015-2022 vorlagen, gaben etwa 19 % der Menschen an, sie hätten in den vorangegangenen 12 Monaten eine Bestechungszahlung an eine Amtsperson geleistet oder seien dazu aufgefordert worden. Dabei waren die regionalen Unterschiede erheblich. In Ozeanien und Afrika südlich der Sahara hatten in den vorangegangenen 12 Monaten durchschnittlich 29,7 % bzw. 26,6 % der Bevölkerung Bestechungserleb-

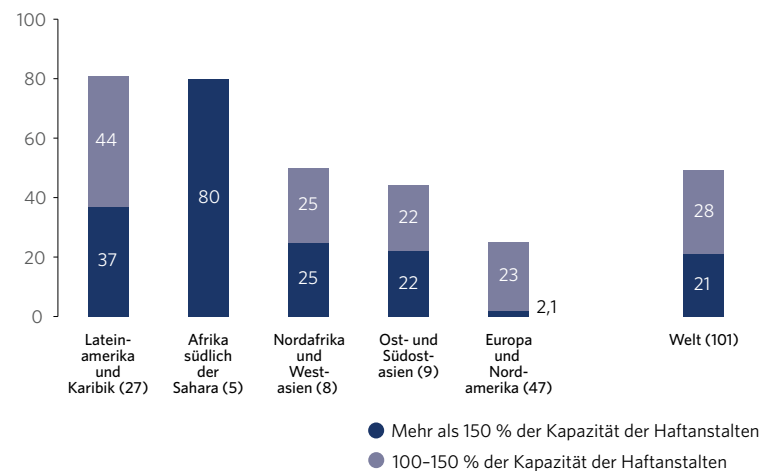
nisse, in Europa und Nordamerika dagegen nur 10,1 %. Die Prävalenz von Bestechung lag je nach Nationaleinkommen zwischen durchschnittlich 9 % in Hocheinkommens- und 32 % in Niedrigeinkommensländern. Daten aus 18 Ländern für 2010-2021 lassen darauf schließen, dass Männer tendenziell eher als Frauen Bestechung praktizierten, auch weil ihre Kontakte mit männlich dominierten Bereichen wie Polizei oder Zoll häufig anders geartet waren.

In jedem zweiten Land sind die Haftanstalten überfüllt, was Bedenken in Bezug auf Gesundheit und Menschenrechte aufwirft

Die globale Gefängnisbevölkerung wuchs zwischen 2015 und 2022 von 11,1 auf 11,5 Mio. und damit langsamer als die Weltbevölkerung insgesamt. Damit sank die Gefangenenrate im selben Zeitraum von 150 auf 144 je 100.000 Menschen. Am niedrigsten war sie in Zentral- und Südasiens mit 54 je 100.000 Menschen, am höchsten in Lateinamerika und der Karibik mit 277 je 100.000 Menschen.

Zugang zur Justiz ist ein grundlegendes Menschenrecht. Allerdings waren 2022 nahezu ein Drittel (3,5 Mio.) der weltweiten Gefängnisbevölkerung Untersuchungshäftlinge; ein Anteil, der zwischen 2015 und 2022 stabil blieb. Während die meisten Regionen gewisse Verbesserungen verzeichneten, war der Anstieg in Zentral- und Südasiens besorgniserregend; fast 60 % der Gefangenen waren inhaftiert, ohne dass ein Urteil ergangen wäre. Überbelegte Haftanstalten, deren Belegungsgrad bei mehr als 100 % der nominellen Kapazität liegt, gaben in der Hälfte der Länder, für die Daten vorliegen, Anlass zur Sorge. Besonders gravierend war dieses Problem in Lateinamerika und der Karibik sowie in Afrika südlich der Sahara, wo mehr als drei Viertel der Länder Überbelegung meldeten. Weltweit belegen 20 % der Länder Haftanstalten mit mehr als 150 % der nominellen Kapazität, was nachweislich Gesundheitsschäden und eine höhere Sterblichkeit zur Folge hat.

Anteil der Länder, in denen die Zahl der Gefangenen die Kapazität der Haftanstalten übersteigt – 2022 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)



Anmerkung: Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Anzahl der Länder mit Daten in jeder Region.

Weniger, aber immer noch viele Menschenrechtsverteidiger(innen) wurden getötet, und mehr journalistisch Tätige starben in Konfliktzonen

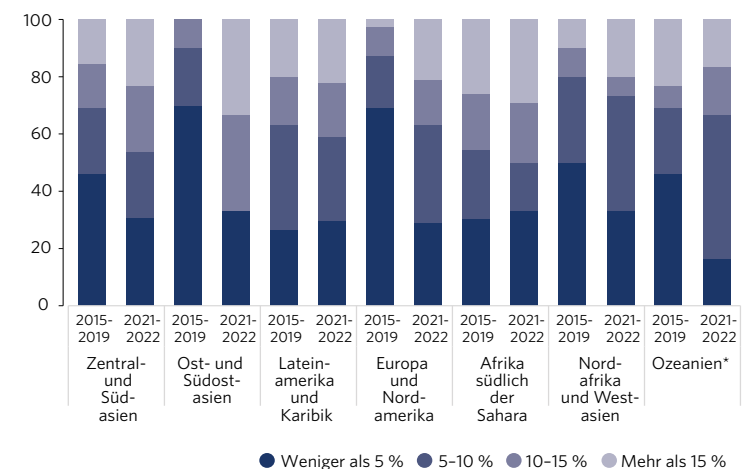
Nationale Menschenrechtsinstitutionen und die Vereinten Nationen dokumentierten für 2023 320 Fälle, bei denen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, journalistisch Tätige und Gewerkschaftsangehörige in 40 Ländern getötet wurden, während es 2022 noch 448 Fälle in 36 Ländern waren. Die Zahl der in Konfliktzonen getöteten Menschen, die im Journalismus und in den Medien tätig waren, schnellte auf 40 Opfer, womit sich der seit 2017 verzeichnete Abwärtstrend umkehrte. Lateinamerika und die Karibik war mit 70 % aller Tötungen weiter die tödlichste Region. Weltweit hat sich die Zahl der Opfer von Verschwindenlassen im zweiten Jahr in Folge fast verdoppelt: 2023 wurden mindestens 54 Fälle in 14 Ländern gemeldet.

Fast ein Jahrzehnt nach der Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten auf ein Ende der Tötungen und Angriffe gegenüber denen, die sich für Rechte und Redefreiheit einsetzen, gab es in mindestens 97 Ländern derartige Vorfälle. Die Gesamtzahl der jährlichen Tötungen ist seit 2015 nicht unter 300 gefallen, wobei die Zahlen 2018 und 2022 besonders hoch lagen. Weitere erhebliche Bedrohungen sind Entführung, Inhaftierung, juristische Schikane und Online-Angriffe. Um diesem Trend entgegenzuwirken, werden starke Schutzmechanismen benötigt, insbesondere in Ländern, in denen gewaltsame Konflikte oder soziale Unruhen ausbrechen oder eskalieren.

Mehrfachkrisen beeinträchtigen die Verlässlichkeit der staatlichen Haushaltsplanung

Regierungen in aller Welt fällt es schwer, ihre Haushaltsplanung wieder so verlässlich wie vor COVID-19 zu gestalten, zum Teil aufgrund neuer internationaler Herausforderungen für die Volkswirtschaften, darunter globale politische Instabilität, Inflation und schwankende Rohstoffpreise. Versuche, die Wirtschaftstätigkeit zu stützen und soziale Belastungen zu beseitigen, haben die Haushaltsausgaben in allen Regionen über die ursprünglich bewilligte Höhe hinaus ansteigen lassen. Die Haushaltsplanung war 2021 und 2022 verlässlicher als 2020, jedoch weiter nicht so verlässlich wie vor der Pandemie. In Nordafrika und Westasien, Zentral- und Südasiens sowie Europa und Nordamerika waren die Abweichungen verglichen mit der Zeit vor der Pandemie am größten, wohl bedingt durch Faktoren wie geopolitische Spannungen, Inflation und unerwartet hohe Einnahmen. Mehrfachkrisen machten deutlich, dass sich die Regierungen besser für künftige Notlagen wappnen müssen.

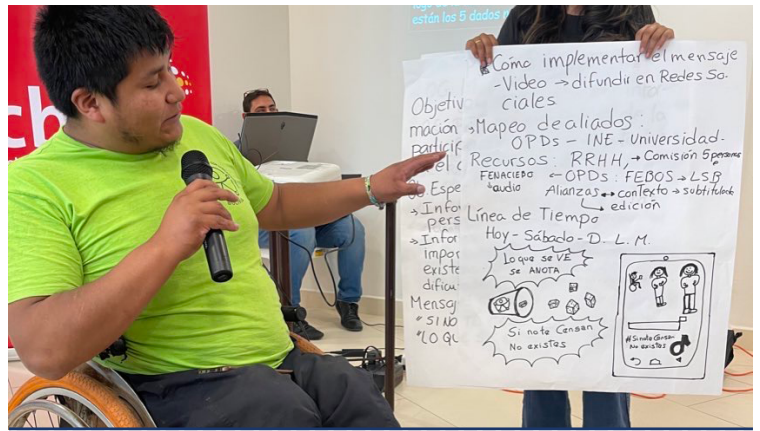
Vergleich der Abweichungen zwischen bewilligten und tatsächlichen Ausgaben – 2015-2019 und 2021-2022, nach Region und Kategorie (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

- In den Entwicklungsländern besteht bei den Nachhaltigkeitszielen eine Investitionslücke von jährlich 4 Bio. USD. Ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländer haben ab-, Rücküberweisungen und ODA-Mittel dagegen nur geringfügig zugenommen. Der Generalsekretär hat die Länder nachdrücklich aufgefordert, einen Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele in Höhe von mindestens 500 Mrd. USD jährlich zu mobilisieren.
- Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer verharrt auf beispiellos hohem Niveau. Etwa 60 % der Niedrigeinkommensländer sind stark überschuldungsgefährdet oder bereits überschuldet.
- 2023 nutzten etwa 67 % der Weltbevölkerung das Internet – 69 % mehr als 2015. Investitionen in die Infrastruktur und einen erschwinglichen Internetzugang für die übrigen 2,6 Mrd. Menschen sind für eine inklusive Entwicklung entscheidend wichtig.
- Die COVID-19-Pandemie hat die Bedeutung hochwertiger, aktueller und aufgeschlüsselter Daten für fundierte Entscheidungen verdeutlicht. Finanzierungslücken gefährden jedoch die Resilienz der Statistiksysteme in den Entwicklungsländern.



Gary Ramirez stellt einen Aktionsplan vor, der zur Erhebung von Daten zu Menschen mit Behinderungen anhalten soll. Der Plan wurde bei einer Arbeitstagung von Organisationen für Menschen mit Behinderungen im Plurinationalen Staat Bolivien erarbeitet.

- Vor dem Hintergrund nachlassender internationaler Zusammenarbeit und zunehmender geopolitischer Spannungen werden dringend gestärkte globale Partnerschaften und eine engere Kooperation benötigt, um wachsende Finanzierungslücken zu schließen, die Erholung nach der Pandemie zu kräftigen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten und anderen verwundbaren Ländern.

Für die zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele benötigten Mittel in Billionenhöhe müssen die Führungspitzen der Welt die Investitionen rasch ausweiten

Die Mobilisierung von Finanzmitteln ist für die globale Erholung und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele entscheidend. 2023 dürfte die jährliche Investitionslücke bei den Zielen in den Entwicklungsländern 4 Bio. USD betragen, davon mehr als die Hälfte (2,2 Bio. USD) nur für die Energiewende. Aktuell liegt die Investitionslücke 60 % über dem für 2019 geschätzten Betrag von 2,5 Bio. USD. Dies resultiert aus seit 2015 bestehenden Investitionsdefiziten, die durch globale Herausforderungen wie die Pandemie und die Nahrungsmittel-, Brennstoff- und Finanzierungs Krise noch verstärkt wurden.

2023 belief sich die ODA der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe auf insgesamt 223,7 Mrd. USD oder 0,37 % ihres kombinierten Bruttonationaleinkommens. Damit stieg sie gegenüber 2022 real um 1,8 % und gegenüber 2015 um 47 % und damit im fünften Jahr in Folge auf ein Rekordhoch. Grund für diesen Anstieg sind primär Hilfen für die Ukraine, humanitäre Hilfe und Beiträge an internationale Organisationen. Die bilaterale Netto-ODA für Afrika und die am wenigsten entwickelten Länder stieg um 2 % bzw. 3 %.

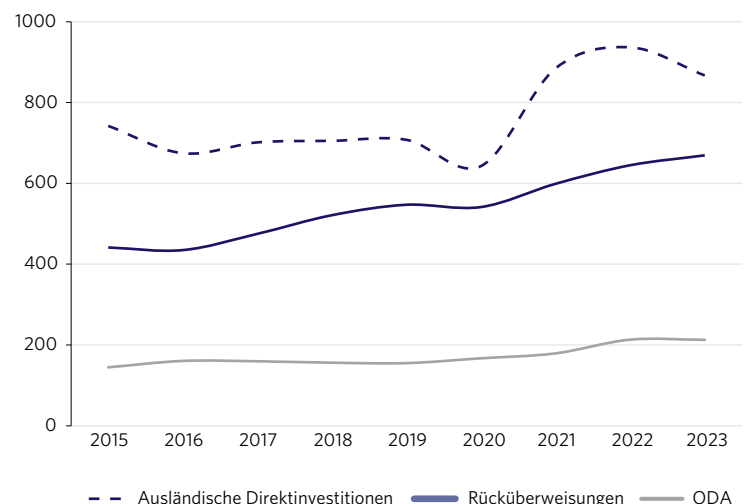
Die globalen ausländischen Direktinvestitionen lagen 2023 bei 1,33 Bio. USD, 2 % weniger als 2022. Abgesehen von einigen wenigen europäischen „Conduit“-Ländern mit stark schwankenden Investitionsströmen sanken die globalen ausländischen Direktinvestitionen gegenüber 2022 um 10 %. In den Entwicklungsländern sanken sie um 7 % auf 867 Mrd. USD und waren in den meisten Regionen rückläufig oder stagnierten.

Rücküberweisungen haben sich als resilient erwiesen und sind in der Zeit nach COVID-19 zur wichtigsten externen Finanzierungsquelle für die Entwicklungsländer geworden. 2023 flossen etwa 669 Mrd. USD in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, was auf eine Normalisierung dieser Ströme im Zuge des robusten Wachstums nach der Pandemie hindeutet. Die Vereinigten Staaten waren weiter die weltweit wichtigste Quelle von Rücküberweisungen, gefolgt von Saudi-Arabien und der Schweiz. Die globalen Durchschnittskosten einer Rücküberweisung von 200 USD lagen 2023 bei 6,4 % und damit mehr als doppelt so hoch wie die Zielvorgabe der Nachhaltigkeitsziele von 3 %. Die Entwicklungswirkung von Rücküberweisungen lässt sich durch eine Senkung ihrer Kosten und der von Beschäftigten getragenen Einstellungskosten steigern.

2022 beliefen sich die zusätzlichen Finanzmittel für Entwicklungsländer aus verschiedenen Quellen, die von 101 bilateralen und multilateralen Gebern für die Messung der öffentlichen Gesamtleistung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung (TOSSD) gemeldet wurden, auf 342,1 Mrd. USD, davon 276,6 Mrd. USD an öffentlichen Mitteln, 55,3 Mrd. USD an privaten Mitteln und 10,2 Mrd. USD an privaten Zuschüssen für Entwicklungsprojekte. Die (öffentlichen wie privaten) Zuschüsse für nachhaltige Entwicklung sanken zwischen 2021 und 2022 von 129,2 auf 127,5 Mrd. USD. Konzessionäre Darlehen für nachhaltige Entwicklung stiegen im selben Zeitraum um 6 % von 54,8 auf 58,0 Mrd. USD, während nicht-konzessionäre Darlehen von 106,9 auf 101,3 Mrd. USD fielen. Die mobilisierte private Finanzierung hat seit 2021 um 21 % zugenommen.

Auf dem Nachhaltigkeitsgipfel im September 2023 verpflichteten sich die Staats- und Regierungsoberhäupter, den vom Generalsekretär vorgeschlagenen Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele voranzubringen, der zusätzliche Finanzmittel und Investitionen in Höhe von jährlich 500 Mrd. USD mobilisieren soll.

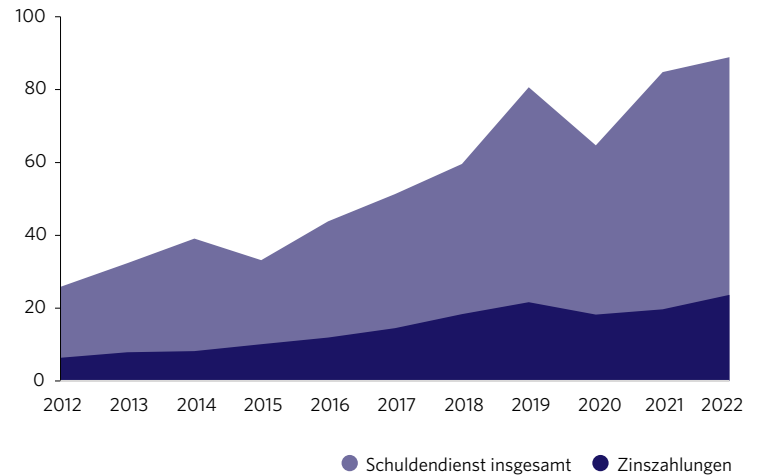
Rücküberweisungen, ausländische Direktinvestitionen und ODA zugunsten von Entwicklungsländern – 2015-2023 (in Milliarden USD)



Steigende Kreditkosten setzen Entwicklungsländer der Gefahr einer Schuldenkrise aus

Erstmals seit 2015 sank 2022 die Auslandsverschuldung der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen gegenüber dem Vorjahr, und zwar von 9,3 auf 9,0 Bio. USD. Dennoch verharrte sie nach mehr als zehn Jahren rascher Schuldenanhäufung auf beispiellos hohem Niveau. Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) unterstützt die ärmsten Länder bei der Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die Auslandsverschuldung der für IDA-Darlehen in Betracht kommenden Länder stieg 2022 um 2,7 % auf ein Rekordhoch von 1,1 Bio. USD. Die öffentlichen und durch Staatsgarantien besicherten Schuldendienstzahlungen der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen erreichten einen Rekordwert von 444 Mrd. USD und dürften weiter steigen. Die Zinszahlungen für die gesamte Auslandsverschuldung der IDA-Länder haben sich seit 2015 auf 23,6 Mrd. USD verdoppelt und dürften angesichts des Aufwärtstrends der globalen Zinssätze weiter steigen. Etwa 60 % der Niedrigeinkommensländer sind stark überschuldungsgefährdet oder bereits überschuldet. Infolge steigender Kreditkosten werden knappe Ressourcen weiter von entwicklungskritischen Bereichen wie Armutsminderung, Klimamaßnahmen, Gesundheit und Bildung abgezogen.

Gesamtschuldendienst und Zinszahlungen auf Auslandsschulden für IDA-Länder – 2012-2022 (in Milliarden USD)



COVID-19 beeinträchtigte die globale Datenerhebung für die Nachhaltigkeitsziele und verdeutlichte so den Bedarf an mehr Investitionen in Statistiksysteme

Hochwertige, aktuelle und aufgeschlüsselte Daten sind als Entscheidungsgrundlage für alle Nachhaltigkeitsziele überaus wichtig. Die COVID-19-Pandemie hat die Fähigkeit der nationalen Statistikämter zur Erhebung aktueller Daten erheblich beeinträchtigt. Dadurch ging der durchschnittliche Erfassungsgrad nach dem Open Data Inventory (ODIN) von 2020 bis 2022 leicht zurück, hauptsächlich in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Selbst in den ressourcenreichsten Ländern liegt er weiter unter 60 von 100 Punkten, was zeigt, wie dringend notwendig höhere Investitionen in die Dateninfrastruktur und -produktion sind. Trotz dieser Defizite weist der langfristige Trend für den Grad der Datenerfassung nach oben.

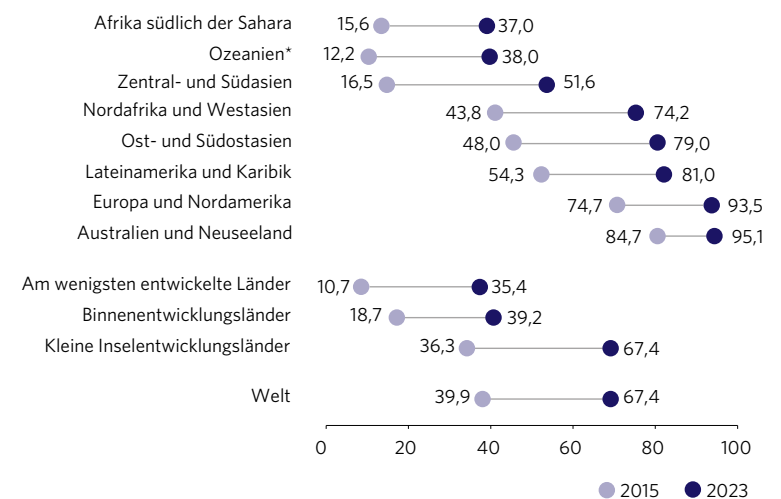
Gemessen an den Indikatoren für die statistische Leistung (SPI) verbesserte sich die globale Wertung des Leistungsindex für Datenquellen und des Leistungsindex für Dateninfrastruktur zwischen 2016 und 2023. Bei den Datenquellen stieg die Wertung nur um 3 Punkte, teils aufgrund der Beeinträchtigungen durch COVID-19, bei der materiellen wie immateriellen Datenproduktionsinfrastruktur dagegen um etwa 14 Punkte.

2023 verfügten 159 Länder und Hoheitsgebiete gegenüber 132 (2019) nach eigenen Angaben über eine mit den Grundprinzipien der amtlichen Statistik übereinstimmende statistische Gesetzgebung, ein Indiz für erhebliche Fortschritte bei der Modernisierung der nationalen Statistiksysteme. Darüber hinaus setzten 163 Länder (2019: 143) nationale Statistikpläne um, von denen 109 voll finanziert waren. Die internationale Unterstützung für die Entwicklung von Daten und Statistiken ist 2021 auf 799 Mio. USD und damit um 14 % seit 2020 und 44 % seit 2015 gestiegen. Finanzierungslücken sind nach wie vor ein Hauptproblem, insbesondere in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern, wo nur ein Bruchteil der Pläne voll finanziert ist. Dieser Ressourcenmangel gefährdet die Resilienz der Statistiksysteme und birgt die Gefahr, dass verwundbare Bevölkerungsgruppen zurückgelassen werden. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen bedarf es weiterer Finanzmittel⁰¹, der Integration statistischer Aktivitäten in alle Bereiche und einer an neuen Entwicklungsprioritäten ausgerichteten strategischen Planung.

Jeder dritte Mensch weltweit ist weiter offline, was Infrastrukturinvestitionen und erschwinglichen Internetzugang umso dringlicher macht, insbesondere in unterentwickelten Regionen

2023 nutzten etwa 67 % der Weltbevölkerung oder 5,4 Mrd. Menschen das Internet, ein Zuwachs von 4,7 % gegenüber 2022 und 69 % gegenüber 2015. Die Internetnutzung korreliert weiter mit der regionalen Entwicklung. Australien und Neuseeland sowie Europa und Nordamerika haben eine flächendeckende Nutzung (über 95 %) erreicht, während in Afrika südlich der Sahara nur 37 % und in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) nur 38 % der Menschen online sind. Die COVID-19-Pandemie ließ die Internetnutzung vorübergehend schneller steigen, doch sind die Wachstumsraten wieder auf das Vorniveau gesunken. Weltweit nutzen 70 % der Männer, jedoch nur 65 % der Frauen das Internet, und 2023 waren 244 Mio. mehr Männer als Frauen online. Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse stieg zwischen 2015 und 2023 um jährlich 6,4 % auf einen Weltdurchschnitt von 19 Anschlüssen je 100 Menschen. In Ländern mit niedrigem Einkommen ist die Anschlussdichte allerdings aufgrund hoher Kosten und unzureichender Infrastruktur gering. Investitionen in die Infrastruktur und einen erschwinglichen Internetzugang sind entscheidend wichtig, insbesondere in unterversorgten Regionen.

Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer – 2015 und 2023 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Nach Zielvorgaben aufgeschlüsselte Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen

<p>1 KEINE ARMUT</p>  <ul style="list-style-type: none"> 1.1 Internationale Armut ● 1.2 Nationale Armut ○ 1.3 Sozialschutz ○ 1.4 Zugang zu grundlegenden Diensten ● 1.5 Katastrophenresilienz ○ 1.a Staatliche Ausgaben für Grundleistungen ○ 1.b Politikvorgaben für Armutsbeseitigung ● 	<p>2 KEIN HUNGER</p>  <ul style="list-style-type: none"> 2.1 Unterernährung und Ernährungssicherheit ● 2.2 Fehlernährung ○ 2.3 Kleine Nahrungsmittelproduzenten ● 2.4 Nachhaltige Landwirtschaft ● 2.5 Genetische Ressourcen für die Landwirtschaft ● 2.a Investitionen in die Landwirtschaft ● 2.b Agrarexportsubventionen ● 2.c Preisanomalien bei Lebensmitteln ● 	<p>3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN</p>  <ul style="list-style-type: none"> 3.1 Müttersterblichkeit ○ 3.2 Kindersterblichkeit ● 3.3 Übertragbare Krankheiten ○ 3.4 Nichtübertragbare Krankheiten und psychische Gesundheit ○ 3.5 Substanzmissbrauch ● 3.6 Straßenverkehrsunfälle ○ 3.7 Sexuelle & reproduktive Gesundheit ○ 3.8 Allgemeine Gesundheitsversorgung ● 3.9 Gesundheitliche Auswirkungen von Verschmutzung/Verunreinigung ● 3.a Eindämmung des Tabakgebrauchs ● 3.b Impfschutz ● 3.c Gesundheitspersonal ○ 3.d Management von Gesundheitsrisiken ● 	<p>4 HOCHWERTIGE BILDUNG</p>  <ul style="list-style-type: none"> 4.1 Effektive Lernergebnisse ○ 4.2 Frühkindliche Entwicklung ○ 4.3 Berufsausbildung und tertiäre Bildung ● 4.4 Qualifikationen für eine Beschäftigung ● 4.5 Gleichberechtigter Bildungszugang ● 4.6 Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz für Erwachsene ● 4.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung ● 4.a Bildungseinrichtungen ○ 4.b ODA für Stipendien ● 4.c Qualifizierte Lehrkräfte ● 	<p>5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT</p>  <ul style="list-style-type: none"> 5.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen für Geschlechtergleichstellung ○ 5.2 Gewalt gegen Frauen & Mädchen ● 5.3 Früherverheiratung ○ 5.4 Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit ● 5.5 Frauen in Führungspositionen ○ 5.6 Zugang zu reproduktionsmedizinischer Versorgung & reproduktive Rechte ● 5.a Gleiche wirtschaftliche Rechte für Frauen ● 5.b Technologie zur Förderung der Selbstbestimmung der Frauen ● 5.c Geschlechtergerechte Haushaltspolitik ○
<p>6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN</p>  <ul style="list-style-type: none"> 6.1 Sicheres Trinkwasser ○ 6.2 Zugang zu Sanitärversorgung und Hygiene ● 6.3 Wasserqualität ○ 6.4 Effizienz der Wassernutzung ○ 6.5 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wasserfragen ○ 6.6 Wasserverbundene Ökosysteme ○ 6.a Internationale Zusammenarbeit in Wasser- und Sanitärversorgung ● 6.b Partizipatorisches Management der Wasser- und Sanitärversorgung ○ 	<p>7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE</p>  <ul style="list-style-type: none"> 7.1 Zugang zu Energiedienstleistungen ● 7.2 Anteil erneuerbarer Energien ● 7.3 Energieeffizienz ○ 7.a Internationale Zusammenarbeit im Energiebereich ● 7.b Investitionen in die Energieinfrastruktur ● 	<p>8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM</p>  <ul style="list-style-type: none"> 8.1 Wirtschaftswachstum ○ 8.2 Wirtschaftliche Produktivität ● 8.3 Formalisierung von Klein- und Mittelunternehmen ○ 8.4 Ressourceneffizienz bei der Materialnutzung ● 8.5 Vollbeschäftigung & menschenwürdige Arbeit ● 8.6 Anteil junger Menschen, die weder in (Aus-)Bildung noch Erwerbstätigkeit stehen ○ 8.7 Kinder- & Zwangsarbeit ● 8.8 Arbeitsrechte & sichere Arbeitsumgebung ● 8.9 Nachhaltiger Tourismus ● 8.10 Zugang zu Finanzdienstleistungen ● 8.a Handelshilfe ● 8.b Strategie für Jugendbeschäftigung ○ 	<p>9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR</p>  <ul style="list-style-type: none"> 9.1 Infrastrukturentwicklung ○ 9.2 Nachhaltige/inklusive Industrialisierung ○ 9.3 Zugang kleiner Industrieunternehmen zu Finanzmitteln ● 9.4 Nachhaltige & saubere Industrien ● 9.5 Forschung und Entwicklung ● 9.a ODA für Infrastruktur ● 9.b Einheimische Technologieentwicklung ● 9.c Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie und zum Internet ● 	<p>10 WENIGER UNGLEICHHEITEN</p>  <ul style="list-style-type: none"> 10.1 Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent ○ 10.2 Einkommensverteilung ○ 10.3 Diskriminierung beseitigen ● 10.4 Fiskal- und Sozialpolitik ● 10.5 Regulierung der Finanzmärkte ○ 10.6 Inklusive globale Lenkung ○ 10.7 Sichere Migration & Mobilität ○ 10.a Besondere und differenzierte Behandlung (WTO) ● 10.b Ressourcenströme für die Entwicklung ● 10.c Rücküberweisungskosten ●

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN	
11.1	Wohnraum & Grundversorgung ○
11.2	Öffentliche Verkehrssysteme ●
11.3	Nachhaltige Verstärkung ●
11.4	Kultur- und Naturerbe ●
11.5	Schädigung von Menschen und Wirtschaft durch Katastrophen ○
11.6	Luftqualität & Abfallbehandlung in Städten ●
11.7	Grünflächen & öffentliche Räume in Städten ●
11.a	Stadtplanung ●
11.b	Katastrophenvorsorgestrategien ○
11.c	Nachhaltige & widerstandsfähige Gebäude ●

12 VERANTWORTUNG BEI KONSUM UND PRODUKTION	
12.1	Programme für Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion ●
12.2	Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ○
12.3	Nahrungsmittelverluste und -verschwendung ●
12.4	Umgang mit Chemikalien & Abfällen ○
12.5	Verringerung des Abfallaufkommens ○
12.6	Nachhaltige Verfahren in Unternehmen ●
12.7	Verfahren in der öffentlichen Beschaffung ●
12.8	Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung ●
12.a	Hilfe beim Ausbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für nachhaltige Entwicklung ●
12.b	Beobachtung eines nachhaltigen Tourismus ○
12.c	Subventionen für fossile Brennstoffe ●

13 KLIMA-MASSNAHMEN	
13.1	Resilienz & Anpassungsfähigkeit ○
13.2	Politische Maßnahmen gegen Klimawandel ●
13.3	Aufklärung über den Klimawandel ●
13.a	Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen ○
13.b	Planung und Management im Bereich des Klimawandels ●

14 LEBEN UNTER WASSER	
14.1	Meeresverschmutzung ○
14.2	Meeres- und Küstenökosysteme ○
14.3	Versauerung der Ozeane ●
14.4	Nachhaltige Fischerei ●
14.5	Schutz von Küsten- und Meeresgebieten ○
14.6	Fischereisubventionen ●
14.7	Meeresressourcen für die kleinen Inselentwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder ●
14.a	Forschungskapazitäten & Meerestechnologien ●
14.b	Handwerkliche Kleinfischerei ●
14.c	Durchführung des UN-Seerechtsübereinkommens ○

15 LEBEN AN LAND	
15.1	Land- und Süßwasser-Ökosysteme ○
15.2	Nachhaltige Waldbewirtschaftung ○
15.3	Wüstenbildung und Bodendegradation ●
15.4	Erhaltung der Bergökosysteme ○
15.5	Verlust der biologischen Vielfalt ●
15.6	Nutzung genetischer Ressourcen ●
15.7	Illegaler Handel mit geschützten Arten ●
15.8	Invasive gebietsfremde Arten ●
15.9	Biodiversität in der nationalen und lokalen Planung ○
15.a	Ressourcen für Biodiversität & Ökosysteme ○
15.b	Ressourcen für die Waldbewirtschaftung ○
15.c	Illegaler Handel mit geschützten Arten (global) ●

16 FRIEDLICH, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN	
16.1	Verringerung von Gewalt und damit verbundenen Todesfällen ○
16.2	Menschenhandel ●
16.3	Gerechtigkeit für alle ○
16.4	Illegale Finanz- und Waffenströme ●
16.5	Korruption und Bestechung ●
16.6	Wirksame Institutionen ●
16.7	Inklusive Entscheidungsfindung ○
16.8	Inklusive globale Lenkung ○
16.9	Rechtliche Identität ●
16.10	Öffentlicher Zugang zu Informationen ○
16.a	Nationale Menschenrechtsinstitutionen ○
16.b	Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften ●

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE	
17.1	Erhebung von Steuern und anderen Abgaben ○
17.2	ODA-Zusagen der entwickelten Länder ○
17.3	Zusätzliche finanzielle Mittel für die Entwicklung ●
17.4	Schuldentragfähigkeit ●
17.5	Investitionsförderung für die am wenigsten entwickelten Länder ●
17.6	Technologiezugang ●
17.7	Technologietransfer ○
17.8	Internetnutzung ●
17.9	Aufbau von Kapazitäten für die Nachhaltigkeitsziele ●
17.10	Multilaterales Handelssystem (WTO) ●
17.11	Exporte der Entwicklungsländer ○
17.12	Zollfreier Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder ○
17.13	Globale makroökonomische Stabilität ●
17.14	Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung ●
17.15	Den politischen Spielraum jedes Landes respektieren ●
17.16	Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ●
17.17	Partnerschaften (öffentlich, privat, zivilgesellschaftlich) ●
17.18	Verfügbarkeit nationaler Statistiken ●
17.19	Statistische Kapazitäten ●

Legende

- Zielvorgabe erreicht oder auf Kurs
- Mäßige Fortschritte; Beschleunigung nötig
- Kaum Fortschritte; erhebliche Beschleunigung nötig
- Stagnation
- Rückschritte
- Nicht genügend Daten

Abkürzungen

ODA: öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
 WTO: Welthandelsorganisation

Näheres entnehmen Sie bitte der Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2024. Technische Anmerkungen finden sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/report/2024/>.

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2024) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene und wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der General-

Datenquellen

Die Werte für die meisten Indikatoren in dem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. In der Regel handelt es sich dabei um gewichtete Mittel, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von nationalen Statistiksystemen erstellt und von internationalen Stellen mit speziellen Mandaten errechnet werden. Die nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung³ aufgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt.⁴

Regionale Gruppen

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die in den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der rechts zu sehenden Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden aus Darstellungsgründen zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analysezielen und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁶

Text und Schaubilder enthalten nach Möglichkeit Daten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer; Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

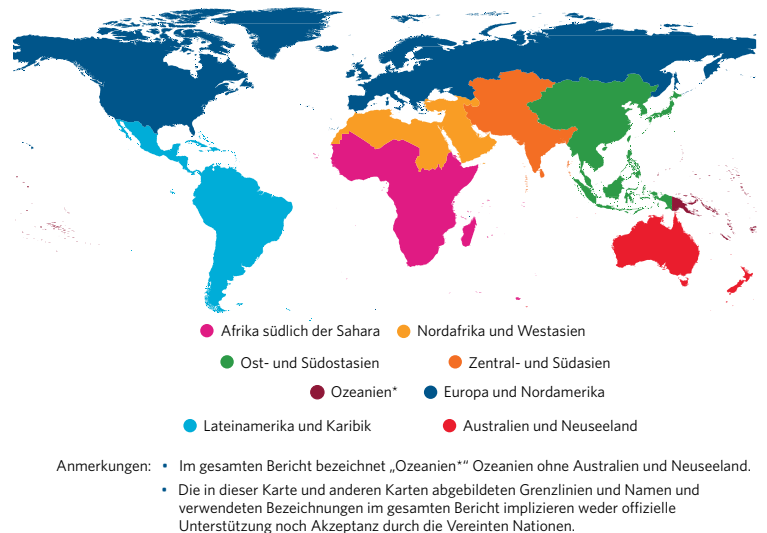
Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>.

versammlung angenommen (siehe Resolution 71/313, Anlage). Mit der Auswahl der in dem Bericht verwendeten Indikatoren soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Weitere Analysen und Informationen zu den Indikatoren finden Sie online im „Erweiterten Bericht 2024 zu den Nachhaltigkeitszielen“.²

Zwar erleichtern die hier vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den in vielen Teilen der Welt bestehenden Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt eine Datenbank mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter <https://unstats.un.org/sdgs> zu finden ist. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Der Begriff „Land“ bezeichnet in diesem Bericht je nach Fall auch Hoheitsgebiete und Gebiete. Mit den in diesem Bericht verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.



¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/>.

² Siehe „SDG Extended Report 2024“ unter <https://unstats.un.org/sdgs/report/2024/extended-report/>.

³ Siehe „Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators“ (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe „Report of the Statistical Commission on its fiftieth session“ (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/>.

⁶ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Bildnachweis:

Titelbild © UN-Frauen/Christopher Herwig

Seite 8 © UN News/Daniel Dickinson

Seite 10 © UN News/Daniel Dickinson

Seite 12 © UNICEF/Thoko Chikondi

Seite 16 © OCHA/Siegfried Modola

Seite 18 © UN-Frauen/Alain Gashaka

Seite 20 © UNICEF/Sergio Izquierdo

Seite 22 © UNDP Jemen

Seite 24 © IAO

Seite 26 © UN-Frauen/Ryan Brown

Seite 28 © OCHA/Francis Mweze.

Seite 30 © IWMI/Muhammad Usman Ghani

Seite 32 © Fondation Carmignac/Muntaka Chasant

Seite 34 © UNICEF/Srijan Pun

Seite 36 © Unsplash/Naja Bertolt Jensen

Seite 38 © UNEP/Duncan Moore

Seite 40 © UNICEF/Eyad El Baba

Seite 42 © CBM Global Disability Inclusion and International Disability Alliance

Karten: Die Karten auf den Seiten 21 und 22 stammen von der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen.

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Lektorat, Satz und Korrekturlesen:

Gruppe Inhaltliche Dienste/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement

Lektorat: Gretchen Luchsinger

Copyright © 2024 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; website: www.un.org/publications

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht
Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)
BirdLife International
Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNDRR)
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)
Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)
Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)
Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)
Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten
Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)
Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)
Internationale Arbeitsorganisation (IAO)
Internationale Energie-Agentur (IEA)
Internationale Fernmeldeunion (ITU)
Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)
Internationale Organisation für Migration (IOM)
Internationaler Währungsfonds (IWF)
Internationales Forum für die öffentliche Gesamtleistung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung (IFT)
Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO (ITC)
Internationale Union für die Erhaltung der Natur (IUCN)
Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)
Interparlamentarische Union (IPU)
Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)
Open Data Watch
Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)
Save the Children
Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt
Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21)
Sustainable Energy for All
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
UN-Energie
UN-Ozeane
UN-Tourismus
UN-Wasser
Weltbankgruppe
Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Weltorganisation für Meteorologie (WOM)
Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)
Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)
Wirtschaftskommission für Europa (ECE)
Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)
Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



„Mit der politischen Erklärung
[des Gipfels über die Nachhaltigkeitsziele]
liegt uns ein Rettungsplan vor.

Jetzt ist es an der Zeit, den Worten
der Erklärung Taten folgen zu lassen
und in beispiellosem Umfang in die
Entwicklung zu investieren.“

— *ANTÓNIO GUTERRES*
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN